

Explorative Untersuchung der Qualität von Foren-Diskussionen in E-Partizipationsverfahren

Fischbach, Armin

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Sonstiges / other

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fischbach, A. (2018). *Explorative Untersuchung der Qualität von Foren-Diskussionen in E-Partizipationsverfahren*. (Local Government Transformation, 7). Halberstadt: Hochschule Harz, FB Verwaltungswissenschaften. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-60272-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

▲ Hochschule Harz

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Armin Fischbach

**Explorative Untersuchung der Qualität von
Foren-Diskussionen in E-Partizipationsverfahren**

Schriftenreihe Local Government Transformation

des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften

Hochschule Harz

Nr. 7, 2018

Armin Fischbach

Explorative Untersuchung der Qualität von
Foren-Diskussionen in E-Partizipationsverfahren

Schriftenreihe Local Government Transformation
des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften

Nr. 7, 2018

Hochschule Harz

Fachbereich Verwaltungswissenschaften

Domplatz 16

38820 Halberstadt

www.hs-harz.de

Halberstadt 2018

© Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Kommentarauszug zu Vorschlag ID:191 Freiburg	47
Abbildung 2: Gesamtverteilung der Diskurstypen	53
Abbildung 3: Typenverteilung der einzelnen Bürgerhaushalte	54
Abbildung 4: Bewertungssystem des Kölner Online-Bürgerhaushalts.....	65
Abbildung 5: Tabelle der Top 10 Freiburg	69

Inhalt

1	Einleitung	1
2	Theoretischer Zugang – Die Qualität von Foren-Diskussionen	3
2.1	Deliberation und deliberative Demokratietheorie	3
2.1.1	Ideengeschichte.....	3
2.1.2	Merkmale und Vorteile deliberativer Demokratie	4
2.2	Besonderheiten der Online-Kommunikation	8
2.2.1	Das Internet als synchron-asynchrones Kommunikationsmedium	9
2.2.2	Das Internet als textbasiertes Kommunikationsmedium.....	10
2.2.3	Das Internet als anonymes Kommunikationsmedium.....	11
2.3	Kritische Rezeption.....	12
2.3.1	Unrealistische Grundannahmen	13
2.3.2	Exklusives Demokratieverständnis	18
2.3.3	E-Partizipatorische Kritik.....	19
3	Typologisierung von Online-Diskursen	23
3.1	Ausgangspunkt der Typologisierung	23
3.2	Konstruktion des Merkmalsraums	24
3.2.1	Kommentierung und deliberatives Potenzial	27
3.2.2	Argumentativität.....	30
3.2.3	Anwendungsbeispiel zur Kodierung der Argumentation.....	34
4	Erläuterung der Datenbasis	39
5	Diskurstypen der deliberativen E-Partizipation.....	43
5.1	Die kommunikativ Ignorierten	43
5.2	Die Gescheiterten	45
5.3	Die Selbstbezogenen.....	47
5.4	Die Deliberativen.....	51
5.5	Zusammenfassende Verteilung der Diskurstypen.....	52
6	Gründe des Scheiterns.....	58
6.1	Aggressiver Kommunikationsstil.....	58
6.2	„Gefällt mir!“ – Die Problematik der Bewertungssysteme	63
6.3	Exkurs – Umgang mit den Ergebnissen	68
7	Fazit & Handlungsempfehlung	72
8	Literaturverzeichnis	74
9	Anhang.....	77

1 Einleitung

Getrieben von der globalen Nutzbarkeit des Internets wird die Digitalisierung in den nächsten Jahren vermutlich zu umfassenden sozialen und ökonomischen Veränderungen führen. Dauernde Erreichbarkeit und der permanente Zugang zum Internet sind für viele Menschen mittlerweile eine Selbstverständlichkeit. Grundlegende Funktionsweisen von Politik und Herrschaft in modernen Gesellschaften wurden und werden durch die neuen technischen Möglichkeiten verändert. In diesem Kontext stellt sich die Frage, wie Digitalisierung und die Durchsetzung von Internet-Technologien auf politische Diskurse wirken. Befürworterinnen und Befürworter von Online- bzw. E-Partizipation hoffen auf eine positive Wirkung der Möglichkeit breiter Partizipation an politischen Prozessen und die Durchsetzung einer neuen Form politischer Öffentlichkeit mit einer hohen deliberativen Qualität. Mittlerweile haben sich aber erhebliche Zweifel an dem deliberativen Potenzial von Internet-Technologien ergeben. Kritikerinnen und Kritiker warnen vor einer drohenden Fragmentierung der Öffentlichkeit, aus der eine Gefährdung politischer Diskurse oder sogar der repräsentativen Demokratie insgesamt resultieren könnte.¹ So scheint die These plausibel, dass „eskalierende Diskussionskulturen den deliberativen Nutzen von Internetkommunikation begrenzen“ könnten.² Auch der deutsche Gesetzgeber hielt in der Begründung zu dem, im letzten Jahr erlassenen Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) fest, dass die Debattenkultur im Netz regelmäßig aggressiv, verletzend und nicht selten hasserfüllt sei.³

Das Ziel dieser Arbeit ist es, zu untersuchen, welche deliberative Qualität Diskussionen in Online-Foren haben. Dementsprechend lautet die zentrale Fragestellung dieser Arbeit: Wie funktioniert Deliberation in verschiedenen Online-Diskursen der Bürgerbeteiligung? Der Begriff „funktionieren“ meint im Kontext dieser Fragestellung nicht die Mechanismen und Funktionsweisen von Online-Deliberation, da die Untersuchung von Deliberation insgesamt als eine größere interdisziplinäre Herausforderung gilt. Die Untersuchung soll zeigen, ob Deliberation in ihrer aktuellen empirischen Form in Foren von Online-Bürgerhaushalten „funktioniert“ oder ob die Realität der Online-Diskurse eher der Kritik an Verfahren zur E-Partizipation recht gibt. Viele Befürworterinnen und Befürworter von E-Partizipationsverfahren heben deren Potenzial hervor, Symptome und Gründe der sogenannten „demokratischen Krise“ zu bekämpfen.⁴ Politikverdrossenheit soll dadurch reduziert werden, dass den Bürgern direkte Einflussnahme auf die politischen Entscheidungen ermöglicht wird. Die so hervorgebrachten politischen Inhalte würden sich durch Praxisnähe und hohe Rationalität auszeichnen, da viele unterschiedliche Meinungen in einem fairen Diskurs ausgeglichen würden. Zusätzlich erhöhe

¹ Vgl. Weiß (2013); Märker/Wehner (2014); Kneuer/Salzborn (2016).

² Zobel/Weiß (2018), S. 239.

³ Vgl. Bundesregierung (2017), S. 1.

⁴ Vgl. Seegerberg (2011), Scammel (2000).

sich die Legitimation der politischen Entscheidungen, die auf diesem Wege beschlossen wurden.

Der E-Partizipation werden also Qualitäten zugesprochen, die seit langem in deliberativen Demokratietheorien diskutiert werden. Daher werden in dieser Arbeit zentrale Idee der deliberativen Demokratietheorie genutzt, um eine Bewertungssystematik für Diskurse in Online-Partizipationsverfahren zu entwickeln. Zunächst werden dazu Grundlagen von Deliberation und der deliberativen Demokratietheorie dargestellt. Anschließend werden einige Besonderheiten der Online-Kommunikation untersucht, um aufzuzeigen, wie ebendiese eine deliberative Diskursführung beeinflussen können. Im zweiten Schritt soll in Anlehnung an Albrecht eine explorative Untersuchung dreier Online-Foren durchgeführt werden um zu ermitteln, ob die theoretischen Überlegungen von Habermas bezüglich der Deliberation auch in der Realität zu beobachten sind.⁵ Aufgrund der Popularität und der Vergleichbarkeit von sogenannten elektronischen Bürgerhaushalten,⁶ wurden für den empirischen Teil Foren solcher Verfahren ausgewählt. Mittels einer Typologisierung der einzelnen Threads soll eine Beurteilung über den tatsächlichen deliberativen Qualitätsgrad in diesen Foren gebildet werden. Abschließend sollen anhand konkreter Beispiele und unter Berücksichtigung der theoretischen Grundlagen mögliche Gründe für das deliberative Gelingen oder Scheitern dieser Foren aufgezeigt werden.

⁵ Vgl. Albrecht (2010).

⁶ Vgl. Zobel/Weiß (2018).

2 Theoretischer Zugang – Die Qualität von Foren-Diskussionen

2.1 Deliberation und deliberative Demokratietheorie

2.1.1 Ideengeschichte

Theorien der Demokratie dienen sowohl deskriptiven als auch normativen Zwecken. Sie können die grundlegenden Mechanismen demokratischer Herrschaft beschreiben oder versuchen darzulegen, wie eine Demokratie im Idealfall funktionieren sollte, um eine „gute“ Herrschaft zu ermöglichen. Auch wenn Zdarsky einen Verlust der ursprünglichen normativ-kritischen Ausrichtung der Theorie beklagt,⁷ so sind doch wesentliche und überwiegend geteilte Eckpunkte gut geeignet, ein Schema für die Bewertung deliberativer Qualität zu entwickeln. Landwehr, die die Idee der Deliberation bis in das 18. Jahrhundert zurück skizziert⁸, verweist insbesondere auf zwei Konzeptionen als wichtige Bezugspunkte für die deliberative Demokratietheorie. Zum einen nennt sie Immanuel Kant, dessen Moralphilosophie a priori die Existenz des moralisch Richtigen annimmt. Eine moralische Regel muss demnach nicht erst konstruiert werden, sondern lässt sich durch rationale Überlegungen aus Prinzipien ableiten. Auch in der Deliberation ist es das Ziel, eine moralische Wahrheit zu erörtern und so das objektiv beste Ergebnis für die Gesellschaft zu erzielen. Dieses Ziel setzt folglich voraus, dass eine objektiv beste Lösung, unabhängig von den Erfahrungen und Interessen einzelner Beteiligter, tatsächlich existiert und in einem rationalen Diskurs entdeckt werden kann. Zum anderen zieht Landwehr Verbindungen zur klassischen Sozialvertragstheorie nach Jean-Jacques Rousseau, insbesondere zu der Notwendigkeit eines Konsenses bezüglich der grundlegenden und verbindlichen politischen Ordnung.⁹ Die Unterscheidung des *volonté générale* (Gemeinwillen) vom *volonté de tous* (Wille aller), als bloße Sammlung von Individualinteressen, ist auch für die Deliberation wichtig. „Die Idee, dass individuelle Interessen keine legitime Grundlage demokratischer Verfahren sind und dass die Wahlentscheidungen der Bürger auf Urteilen über das Gemeinwohl basieren sollen, ist auch in der deliberativen Demokratietheorie von Bedeutung“.¹⁰ Sowohl Kant, als auch Rousseau verwendeten den Begriff Deliberation jedoch nie in der Art und Weise, wie er im zeitgenössischen Diskurs gebräuchlich ist.

Die bis heute einflussreichsten Entwürfe einer deliberativen Demokratietheorie, finden sich dann in der politischen Philosophie der 1980er/1990er Jahre. Allen voran sind hier die Arbeiten von Jürgen Habermas zu nennen, insbesondere sein Werk „Faktizität und Geltung“.¹¹ Hier

⁷ Vgl. Zdarsky (2014), S. 10.

⁸ Vgl. Landwehr (2012), S. 355-356.

⁹ Niesen (2014), S. 51, sieht hingegen gerade im Bruch mit Rousseau, einem Feind der Deliberation, die Geburtsstunde deliberativer Politik.

¹⁰ Landwehr (2012), S. 356.

¹¹ Vgl. Habermas (1984).

entwickelte er aufbauend auf früheren Studien seine diskursive Kommunikationstheorie, welche die Basis der deliberativen Demokratietheorie darstellt. Eine andere Tradition, „...die man als liberal-deliberative Theorie bezeichnen könnte...“,¹² geht auf Arbeiten von John Rawls¹³ zurück. Rawls verordnete er den Deliberationsprozess stärker in etablierten Organisationen, wie etwa Parlamenten oder Gerichten und verzichtet auf die viel kritisierten Trennung von System und Lebenswelt, welche Habermas' Theorien kennzeichnet. Die deliberative Demokratietheorie ist sicher eine der einflussreichsten und meist diskutierten Demokratietheorien. Sie gilt als normatives Ideal für analoge und digitale demokratische Beteiligungsformen und ihr Einfluss ist regelmäßig bei Reformvorschlägen zu bestehenden Institutionen zu erkennen.¹⁴

2.1.2 Merkmale und Vorteile deliberativer Demokratie

Kernidee der Deliberation ist der faire, offene und respektvolle Austausch von Argumenten in einem machtfreien Diskurs. Zur Untersuchung der deliberativen Qualitäten von Online-Foren wird in dieser Arbeit das von Habermas etablierte Verständnis von Deliberation zu Grunde gelegt. Neben dem rationale Diskurs ist die Möglichkeit umfassender Beteiligung, „also die Idee, dass die Adressaten eines Gesetzes in einem sehr unmittelbaren Sinne auch [dessen] Autoren sein sollten“,¹⁵ eine wichtige Säule dieses Konzepts. Der Begriff Deliberation stammt aus dem lateinischen und lässt sich in etwa mit „abwägen“ oder „beratschlagen“ übersetzen. Konkret gemeint sind damit zunächst lediglich die Beratschlagungen, welche einer politischen Entscheidung oder Abstimmung vorausgehen. Die deliberative Demokratietheorie bewertet ebendiese aber als integralen Teil des politischen Entscheidungsprozesses, sodass dieser auf das Gespräch, anstelle der Abstimmung, zentriert ist. Das explizite Ziel dieser Beratschlagungen ist die Generierung rechtlicher Normen und kollektiv-verbindlicher Gesetze, weshalb politische und demokratische Deliberation über den bloßen Austausch von Argumenten hinausgeht. Falls aus den Verhandlungen keine fachliche Entscheidung oder zumindest kein verbindlich zu diskutierender Vorschlag resultiert, welcher sich auf die vorangegangene Argumentation stützt, handelt es sich nicht um Deliberation im Sinne dieser Theorie. „Das bessere Argument und nicht die Mehrheitsabstimmung soll die Entscheidungen prägen und zu besseren Entschlüssen führen, weil – im Idealfall – alle Argumente gegeneinander abgewogen werden“.¹⁶ Ähnlich definiert Chappell Deliberation als „...uncoerced, other-regarding, reasoned, inclusive and equal debate“.¹⁷

¹² Landwehr (2012), S. 358.

¹³ Vgl. John Rawls (1992).

¹⁴ Vgl. Landwehr (2012), S. 376.

¹⁵ Landwehr (2012), S. 358.

¹⁶ Große-Hüttman, Wehling (2013), S. 143.

¹⁷ Chappell (2012), S. 7.

Normativ-theoretische Ansätze haben offensichtlich hohe Ansprüche an deliberative Verfahren, die in der Empirie schwierig zu operationalisieren sind.¹⁸ Eher empirische Ansätze orientierte Ansätze schwächen diese Kriterien oft etwas ab. Landwehr nennt fünf Kriterien notwendige Kriterien für das Vorliegen von Deliberation: Machtfreiheit, gleiche Beteiligungsmöglichkeit, Inklusivität, Reziprozität und Legitimationszwang.¹⁹

Hurrelmann entwickelte in einer vergleichenden Untersuchung sieben notwendige Kriterien. Als Bedingungen für argumentative Diskussion werden Zugangsfreiheit, Nichtbehinderung, Sachzentrierung und Argumentativität aufgeführt. Zusätzlich formuliert er weitere Anforderungen an den deliberativen Prozess und dessen Beteiligte. Ohne eine Form der Aufmerksamkeitssicherung, ein Zurückhaltungsverbot, sowie ein Reaktionsgebot handle sich demnach nicht um wirkliche Deliberation.²⁰

Steenbergen et al. entwickelten sechs Kriterien für deliberative Diskurse,²¹ die aufgrund ihrer guten Operationalisierbarkeit in dieser Arbeit genutzt werden sollen:

1. Offene Partizipation

Der Ausgangspunkt der Habermasschen Diskursethik ist der Aspekt der Universalität. Folgt man dieser Prämisse, können Gesetze und Rechtsnormen nur dann gültig sein, wenn jeder potenziell Betroffene ihre positiven und negativen Konsequenzen akzeptiert. Auch bei weniger strengen Ansprüchen, bleibt es stets ein Ziel der Deliberation, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Entscheidungen und somit auch deren Legitimation zu erhöhen. Diese Legitimation kann insbesondere durch den Einbezug möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger in den politischen Entscheidungsprozess gefördert werden. Deliberative Diskurse sollen deshalb prinzipiell allen Interessierten offenstehen. Das Ziel ist eine vollständig gleichberechtigte Beteiligung und die Vermeidung eines Machtgefälles zwischen den Akteuren.

2. Argumentativität

Vorschläge und Anliegen sollen durch den geregelten Austausch von Informationen und Begründungen erklärt und anschließend verhandelt werden. Die Teilnehmer am Diskurs sollen sich demnach auf den Kommunikationsmodus der Argumentation einlassen. Dazu gehört ebenfalls die Bereitschaft sich selbst und seine Argumente den Gegenargumenten anderer Teilnehmer auszusetzen und diese zu berücksichtigen.²² Zentral ist dabei auch die Rationalität und Übertragbarkeit der Argumente. Vorschläge sollen verallgemeinerbar begründet werden, sodass deren Logik auch für andere Teilnehmer nachvollzogen werden kann. Die besseren

¹⁸ Vgl. Landwehr (2012), S. 359.

¹⁹ Vgl. Landwehr (2012), S. 361.

²⁰ Vgl. Hurrelmann (2002), S. 547.

²¹ Vgl. Steenbergen et al (2003), S. 25-26.

²² Vgl. Albrecht (2010), S. 55.

Argumente sollen sich im Deliberationsprozess durchsetzen und die Entscheidungen prägen. Habermas prägte für dieses Kriterium den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“²³, welcher als eine Art Faustformel für deliberative Diskurse dienen kann. Derjenige, der die besseren Gründe und Argumente vorbringen kann, wird sich immer mit seiner Position durchsetzen. Vertreter der „unterlegenen“ Position würden folglich aus rein rationalen Überlegungen heraus erkennen, dass sie ihre Position revidieren müssen und der Logik des besten Arguments zustimmen.

3. Gemeinwohlorientierung

Alle Teilnehmer eines Diskurses sollen an der gemeinsamen Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme interessiert sein. Empathie und Rücksicht für die Positionen und Anliegen anderer Diskussionsteilnehmer oder anderer sozialer Gruppen sind imperativ, wenn Deliberation gesamtgesellschaftlich funktionieren soll. Den eigenen Partikularinteressen darf deshalb nicht mehr Gewicht beigemessen werden, als dem solidarischen Interesse am Gemeinwohl. Das bedeutet wiederum nicht, dass Eigeninteressen völlig aus dem Diskurs herausgehalten werden müssen.²⁴ Der Argumentierende ist in solchen Fällen aber stets in der Pflicht zu beweisen, dass seine Partikularinteressen mit dem Gemeinwohl kompatibel sind oder dieses sogar unterstützen.

4. Konsensorientierung

Das ausdrückliche Ziel einer Deliberation ist ein Konsens und kein Kompromiss. Im Laufe einer idealen Diskussion sollen die objektiv besten Argumente erörtert werden und so den politischen Willen der Diskursteilnehmer formen. Ein Konsens ist dann erreicht, wenn sich alle Beteiligten auf eine bestimmte Lösung aufgrund derselben verallgemeinerbaren Gründe festlegen und ist in dieser Hinsicht vom Kompromiss abzugrenzen. Hier wird zwar auch eine gemeinsame Einigung erzielt, jedoch stimmen die Beteiligten dieser aus unterschiedlichen Gründen zu, die sich möglicherweise nicht verallgemeinern lassen oder sich sogar widersprechen. Steenbergen et al räumen jedoch ein, dass dieser Idealzustand nur selten zu erreichen ist. In realen politischen Diskursen herrschen oft Zeitdruck oder es kollidieren starke Gruppeninteressen, welche einen tatsächlichen Konsens erschweren. „Important, however, is that the participants in a discourse should at least attempt to reach mutually acceptable compromise solutions, since this is the only way in which universalism can be attained“.²⁵

²³ Habermas (1992), S. 90.

²⁴ Vgl. Steenbergen (2003), S. 26.

²⁵ Steenbergen (2003), S. 26.

5. Respekt

Wichtig ist zudem, dass die Diskussion einen respektvollen Ton beibehält und auch die Teilnehmer sich untereinander mit Respekt behandeln. Nur so wird es möglich, dass die Teilnehmer sich alle Argumente zu einem Sachverhalt gleichermaßen anhören und dieselbe Achtung zukommen lassen. Respekt äußert sich in diesem Kontext über drei Dimensionen:²⁶ (1) Respekt gegenüber anderen Gruppen ist die Basis für die Solidarität, die auch in der Gemeinwohlorientierung eine entscheidende Rolle spielt. Diskussionsteilnehmer sollen die Anliegen und Rechte anderer sozialer Gruppen berücksichtigen und in ihre eigenen Überlegungen miteinbeziehen. (2) Respekt gegenüber den diskutierten, verallgemeinerbaren Forderungen soll sicherstellen, dass jedem Diskussionspunkt die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt wird wie den eigenen Anliegen. Die dritte Form ist der (3) Respekt für Gegenargumente, also solchen Diskussionsbeiträgen, die von der Opposition vorgebracht werden und den eigenen Argumenten entgegenlaufen. Über diese Formen des Respekts soll die allgemeine Diskussionskultur bewahrt werden, weshalb sie von hoher Bedeutung für den Prozess der Deliberation ist.

6. Authentizität

Schlussendlich benötigt die Diskursethik nach Habermas ein hinreichendes Maß an Authentizität um wie intendiert zu funktionieren. Die Deliberierenden müssen ihre wahren Absichten offenbaren und sie in einer freien Verhandlung erörtern. Eine strategische oder irreführende Diskussionsführung um die eigenen Interessen durchzusetzen, seien es Eigeninteressen oder solche zugunsten des Gemeinwohls, würde dem gesamten Prinzip der Deliberation widersprechen. Die Diskursteilnehmer sollen sich darauf konzentrieren, die beste Lösung zum Wohle der Allgemeinheit zu finden. Einzelne Akteure, welche vorsätzlich entgegen diesem Ziel arbeiten, würden eine enorme Belastung des Diskursklimas mit sich bringen. Dieses Kriterium lässt sich im Prozess am schwersten kontrollieren, da es ein Urteil darüber verlangt, ob eine Person bewusst die Unwahrheit sagt und Spekulationen in diese Richtung den Diskurs automatisch weiter belasten würden.

Die Umsetzung all dieser Kriterien in realen Kommunikationssituationen ist sicher schwierig. Regelmäßig wird die deliberative Demokratietheorie daher als idealistisch oder utopisch kritisiert.²⁷ Im Kontext dieser Arbeit wird aber nicht davon ausgegangen, dass reale Diskurse alle genannten Kriterien erfüllen könnten. Es wird lediglich zu untersuchen inwiefern diese Kriterien in Online-Diskursen im Vergleich zu persönlichen Diskursen im realen Leben erfüllt werden.

²⁶ Vgl. Steenbergen (2003), S. 26.

²⁷ Vgl. Albrecht (2010), S. 87.

2.2 Besonderheiten der Online-Kommunikation

Die skizzierten Ansprüche, die an die Beteiligten deliberativer Verfahren gestellt werden, sind hoch. Sie sollen nicht nur Zeit und Ressourcen investieren, um sich an aufwändigen politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen, sondern sie müssen auch in der Lage sein, ihre Vorschläge und Anliegen verständlich und vor allem logisch nachvollziehbar zu präsentieren. Gleichzeitig sollen Sie persönliche Interessen soweit wie möglich zurückstellen und dem Gemeinwohl unterordnen und eine konstruktive Gesprächskultur pflegen. Weitere Anforderungen ergeben sich aus der verfahrenstechnischen Perspektive. Das Prinzip der Öffentlichkeit verlangt neben der prinzipiellen Zugänglichkeit der Deliberation für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger auch, dass die Diskussionsverläufe und die Informationsbasis der Deliberation für die gesamte Öffentlichkeit einsehbar sind. Auch Betroffenen, die sich nicht am deliberativen Verfahren beteiligen, sollte offengelegt werden, wie der Weg zu Entscheidungsfindung aussieht bzw. aussah. Durch diese Transparenz soll die Legitimation deliberativer Entscheidungen gestärkt werden. Deshalb gilt es den Diskussionsverlauf minutiös und leicht nachvollziehbar zu dokumentieren. Schon allein aus Gründen der Nachvollziehbarkeit, ob die Verhandlungen tatsächlich den gehobenen Ansprüchen deliberativer Demokratie genügen, bedarf es einer solchen Protokollierung der Verhandlungen.²⁸ Je mehr Akteure an der Deliberation beteiligt sind und je komplexer die zu verhandelnden Themen werden, desto aufwändiger wird es auch hinreichende Protokolle anzufertigen.

Das Ziel einer möglichst breiten Bürgerbeteiligung für deliberative Verfahren führt außerdem zu einem logistischen Problem. Deliberation unter Anwesenden (wie etwa eine Versammlung oder Konferenz) verlangt immer eine räumliche und zeitliche Koordinierung der Teilnehmer. Während eine zeitliche Koordinierung aller Bürger noch möglich erscheint, weist die räumliche Koordinierung einer großangelegten Deliberation klare Schranken auf. Auch die größten Stadien und Plätze in deutschen Städten könnten immer nur einen Bruchteil der zu beteiligenden Bürgerschaft beherbergen. Dass die Gesprächsleitung und Redesequenzierung solcher Massen schlicht unmöglich wäre muss ebenfalls nicht hervorgehoben werden. Die technischen Möglichkeiten des Internets versprochen jedoch, diese logistischen Herausforderungen zu lösen oder zumindest abzuschwächen. Wie bereits in der Einleitung beschrieben, wuchsen die Hoffnungen deliberativer Demokraten erneut, als das Internet und insbesondere die Anwendungsmöglichkeiten des Web 2.0 eine immer weitere Verbreitung und Akzeptanz in der Öffentlichkeit fanden. Dem Internet wurde ein enormes Potenzial für eine deliberative Demokratisierung zugeschrieben. „Es ist theoretisch gut begründbar, dass Online-Kommunikation

²⁸ Steenbergen (2003), S. 43.

die Kommunikationsmöglichkeiten der Bürger deutlich erweitert“.²⁹ Grund für diese und ähnliche Einschätzungen sind spezielle Eigenheiten der Online-Kommunikation, welche im Folgenden erläutert werden sollen.

2.2.1 Das Internet als synchron-asynchrones Kommunikationsmedium

Die Diskussion im Internet ist womöglich die erste Kommunikationsform, welche sowohl eine räumliche, als auch die zeitliche Koordinierung der Kommunizierenden erübrigt. Somit könnte in der Theorie eine fast unbegrenzte Zahl von Bürgern an ein und demselben Diskurs beteiligt werden, ohne dass irgendwelche Rücksicht auf die räumliche oder zeitliche Kopräsenz genommen werden muss. „Das Internet hilft, räumliche Beschränkungen ebenso zu überwinden wie zeitliche...“³⁰ und ermöglicht damit gleichzeitig eine asynchrone und eine synchrone Kommunikation. Die synchrone Kommunikation liegt vor, wenn die Beteiligten sich zumindest zeitlich (Telefonie, Internet-Telefonie etc.) und regelmäßig auch örtlich (Face-to-Face, Versammlungen etc.) koordinieren und kommunikativ interagieren. Asynchrone Kommunikation hingegen verzichtet auf die zeitliche Koordinierung und die Kommunizierenden hinterlassen sich stattdessen Nachrichten an vorab bestimmten Orten (z.B. Briefverkehr, E-Mail). Diese traditionelle Unterscheidung verliert im Rahmen der Online-Kommunikation jedoch an Trennschärfe, da ein und dieselben Technologien asynchrone und synchrone Kommunikation ermöglichen. In einem Online-Forum hinterlassen die verschiedenen Nutzer individuelle Wortbeiträge, die entweder für die Öffentlichkeit oder nur für registrierte Nutzer einsehbar sind. Alle anderen Nutzer des Forums können dann ihrerseits Reaktionen auf diesen Ursprungsbeitrag verschicken, um ihre eigenen Meinungen auszudrücken und im Idealfall so einen Diskurs entstehen zu lassen. Da das typische Internetforum rund um die Uhr das Verfassen neuer Beiträge oder Kommentare ermöglicht und die Nutzer sie auch jederzeit einsehen können, handelt es sich bei solcher Anwendung mithin um eine asynchrone Kommunikation wie auch dem klassischen Briefverkehr. Im Gegensatz zu diesem jedoch, ist die Online-Kommunikation nicht auf den physischen Transport der Nachrichten angewiesen. Stattdessen werden sie einem virtuellen Raum gesammelt, der allen Beteiligten jederzeit offensteht. In einem deliberativen Verfahren könnte somit auf Vorschläge und Argumente eingegangen werden, die bereits vor mehreren Stunden oder Tagen abgegeben wurden.

Die hohen Übertragungsgeschwindigkeiten des Internets (im Vergleich zur Offline-Kommunikation) sorgen indes dafür, dass trotz der asynchronen Grundstruktur gleichwohl eine beinahe

²⁹ Emmer/Wolling (2010), S. 39.

³⁰ Albrecht (2010), S. 25.

synchrone Kommunikation möglich ist. Sollten sich zwei oder mehr Teilnehmer der Deliberation zeitgleich im selben virtuellen Raum befinden, ist eine fast synchrone Kommunikation ohne größere Einschränkungen möglich. Eine terminliche Abstimmung ist somit nicht länger erforderlich und alle Interessierten könnten sich nach ihrem privaten Zeitplan richten, um an der Deliberation teilzunehmen. Diese Besonderheit führt zu einer gewissen Fragmentierung des Diskussionsverlaufs, wodurch die benötigte Dauer der Verhandlungen ansteigt. Gleichzeitig entfällt jedoch die verfahrenstechnische Anforderung der Sequenzierung von Redebeiträgen. Anstelle einer strikten Wortführung und um sicherzugehen, dass jedem Sprecher dieselbe Chance gewährt wird sich zu äußern, übernimmt hier bereits das System diese Aufgabe, indem es die Beiträge aller Diskutanten sammelt und nach einem vorher festgelegten Muster archiviert.

2.2.2 Das Internet als textbasiertes Kommunikationsmedium

Das Internet prägte eine Medienkonvergenz, die nicht nur dafür sorgte, dass klassische Print- und Rundfunkangebote zunehmende Konkurrenz aus dem Online-Bereich bekamen, sondern auch unterschiedliche Kommunikationsmedien auf einer Plattform (dem Internet) kombinierte. Unlängst haben sich diverse Anwendungen etabliert die, neben der schriftlichen Kommunikation, auch Voice over IP oder Videotelefonie integrieren. (z.B. Skype, Google Hangouts, Team-speak) Zusätzlich machen Online-Videos, die sowohl Ton als auch Bewegtbild vermitteln können, mittlerweile einen enormen Anteil der alltäglichen Internetnutzung aus. Nichtsdestotrotz ist der größte Teil der politischen Online-Kommunikation nach wie vor textbasiert da diese die geringsten technischen Anforderungen an die Hardware der Teilhaber stellt. Insbesondere wenn ein Kommunikationsprozess diskursive Züge annehmen soll, wie er für deliberative Verfahren charakteristisch ist, führt kein Weg an der Textform vorbei. Sie stellt eine Voraussetzung für die bereits erläuterte synchrone Asynchronität dar und erlaubt eine einfache Archivierung. Zusätzlich wird so die Problematik der Protokollführung gelöst (siehe oben). Die Diskutanten in Online-Foren müssen ihre Beiträge und Vorschläge als Text aufbereiten und der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen. Dieses Prozedere sorgt mithin auch dafür, dass jeder für sich selbst indirekt Protokoll führt und es schließlich dem öffentlichen Forum hinzufügt. Durch diese Form des Crowdsourcings löst sich ein weiteres verfahrenstechnisches Problem der Deliberation unter Anwesenden allein durch die Wahl des verwendeten Systems.

Der Nachteil gegenüber der Deliberation unter Anwesenden besteht im Wegfall jeglicher Gestik und Mimik in der Diskussion. Diese „Social Cues“ erfüllen im Normalfall eine unterstützende Funktion, indem sie die tatsächlichen Intentionen und Bedeutungen einer Botschaft unterstreichen können. Ohne diese Unterstützung steigt der Anspruch an die Diskutanten,

ihre Anliegen und Argumente präzise und authentisch formulieren zu können. Sollte der Beitrag nicht hinlänglich formuliert sein, könnte die eigentlich intendierte Botschaft fehlinterpretiert werden.

Eine letzte Besonderheit der Textform ist eine eigene Form der Sprachkultur, die in den meisten Plattformen auf denen textbasierten Online-Kommunikation ermöglicht wird zu finden ist. Diese als „Oralliteralität“ bezeichnete „...Mischform aus gesprochener Sprache (Oralität) und geschriebenem Text (Literalität)...“³¹ hat sich in der privaten Online-Kommunikation fraglos durchgesetzt und wird vermehrt auch in der öffentlichen Gruppenkommunikation akzeptiert oder zumindest toleriert. Während der klassische Schriftverkehr von grammatischen und orthografischen Regeln bestimmt ist, werden diese Regeln in der schriftlichen Internet-Kommunikation oftmals gelockert oder sogar völlig missachtet. Dies zeigt sich bspw. durch durchgängige Kleinschreibung, häufiger Verwendung von Abkürzungen oder der Einsparung ganzer Wörter aus Gründen der Bequemlichkeit. Insgesamt nähert sich die schriftliche Kommunikation der gesprochenen Sprache mit ihren Dialekten und Slangs an. Ähnlich wie der Wegfall der „Social Cues“ beinhaltet auch diese Entwicklung die Gefahr, dass eine Botschaft missinterpretiert werden könnte.

2.2.3 Das Internet als anonymes Kommunikationsmedium

Das vermutlich meist diskutierte Merkmal der Online-Kommunikation (zumindest in Bezug auf Deliberation im Internet) stellt die weitgehende Anonymität³² dar, welche die Nutzer im Internet genießen. Das Internet ermöglicht die schnelle Vernetzung mit einer Vielzahl anderer Menschen, was den Austausch mit Freunden und Bekannten aber auch mit völlig fremden Personen ermöglicht. Gerade in der Kommunikation mit Fremden ist die Nutzung von Pseudonymen ein weit verbreitetes Mittel um miteinander in Kontakt zu treten. Die meisten Online-Foren erlauben deshalb die Verwendung von Pseudonymen, um die Privatsphäre und die Daten der Nutzer besser schützen zu können. Die Diskutanten können die verschiedenen Beiträge deshalb i.d.R. nur einer Online-Identität zuordnen, welche oft nur wenige Rückschlüsse auf eine reale Person zulässt. Gerade für die Deliberation kann dies einen bedeutenden Mehrwert darstellen. Durch die fehlende körperliche Präsenz der Diskussionsteilnehmer haben die Deliberierenden kein Gesicht vor Augen, keinerlei Anhaltspunkte auf körperliche Eigenheiten oder eine Stimme, die sie anderen Diskussionsteilnehmern zuordnen könnten. Nicht einmal das

³¹ Beck (2010), S. 30.

³² Teilweise wird auch zwischen Anonymität und Pseudonymität unterschieden. Anonyme Beiträge können weder einer realen Person, noch einer Online-Persona zugeordnet werden, da eine Botschaft nur mit einem einmalig verwendeten Namen unterzeichnet wird. Der Großteil der Online-Kommunikation läuft aber faktisch unter der Verwendung von Pseudonymen ab, deren widerkehrende Nutzung eine Online-Identität entstehen lässt, vgl. Döring (2010), S. 165-167.

Geschlecht oder Alter einer Person lässt sich aus einem Nutzernamen mit Gewissheit ableiten, was zu einer „...weitgehende[n] Depersonalisierung des Argumentierens...“³³ führt. Dies liegt ganz im Sinne der deliberativen Demokratietheorie, da die politischen Entscheidungen durch die objektiv besten Argumente geprägt sein sollen. Körperliche Merkmale, die eine subjektiv-positive oder subjektiv-negative Vorprägung des Diskurses auslösen könnten, werden somit ausgeblendet und die kommunikativen Faktoren umso wichtiger.

Gleichzeitig bietet die Anonymität einen erweiterten Handlungsspielraum im Internet, da man nur wenig Repressionen im realen Leben für verschiedenste Äußerungen in einem Online-Forum zu befürchten hat. Eher zurückhaltende Personen, die sich nur ungern öffentlich äußern, finden in einer geschützten Online-Umgebung oftmals den Mut sich zu Wort zu melden. So können Inputs generiert werden, die bisher nicht in Betracht gezogen wurden oder einer populären Mehrheitsmeinung widersprechen. Umgekehrt kann dieser Handlungsspielraum aber auch „missbraucht“ werden und Verhaltensweisen fördern, die in der Face-to-Face Kommunikation schlicht nicht hinnehmbar wären. Dies kann von einem respektlosen Verhalten gegenüber anderen Diskutanten, über unnötige Provokation, bis hin zu strafrechtlich relevanten Handlungen, wie Beleidigung, Verleumdung oder Drohungen reichen. Gerade unter Berücksichtigung der Bedingung des Respekts für funktionierende Deliberation stellt die Anonymität in Online-Foren ein gewisses Risiko für deliberative Verfahren im Internet dar. Als Antwort darauf wird gerade in deliberativen Foren zunehmend eine Anmeldung unter Klarnamen gefordert, die jedoch nach wie vor nicht den Standard darstellt und schlussendlich umgangen werden kann. „Im Schutz der Anonymität lassen sich beleidigende, verleumderische oder provozierende Botschaften verbreiten, ohne dass man dafür zur Verantwortung gezogen werden kann.“³⁴ Deshalb liegt es regelmäßig auch an der Moderation deliberativer Verfahren ein angemessenes Diskussionsklima zu wahren und eine gelingende Deliberation zu ermöglichen.

2.3 Kritische Rezeption

Die deliberative Demokratietheorie möchte „...die Legitimation und die Qualität politischer Entscheidungen gleichzeitig [...] erhöhen“³⁵ und versteht sich als normativer Vorschlag für die Lösung von Legitimitätsproblemen und als konkreter Lösungsansatz, um demokratische Missstände zu bekämpfen.³⁶ Bei einem solchen Selbstverständnis ist es wenig überraschend,

³³ Hurrelmann (2002), S. 557.

³⁴ Döring (2010), S. 165.

³⁵ Schaal, Ritz (2009), S. 3.

³⁶ Vgl. Alcantara (2016), S. 35.

dass zahlreiche kritische Stimmen im wissenschaftlichen Diskurs Stellung bezogen haben.³⁷ Tatsächlich scheint die breite Kritik sogar mit ein Grund für die eingangs skizzierte Popularität der deliberativen Demokratietheorie zu sein. Die anhaltende Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Theorie und ihren Kritikern beleuchtet zahlreiche Schwachstellen deliberativer Demokratiekonzepte, leistet aber gleichzeitig einen entscheidenden Beitrag zu ihrer konstanten Weiterentwicklung. So hält Zdarsky es mittlerweile für beinahe unmöglich, einen konstruktiven Beitrag zur Debatte um Deliberation zu leisten, ohne von vorneherein die kritische Perspektive miteinzubeziehen.³⁸ Da auch die zu prüfende These dieser Arbeit zunächst von einem potenziellen Versagen deliberativer Verfahren in Online-Diskussionen ausgeht, ist es an dieser Stelle nötig, die schwerwiegendsten Kritikpunkte der Deliberation genauer zu erläutern.

Analog zu der fehlenden Einigung darüber, was die charakteristischen Merkmale von Deliberation seien, besteht auch kein Konsens darüber, was die Kritikpunkte betrifft. Dennoch sind einige Kritikpunkte ohne Frage häufiger anzutreffen als andere, insbesondere wenn das kritische Verständnis von Deliberation nach Habermas im Fokus dieser Auseinandersetzung steht. Zugunsten der Übersicht wurden drei Oberkategorien entwickelt, welche eine bessere Einordnung erlauben sollen. Feingliedrigere Einteilungen der Kritik als diese sind populär, fallen dadurch jedoch auch regelmäßig durch eine gewisse Redundanz auf. Landwehr beispielsweise unterschied in einem ersten Schritt: „...zwischen der Kritik an empirischen Prämissen der deliberativen Theorie und der an ihren normativen Grundaussagen“.³⁹ Während diese Unterscheidung zunächst ideal erscheint, um die theoretischen Ansätze verschiedener kritischer Autoren herauszustellen, droht jedoch auch eine häufige Wiederholung der selben inhaltlichen Kritikpunkte, die lediglich aus verschiedenen Perspektiven heraus betrachtet wurden. Die hier gewählten Oberkategorien sind im Vergleich dazu von vorneherein auf die inhaltliche Kritik konzentriert und vergleichsweise breit angelegt, um dieser Redundanz in der Untersuchung soweit wie möglich vorzubeugen.

2.3.1 Unrealistische Grundannahmen

Der wahrscheinlich meist diskutierte Kritikpunkt an der deliberativen Demokratietheorie ist der Widerspruch zwischen ihren normativen Anforderungen und der empirischen Realität deliberativer Diskurse. Je nachdem, ob eine vornehmlich kritische Perspektive eingenommen wird oder die Weiterentwicklung der Theorie im Fokus steht, wird dieser Missstand als Naivität oder lediglich als überzogener Idealismus bezeichnet. Gemein ist ihnen allen, dass sie die

³⁷ Vgl. Martinsen et al (2014).

³⁸ Vgl. Zdarsky (2014), S. 10.

³⁹ Landwehr (2012), S. 373.

theoretischen Ansprüche und die realen Verhältnisse in politischen Beratschlagungen als unvereinbar betrachten. Die Theorie könne lediglich einem normativen Anspruch gerecht werden und ein Bild davon zeichnen, wie eine „gute“ Demokratie im Idealfall auszusehen hätte. Für die empirische Nutzung und Analyse echter Diskurse sei sie aber schlicht: „...uninteressant, als sie von unrealistischen Annahmen zusammengefasst in der idealen Sprechsituation ausgehe.“⁴⁰ Habermas wiederum wird zugeschrieben nie den Anspruch auf reale empirische Anwendungsfähigkeit seiner Theorie aufgegeben zu haben und immer wieder ihr Potenzial betonte, realen Missständen und Problemen von Demokratie entgegenzuwirken.⁴¹ Die ideale Sprechsituation als kontrafaktische Annahme zu begreifen, sorgt aber nicht für eine ausreichende (geschweige denn vollständige) Negierung der Problematik. Wenn lediglich solche Ergebnisse als wirklich legitim angesehen werden können, die unter diesen anspruchsvollen Bedingungen entstanden sind, muss wahrscheinlich konstatiert werden, dass in der bisherigen Menschheitsgeschichte keine legitimen Ergebnisse in einem politischen Entscheidungsprozess zustande kamen. Denn letztendlich ließen sich „die empirisch vorfindbaren Kommunikationsprozesse [...] immer nur vor einem Kontrastbild idealer Kommunikation, des idealen Diskurses, bewerten, den sie allerdings – das gehört zum Wesen der Idealisierung – nie erreichen können.“⁴² Folgt man der Logik von Albrecht, können reale Diskurse somit immer nur mehr oder weniger unzureichend sein. Ihre produktiven Ergebnisse, egal ob positiver oder negativer Art, lassen sich indes nicht analysieren, da sie den theoretischen Anforderungen der Deliberation nicht gerecht würden und auch gar nicht gerecht werden könnten. Die skizzierten deliberativen Anforderungen sind in der Praxis kaum durchzusetzen, weshalb sich verschiedenste Kritikpunkte zu den einzelnen Elementen der idealen Sprechsituation finden lassen.

So wird bereits Argumentativität, welche mithin das Kernelement von Habermas deliberativer Demokratietheorie ist, aus den verschiedensten Perspektiven unter Beschuss genommen. Insbesondere Vertreter des Rational-Choice-Ansatzes bezweifeln, dass die Kommunikation an sich und damit auch nicht die Argumentation, irgendeinen nennenswerten Einfluss auf die politische Willensbildung der Allgemeinheit oder politischer Akteure ausüben könne. Belastbare empirische Erhebungen bezüglich des Einflusses von Beratungen auf die letztendlichen Entscheidungen vermessen sie. Interessanterweise existiert auch Kritik, welche das genaue Gegenteil als eine Gefahr von Deliberation beschreibt. Während Rational-Choice-Vertreter davon ausgehen, dass Kommunikation keine messbaren Auswirkungen auf die Entscheidungen haben würde, prognostiziert eine eher marxistische Perspektive, dass Deliberation zu

⁴⁰ Albrecht (2010), S. 109.

⁴¹ Gerhards/Neidhardt (1990), S. 5.

⁴² Albrecht (2010), S. 111-112.

großes Potenzial habe, die wahren politischen Präferenzen im Diskurs verschwimmen zu lassen. Die abstimmenden Akteure könnten in deliberativen Verfahren zu stark beeinflusst werden und schließlich Positionen unterstützen, die ihren wahren Präferenzen nicht entsprechen. Diese sich widersprechenden Kritiken muten zunächst seltsam an, lassen sich aber auf einen gemeinsamen Ursprung zurückverfolgen: Die bestimmenden Akteure, seien es nun Politiker oder die Bevölkerung, würden sich regelmäßig eben nicht den besten Argumenten anschließen, sondern sich auf Grundlage anderer Faktoren (z.B.: ihre unveränderlichen Eigeninteressen, Ausführungen charismatischer Wortführer) entscheiden. Der Wert von diskursiven Beratungen an sich wird von beiden grundsätzlich in Frage gestellt.

Gleichzeitig wird die Bedingung der ausschließlichen Argumentativität auch von denjenigen kritisiert, welche ihr durchaus einen bedeutenden Einfluss auf die politische Willensbildung zugestehen. Der grundlegende Wert von Argumentation wird zwar anerkannt, aber der Einschätzung widersprochen, dass diese die einzige legitimitätsstiftende Kommunikationsform darstellen würde. Ziel der Deliberation sei es vielmehr die Argumente und vor allem die Beweggründe der gesamten Bevölkerung abzubilden, entweder durch die Auswahl von Repräsentanten oder durch tatsächliche Beteiligung der breiten Bevölkerung. Deshalb sprechen sich Vertreter alternativer Modelle von Deliberation dafür aus, neben der Argumentation auch andere Kommunikationsstile zuzulassen.⁴³ Rhetorik beispielsweise würde es den Teilnehmern deliberativer Prozesse erlauben, bildliche oder emotionale Sprache zu nutzen, um das emotionale Gewicht eines Anliegens für die eigene Interessengruppe besser ausdrücken zu können. So könne eine bessere Verständigung zwischen den unterschiedlichen Parteien erzielt werden um Legitimität und den gesellschaftlichen Frieden zu fördern. Die Abgrenzung der rational-argumentativen Kommunikation von der emotional-rhetorischen Kommunikation, wie sie in der kritischen Form der Deliberation vorgenommen wird, sei schon allein deshalb unzulässig, weil Argumentationen nie wirklich rational sind. Jedes Argument wird von einem Individuum mit eigenen subjektiven Wertvorstellungen vorgebracht, weshalb letztendlich kein Argument aus einer rein rationalen Überlegung hervorgekommen sein kann. Rhetorik und Argumentation unterschieden sich letztendlich nur durch ihre Vortragsweise. Während Argumentation ruhiger anmutet, wird ein rhetorischer Vortrag zunächst emotionaler, womöglich sogar streitlustig wirken. Direkte Rückschlüsse auf deren Gehalt an Vernunft lassen sich daraus aber nicht ziehen. Nicht die Art und Weise, wie ein Argument präsentiert wurde, sondern sein fachlicher Inhalt sollten im Fokus stehen.

Ein weiterer Stil, der in realen Deliberationen regelmäßig auftaucht ist das Narrativ bzw. die Erzählung. In der strikten Anwendung des kritischen Deliberationsverständnisses wäre diese

⁴³ Vgl. Chappell (2012), S. 84ff.

Kommunikation ungeeignet, da sie keine verallgemeinerbare Begründung beinhaltet. Bestenfalls handle es sich um anekdotische Beweisführung, die nur einen emotionalen Wert für den Einzelnen haben kann. Befürworter der Erzählung betonen hingegen das Potenzial, die Erfahrungen und Perspektiven anderer Diskursteilnehmer und anderer sozialer Gruppen zu veranschaulichen. Verständigung und Kooperation in einer deliberativen Demokratie könnten somit nachhaltig gestärkt werden. Eine Erzählung könne verdeutlichen, warum andere Diskursteilnehmer einen anderen Blickwinkel haben und stellt somit eine wertvolle Informationsquelle dar.⁴⁴ Betrachtet man politische Beratschlagungen, sei es in offiziellen Institutionen oder in Verfahren der elektronischen Bürgerbeteiligung, wird man schnell bemerken, dass dieser Fokus auf die Argumentation praktisch nie der Realität entspricht. Andere Kommunikationsformen sind in den Diskursen allgegenwärtig und machen oftmals deren Großteil aus. In bestimmten Situationen kann eine Argumentation anderen Kommunikationsformen sogar klar unterlegen sein, da eine nachvollziehbare Argumentation einer sicheren Faktenlage bedarf, um Anspruch auf Verallgemeinerung haben zu können. Liegen zu einem thematisierten Konfliktgegenstand aber nur unvollständige Informationen vor, wird jede Argumentation zwangsläufig fundamentale Schwächen aufweisen. Nun ist es aber politischer Alltag, dass in einem begrenzten Zeitraum Themen bearbeitet werden müssen, die temporär oder dauerhaft von Unsicherheiten geprägt sind. Argumente könnten in solchen unsicheren Themengebieten nicht mehr vollständig begründet werden und würden in einem Widerstreit kollidierender Interessen nur zu mehr, anstatt weniger Konflikt führen. Jede Seite könnte der anderen (zu Recht) eine unlautere, da unfundierte Argumentationsweise vorwerfen und Argumente würden zu „... Waffen in einem Kampf um Geltung zwischen den Kontrahenten in einem Konflikt-Diskurs“.⁴⁵ Die Beschränkung auf Argumentationen, wie sie das kritische Verständnis deliberativer Demokratietheorie fordert, wirkt wie der schwerwiegendste Bruch der Merkmale vollwertiger Deliberation mit der empirischen Realität. Während es stimmt, dass mit der Inklusion emotionalerer Kommunikationsformen, die Chance der Deliberation, die objektiv besten Ergebnisse zu erzielen beeinträchtigt wird, bestimmt eben diese emotionale Kommunikation dennoch die Routinen der meisten politischen Beratschlagungen. Anstatt dies zu ignorieren und an dieser unrealistischen Grundannahme festzuhalten, sollte man Emotionalität integrieren, wie es zahlreiche alternative Modelle deliberativer Demokratie bereits versuchten.

Ein weiterer Kritikpunkt an der idealen Sprechsituation nach Habermas besteht an der Bedingung der Gemeinwohlorientierung. Deliberative Demokratie stellt sowohl den Herrschern als auch den Beherrschten verschiedene, vielversprechende Vorteile in Aussicht. Allerdings steigt gleichzeitig der zu leistende Aufwand der Bürger, wenn Deliberation tatsächlich funktionieren

⁴⁴ Chappell (2012), S. 85.

⁴⁵ Albrecht (2010), S. 115.

soll.⁴⁶ Die Teilnehmer deliberativer Diskurse sollen sich den strengen Vorgaben der idealen Sprechsituation unterordnen und müssen sich zusätzlich in mehr oder weniger komplexe politische Sachthemen einarbeiten. Der deliberierende Bürger muss also die Bereitschaft aufbringen sich politisch bilden und auch ein Stück weit erziehen zu lassen. Gleichzeitig muss der Teilnehmer erheblich mehr zeitliche und materielle Ressourcen investieren als in einer üblichen Abstimmungsdemokratie. Eine Vielzahl von Bürgern wird aufgrund realer Lebensumstände schlicht nicht willens sein, neben ihrem Beruf, ihrer Familie oder anderweitigem Privatleben Zeit für diese Form politischer Partizipation aufzubringen. Diejenigen, die es trotzdem tun, werden oftmals eine besondere Motivation für diese Anstrengungen haben. Die üblichen Beteiligten bleiben deshalb auch in der deliberativen Demokratie diejenigen, die ohnehin politisch interessiert sind oder solche, die Eigen- oder Lobbyinteressen durchsetzen wollen. Insbesondere die zweite Gruppe sorgt regelmäßig für Bedenken, ob tatsächlich das Allgemeinwohl im Zentrum der Deliberation steht, oder auch hier der bloße Widerstreit von Partikularinteressen vorherrscht.

Der Kern dieser Kritik besteht also in der These, dass Individuen mit subjektiven Beweggründen regelmäßig nicht bereit sein werden ihre Partikularinteressen abzulegen und stattdessen sich wirklich vorrangig am Wohle der Allgemeinheit zu orientieren. Auch Habermas selbst schreibt den Teilnehmern der Deliberation kein besonders ausgeprägtes Interesse am Gemeinwohl zu, sondern verweist auf die gemeinwohlfördernden Rahmen des kommunikativen Handelns.⁴⁷ Doch wie bereits skizziert, bestehen schon an dieser Prämisse zahlreiche berechtigte Zweifel, weshalb sie kaum als überzeugendes Gegenargument für weiterführende Kritik herangezogen werden kann.

In engem Zusammenhang mit der Problematik der Gemeinwohlorientierung steht weiterhin die Authentizität. Damit Deliberation funktioniert, ist es nötig, dass die Teilnehmer ihre wahren Interessen und Handlungsmotive offenlegen. Eine Einschätzung über den Grad der Authentizität der Diskurse stellt sich jedoch oft als problematisch heraus. Ein Urteil über die Authentizität stellt immer auch eine gewisse Einschätzung über die Ehrlichkeit und moralische Integrität der Teilnehmer dar.⁴⁸ Der Wertende wird zwangsläufig in eine Position gedrängt, andere Personen der Lüge oder Unaufrichtigkeit zu bezichtigen und wird implizit eine moralische Überlegenheit beanspruchen. Um diese Probleme zu umgehen, wird dementsprechend in verschiedenen Untersuchungen vollständig darauf verzichtet, die Authentizität der Diskurse zu bewerten. Stattdessen wird sie oft außenvor gelassen und als positiv gegeben unterstellt. Ein Umstand, der gerade im Online-Bereich problematisch erscheint, wenn in anderen Untersuchungen von Online-Diskursen eine „...offen zelebrierte ‚Unaufrichtigkeit‘ der Diskussion,

⁴⁶ Vgl. Landwehr (2012), S. 358.

⁴⁷ Vgl. Habermas (1987), S. 387.

⁴⁸ Vgl. Steenbergen (2003), S. 26.

die neutraler formuliert, in einem spielerischen Umgang mit Identitäten sowie sprachlicher Formen festzustellen war.“⁴⁹

2.3.2 Exklusives Demokratieverständnis

In einer zweiten Oberkategorie sollen die Kritikpunkte zusammengefasst werden, die der Deliberation ein exklusives oder sogar elitäres Demokratieverständnis vorwerfen. So werden regelmäßig die deliberativen Diskursregeln für ihre ausgrenzende Wirkung kritisiert. Insbesondere die hohen kognitiven und sprachlichen Anforderungen, die durch diese Regeln gefordert werden, neigen dazu weniger geübte Redner systematisch zu benachteiligen. Argumentation als einzige anerkannte Kommunikationsform im politischen Diskurs stellt hohe Anforderungen an die Beteiligten. Da aber nicht jeder Bürger gleichermaßen dazu fähig ist, seine Präferenzen und politischen Anliegen entsprechend zu formulieren oder rational und verallgemeinerbar zu begründen, würden in einem deliberativen Diskurs besser gebildete Schichten stets bevorzugt. Diese Kritik gelte umso dringlicher für politisch erfahrene Bürger oder Berufspolitiker, die bereits einiges an Übung in der Formulierung und Begründung politischer Inhalte vorweisen können. Dieser Erfahrungsvorsprung könnte sich mit zunehmender Verbreitung und Routine deliberativer Verfahren im Verlauf der Zeit ausgleichen. Ein Startvorteil für politisch Engagierte wäre in einer deliberativen Demokratie hingegen nur schwer zu umgehen. Insbesondere der Umstand, dass rhetorisches Sprechen und Emotionalität in einem kritischen Deliberationsprozess so weit wie möglich ausgegrenzt werden sollen, stellt eine große Einstiegshürde für diejenigen dar, die nur eine begrenzte Erfahrung mit politischen Diskursen haben. Die rigide Durchsetzung der strengen deliberativen Diskursregeln würde demnach dazu führen, dass sozial-benachteiligte und/oder bildungsfernere Schichten ihre Erfahrungen, Interessen und Anliegen gar nicht oder nur unzureichend in den Diskurs einbringen könnten. „Im Mittelpunkt der Kritik steht also ein Politik- und Demokratieverständnis, das als ‚expertokratisch‘ bezeichnet wird.“⁵⁰ Da das eigene Ziel einer möglichst breiten und tiefgehenden Beteiligung somit zu einem gewissen Grade konterkariert wird, sinke durch diese exkludierenden Regeln auch das Potenzial für eine empirisch-nachvollziehbar Steigerung der Legitimierung politischer Entscheidungen.

Auch dieser Kritikpunkt wird aus verschiedensten theoretischen Positionen heraus betrachtet, weshalb sich bspw. auch Feministinnen mit der Theorie beschäftigten. Gemäß ihren Observationen sind die Gruppen, die aufgrund fehlender materieller, sozialer oder zeitlicher Ressourcen nicht an der Deliberation teilnehmen können dieselben Gruppen, die gleichzeitig in

⁴⁹ Albrecht (2010), S. 10.

⁵⁰ Landwehr (2012), S. 374.

der Gesamtbevölkerung eine Minderheit bilden. So kritisierte bspw. Lynn Sanders, dass selbst bei einer erfolgreichen Deliberation mit einer heterogenen Gruppe von Beteiligten, die letztendliche Entscheidung in der Praxis meistens von weißen Männern mit eher höherem Bildungsabschluss dominiert wird.⁵¹ Deliberation würde demnach ohnehin benachteiligte Gruppen, wie etwa Frauen oder ethnische Minderheiten exkludieren, da reale Machtstrukturen in Politik und Gesellschaft schlicht ausgeblendet werden, statt sie schon in den theoretischen Überlegungen zu berücksichtigen. Eine interessante Beobachtung hinsichtlich der eher exkludierenden Wirkung von Deliberation bietet auch eine empirische Studie von Diana Mutz im Jahr 2006 an. Ihre Ergebnisse legten dar, dass selbst erfolgreiche, weitgehend inklusive und abwägende Deliberation die Bereitschaft der Bürger, sich aktiv zu beteiligen eher senken würde anstatt sie zu steigern. Der Grund dafür sei, dass es den Bürgern zunehmend schwerer fallen könnte eine eigenständige Position zu beziehen, wenn sie zahlreiche nachvollziehbare Argumente für und gegen jede mögliche Handlungsoption gehört haben.⁵²

All diese Punkte beklagen ein grundsätzlich exklusives Verständnis politischer Beteiligung, wenn die strengen Diskursregeln kritischer Deliberation tatsächlich so durchgesetzt würden. Die Theorie würde ihrem selbstgesteckten Ziel einer möglichst breiten und vor allem gehaltvollen Beteiligung aller Bürgergruppen letztendlich selbst zuwiderlaufen. Die Dominanz deliberativer Demokratietheorien im internationalen wissenschaftlichen Diskurs wird auch deshalb kritisch betrachtet. Der unbedachte Einsatz deliberativer Verfahren, ohne Rücksicht auf das exkludierende Potenzial ebendieser, könne das eigentliche Ziel einer jeden Demokratie, die Herrschaft durch das gesamte Volk und nicht nur durch wenige aber privilegierte Gruppen, schlussendlich sogar untergraben.⁵³

2.3.3 E-Partizipatorische Kritik

Die letzte Kritikgruppe kann unter dem Begriff der E-Partizipatorischen Kritik zusammengefasst werden. Sie vereint einige der bereits erläuterten Kritikpunkte bezüglich der unrealistischen Grundannahme und dem exklusiven Demokratieverständnis, mit Kritik an den Besonderheiten der Online-Kommunikation. Die politische Landschaft in Deutschland ist nach wie vor von klassischen parlamentarischen Institutionen und Abstimmungen bestimmt. In diesen repräsentativen Gremien wird über den besten politischen Kurs verhandelt und gestritten. Den Anforderungen einer deliberativen Beratschlagung werden sie aber in aller Regel nicht gerecht.

⁵¹ Vgl. Sanders (1997), S.350

⁵² Vgl. Mutz (2006).

⁵³ Vgl. Landwehr (2012), S. 376.

Mit der Verbreitung des Internets konnten sich elektronische Bürgerbeteiligungsverfahren eines regen Interesses von Seiten der Politik und der Verwaltung erfreuen.⁵⁴ Der E-Partizipation wurden verschiedene deliberative Qualitäten zugeschrieben, weshalb ein regelrechter Boom in der deutschen (Kommunal-) Politik ausgelöst wurde. Aufgrund einer Zunahme ernüchternder Ergebnisse scheint ihre Zahl aber mittlerweile wieder rückläufig.⁵⁵

Einer der größten Kritikpunkte von Deliberation im Internet ist die weitgehende Anonymität der Nutzer (siehe 2.2.3). Durch diese Teilanonymität müssen die Diskursteilnehmer kaum Sanktionen für ihre Äußerungen befürchten und fühlen vermutlich fühlen sie sich am heimischen PC um einiges weniger angreifbar, als in einer offenen Diskussion. Diese Depersonalisierung führt in der praktischen Anwendung, wie zu zeigen sein wird, nicht zu der erhofften besseren Inklusion von zurückhaltenden Akteuren oder unpopulären Meinungen. Vielmehr neigen die Diskursteilnehmer verstärkt und regelmäßig zu respektlosen oder sogar beleidigenden Aussagen, die den Anforderungen der idealen Sprechsituation mithin nicht gerecht werden können. Dieses Phänomen ist in der öffentlichen Onlinekommunikation unter Fremden mittlerweile weit verbreitet. Der Begriff des „Hate Speech“ ist in den täglichen Sprachgebrauch eingegangen und beschäftigt auch zunehmend den wissenschaftlichen Diskurs.⁵⁶ Gerade in sozialen Netzwerken, die das prinzipielle deliberative Potenzial von Online-Kommunikation aufzeigen,⁵⁷ nimmt diese Entwicklung besorgniserregende Züge an. Populäre soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter etc. erheben selbstverständlich keinerlei Anspruch auf eine deliberative Ausrichtung ihrer Plattformen. Auch sind sie durch ihre Größe und offene Struktur wesentlich schwieriger zu moderieren, als entsprechende Verfahren der E-Partizipation auf kommunaler oder staatlicher Ebene. Doch ebendiese Potenzierung des Phänomens zeigt eindrücklich, welche Herausforderungen und Probleme Online-Anonymität mit sich bringen kann. Gemäß dieser kritischen Perspektive führt die Anonymität im Internet dazu, dass sich der Spielraum des Sagbaren erweitert. Gleichzeitig wird die Tatsache verschleiert, dass die anderen Diskursteilnehmer ebenfalls Menschen und nicht bloße Online-Personas sind. So werden Hemmungen und soziale Schranken abgebaut, die das Diskursniveau von Beratschlagung unter Anwesenden normalerweise absichern würden. Deshalb werden „...eskalierende Diskussionskulturen den deliberativen Nutzen von Diskussionen, die über Internetmedien geführt werden, begrenzen.“⁵⁸

Ein weiterer zentraler Kritikpunkt an deliberativen Online-Verfahren besteht in der Problematik der Aufmerksamkeitssicherung. Durch die synchron-asynchrone Natur der Online-Kommuni-

⁵⁴ Vgl. Weiß (2013).

⁵⁵ Vgl. Zobel/Weiß (2018)

⁵⁶ Vgl. Burnap/Williams (2015).

⁵⁷ Vgl. Albrecht (2010), S. 29.

⁵⁸ Zobel/Weiß (2018), S. 239.

kation (siehe 2.2.2) verlängert sich notwendigerweise auch der Zeitraum, der für die Deliberation nötig ist. Deshalb werden deliberative E-Partizipationsverfahren mehrstufig konstruiert und in verschiedene Phasen eingeteilt, wie bspw. Bewertungs- oder Auswertungsphasen. Diese Phasen des Diskurses dauern i.d.R. mehrere Tage und Wochen an, damit ein möglichst großer Teil der Bevölkerung Gelegenheit bekommt seine Vorschläge und Argumente einzubringen. Dieser verlängerte Diskussionszeitraum und der fragmentierte Zugriff auf die Diskussion führt jedoch oft dazu, dass viele Argumente und Themen nur unzureichend oder gar nicht berücksichtigt werden. Oftmals konzentriert sich die Beteiligung auf ausgewählte, besonders polarisierende Anliegen oder auf einen bestimmten Zeitraum wie etwa Start und Abschluss der Diskussionsphase. Da bestimmte Diskurse drohen in dieser Masse unterzugehen, geht der nötige Respekt gegenüber anderen Argumenten und Themen somit zu einem gewissen Grade verloren und die deliberative Qualität insgesamt fällt ab.

Letztlich wird auch die steigende Gefahr einer ungleichen Beteiligung der Bürger und somit einer Verzerrung der tatsächlichen Präferenzen einer Gesellschaft kritisiert. Dieser Punkt stellt wohl die direkteste Verbindung zwischen der kritischen Rezeption von Deliberation und E-Partizipation dar. Denn auch unabhängig voneinander sehen sich beide Themen mit dieser Kritik konfrontiert. Die technische Komponente dieser Kritik kann unter dem Schlagwort des „Digital Divide“⁵⁹ zusammengefasst werden. Da die unterschiedlichen Individuen einer Gesellschaft niemals gleichermaßen technisch affin sein werden, schwankt auch ihre Offenheit gegenüber technischen Neuerungen. Während sogenannte „Early Adopter“ schnell überzeugt sind, neue Technologien auszutesten und den Umgang mit diesen zu erlernen, existiert immer auch ein eher vorsichtiger Teil der Bevölkerung, der solcherlei Neuerungen gegenüber zunächst skeptisch eingestellt ist. In diesem aktuellen Zeitalter der Digitalisierung steigt die Schlagzahl und Frequenz, mit der neue Technologien etabliert werden konstant. Im konkreten Falle deliberativer E-Partizipation könnte dieser Umstand dazu führen, dass sich vorrangig eine gut gebildete, technisch versierte Elite an den Verfahren beteiligt und somit eine massive Verzerrung des eigentlichen Meinungsbilds drohen würde. Der Digital Divide ist eine Herausforderung für alle Prozesse, welche eine zunehmende Verlagerung in das Internet erfahren. Für die Online-Deliberation und E-Partizipation wiegt sie aber umso schwerer, da allgemein verbindliche Rechtsnormen und Gesetze auf Grundlage von verzerrten Daten beschlossen werden könnten. In Kombination mit der erläuterten Kritik eines elitären Demokratieverständnisses (siehe 2.3.2) droht somit nicht nur eine Verzerrung durch Begünstigung derjenigen Akteure, die in der Vertretung politischer Interessen geübt sind, sondern auch noch durch die zumindest initiale Bevorzugung onlineaffiner Gruppen. Alle Formen analoger Bürgerbeteiligung stellen zunächst eine Minderheitsbeteiligung dar, was mit logischen verfahrenstechnischen Herausforderungen begründet werden kann. Nach Albrecht hebt die Online-Beteiligung

⁵⁹ Marr/Zillien (2010), S. 257ff.

diese zu einem gewissen Grad auf, jedoch spielen Geschlecht, Bildung und sozioökonomischer Status bei der individuellen Beteiligung nach wie vor eine entscheidende Rolle. Diese Verzerrung sei jedoch im Ergebnis normal und wird erst dann ein Problem, wenn die Diskurse in eine bestimmte inhaltliche Richtung dominiert werden.⁶⁰ Eine gewisse Verzerrung der Repräsentativität lässt sich bei Verfahren zur Bürgerbeteiligung nie vermeiden, da sie letztendlich immer auf freiwilligen Engagement fußen, unabhängig davon ob sie online oder offline durchgeführt werden. Andere Kritiker sehen diese inhaltliche Dominanz jedoch immer häufiger als gegeben an und sprechen sich deutlich gegen weitere E-Partizipative Verfahren aus, solange nicht gewisse Mindeststandards erfüllt werden können. In ihrer aktuellen Ausprägung stellen sie ein Mittel zur eigenen Profilierung für Politik und Verwaltung dar, die im besten Fall wirkungslos bleibt und im schlimmsten Fall verzerrte Entscheidungsgrundlagen produziert. „E-Partizipation ist ein Projekt politischer Akteure für die aufgeklärte und onlineaffine Mittel- und Oberschicht.“⁶¹

Der Anteil, den der theoretische Zugang in dieser Arbeit ausmacht, zeigt bereits die Komplexität des Themas auf. Sowohl die Versprechungen, als auch die Kritik an der Online-Deliberation verdeutlichen zum einen die Popularität, vor allem aber die Umstrittenheit der deliberativen Demokratietheorie. Der folgende praktische Teil soll einen Beitrag dazu leisten, die Realität deliberativer Online-Foren weiter zu untersuchen. Zu diesem Zweck soll zunächst ein Modell für eine explorative Untersuchung entworfen werden, welche im Anschluss in ausgewählten Foren durchgeführt werden soll.

⁶⁰ Vgl. Albrecht (2010), S. 20.

⁶¹ Weiß (2013), S. 286.

3 Typologisierung von Online-Diskursen

3.1 Ausgangspunkt der Typologisierung

Über die Auswertungsmethode der Typologisierung wird versucht eine logische Anordnung vorab ausgewählter Untersuchungseinheiten zu Kategorien, Gruppen oder Typen, die sich in definierten Merkmalsausprägungen ähneln, vorzunehmen. Ziel ist es verschiedene Typen zu formulieren, um die Strukturen ausgesuchter gesellschaftlicher Bereiche aus einer spezifischen Perspektive heraus zu beleuchten. Eine gute Typologie klassifiziert jedes Objekt trenn- genau, also genau einmal, wobei die Untersuchungseinheiten desselben Typus sich möglichst stark ähneln, während die Unterschiede möglichst groß sind.⁶² Ziel dieser speziellen Untersuchung ist es, eine Einschätzung über die deliberativen Diskursqualität von e-partizipativen Online-Foren zu ermöglichen.

In der Regel dient eine Typologisierung als Grundlage für weitergehende theoretische Analysen. Je präziser und ausdefiniertes die verschiedenen Typen sind, desto belastbarer werden die auf ebendieser Grundlage vorgenommenen theoretischen Überlegungen. Jedoch stellt die Präzision nur ein Qualitätskriterium unter mehreren dar. Entscheidend für die Qualität der Typenbildung ist auch, ob sie sich empirisch bewähren können, da auch die präzisesten Typen faktisch wirkungslos bleiben, wenn diese in der Realität nicht vorgefunden werden können. Da eine Vielzahl der Deliberationskritiker die realitätsfernen Prämissen der idealen Sprechsituation beklagen (vgl. 2.3.1) besteht in dieser Hinsicht eine gewisse Parallele zur Methode der Typenbildung. Um dieser deliberations-kritischen Disposition im Rahmen dieser Arbeit entgegenzukommen, soll die hier anvisierte Typologie entlang einer empirischen Basis und anhand real vorgefundener Diskussionskulturen entwickelt werden. Es sollen allgemeine Realtypen gebildet werden, welche empirisch beobachtbar sind und sich durch wenige Merkmale auszeichnen. Diese sind abzugrenzen von den Idealtypen, welche ausschließlich durch theoriebezogene Überlegungen geformt wurden.⁶³ Da Realtypen auf empirisch vorfindbaren Untersuchungseinheiten beruhen und diese Untersuchung keinen Anspruch auf völlige Repräsentativität erfüllt, könnten sich die gebildeten Realtypen mithin als falsch herausstellen. Für Idealtypen, wie sie etwa anhand der Habermaschen idealen Sprechsituation gebildet werden könnten, trifft dies nicht zu, denn eine Theorie propagiert in der Regel keine absolute Wahrhaftigkeit. Idealtypen können sich deshalb auch nicht als per se falsch erweisen, sondern lediglich unbrauchbar für die realitätsbezogene, empirische Forschung sein.⁶⁴

Die Untersuchungseinheiten dieser Arbeit sollen dementsprechend die einzelnen Threads der Foren, d.h. Vorschläge und die sich jeweils anschließenden Kommentare sein. Im Rahmen

⁶² Vgl. Emmer et al (2006), S. 216ff.

⁶³ Vgl. Kuckartz (2010), S. 556.

⁶⁴ Vgl. Kuckartz (2010), S. 556.

der ausgewählten Bürgerhaushalte stellen sie das naheliegende Äquivalent zu separaten, mehr oder weniger abgeschlossenen Diskursen dar. Diese Vorschläge wurden von einer Vielzahl verschiedener Bürger und Organisationen hervorgebracht, welche verschiedene, teils miteinander konkurrierende Interessen vertraten. Die sich anschließenden Kommentare drücken (idealerweise) argumentativ begründete Zustimmung oder Ablehnung aus und beziehen sich durch diese Sortierung ausdrücklich auf den im Ausgangsvorschlag angestoßenen Sachverhalt. Zuletzt spricht auch das technische Design der Bürgerhaushalte für diese Definierung der Untersuchungseinheiten. Die Vorschläge der Bürger eröffnen nach ihrer Freigabe neue Threads in klarer Abgrenzung zu anderen Vorschlägen und erlauben so eine eigenständige Diskussion. Diese Unterteilung wird in allen untersuchten Foren zusätzlich durch eine Systematisierung der Beiträge unterstützt, die jedem Vorschlag eine eigene Nummer bzw. ID zuweist.

3.2 Konstruktion des Merkmalsraums

In einem ersten Schritt gilt es den Merkmalsraum zu definieren, der für diese Typologie angewandt werden soll. Je mehr Ausprägungen die verschiedenen Merkmale der Typen annehmen können, desto genauer sollte der dazugehörige Merkmalsraum beschrieben werden. Für eine Einschätzung der deliberativen Qualitäten von Online-Diskursen könnten sich die Merkmale der idealen Sprechsituation (siehe S. 7-9) nach Habermas' kritisches Verständnis anbieten. Diese sechs Merkmale konstituieren den Idealzustand von Deliberation, bei dessen Erfüllung Diskurse die rationalsten und am stärksten legitimierten Ergebnisse erzielen würden. Gleichzeitig könnte aufgrund der Kontrafaktizität dieses Zustands auch bei Nicht-Erfüllung eines oder mehrerer Merkmale trotzdem noch von Deliberation gesprochen werden, welche lediglich qualitativ schlechter ist als die ideale Deliberation. Diese Prämisse liefert auf dem ersten Blick eine vielversprechende Ausgangslage für eine Typologie, jedoch stellen sich bei genauerer Betrachtung eine Vielzahl verschiedener Probleme heraus, welche zu einem gewissen Grad auch die fachliche Kritik an der idealen Sprechsituation widerspiegeln. Diese Probleme sollen im Folgenden anhand zweier Beispiele verdeutlicht werden.

Die Authentizität der Diskurse stellt eine Grundvoraussetzung von Deliberation dar. Nur wenn alle Teilnehmer ihre wahren Interessen und Anliegen offen darlegen, können sinnvolle Argumente ausgetauscht werden und ein rationaler Ausgleich verschiedener Interessen erreicht werden. Wenn man sich der wahren Interessen anderer Beteiligter nicht sicher sein kann, wird ein fairer Diskurs enorm erschwert. Die Deliberierenden können so nicht mehr wissen, ob die Argumentation noch ehrlich ist oder ihr Gegenüber strategisch handelt, um den Diskurs in eine gewünschte Richtung zu lenken. Das Merkmal Authentizität könnte demnach in einer

Typologisierung einfach mit den Ausprägungen „authentisch“ und „strategisch“ definiert werden, was eine einfache Klassifizierung ermöglicht. Die wahre Problematik für eine empirische Erforschung besteht jedoch darin, diese Authentizität zu beurteilen. Ein Urteil über die Authentizität eines Arguments abzugeben bedeutet zwangsläufig auch darüber zu urteilen, ob ein Individuum die Wahrheit sagt oder nicht, womit zumindest implizit immer auch ein Wertungsurteil über die moralische Integrität des Diskutanten einhergeht. Der Bewertende beansprucht für sich damit eine Art der moralischen Überlegenheit, die weder für einen deliberativen Diskurs, noch eine wissenschaftliche Untersuchung angebracht wäre. Gerade in kontroverseren Online-Debatten z.B. in sozialen Netzwerken, die oftmals mit einer härteren Rhetorik geführt werden, sorgt eine (vermeintliche) Besetzung des „Moral high ground“ regelmäßig für eine steigende Eskalation. Darüber hinaus ist eine solche Wertung faktisch kaum nachweisbar, solange der Deliberierende keine offensichtlichen Falschinformationen in den Diskurs einführt. Die empirische Untersuchung von Authentizität stellte bereits andere Studien zu dieser Thematik vor größere Probleme. „The speculative nature of such a judgment is bound to introduce large amounts of (possibly systematic) measurement errors“.⁶⁵ Dies gilt umso mehr für die hier untersuchte textbasierte Online-Kommunikation da zusätzlich jegliche Mimik und Gestik wegfallen und nur der bloße Inhalt der Nachricht bestehen bleibt. Eine geschickte strategische Argumentationsweise in Textform wäre faktisch kaum nachzuweisen ohne eine intensive Einarbeitung in verschiedenste kommunale Eigenheiten der untersuchten Online-Foren. Dementsprechend kann die Authentizität kein Merkmal sein, was im Rahmen dieser Typologisierung angemessen beurteilt werden könnte.

Ein anderes Merkmal idealer Deliberation besteht in der offenen Partizipation, wonach die Qualität der Diskurse und der politischen Ergebnisse sich verbessern, je mehr Beteiligte sich aktiv und ungehindert in den Diskurs einbringen. Deliberative Verfahren sollen demnach einer möglichst großen Gruppe ein potentiell Teilnahmerecht zugestehen und den Deliberierenden eine Atmosphäre liefern, die ihnen eine uneingeschränkte Äußerung der eigenen Argumente und Meinungen erlaubt. Eine allgemeine Teilnahmepflicht lässt sich aus diesem Merkmal wiederum nicht ableiten.⁶⁶ Falls sich ein Akteur zu einem bestimmten Foren-Vorschlag nicht äußern möchte, gilt es dies genauso zu respektieren, wie die vorgebrachten Gegenargumente. Wichtiger ist es, dass alle relevanten Themen in einem Diskurs angesprochen und angemessen vertreten werden. Die ausgewählten Foren dieser Untersuchung entsprechen dieser Anforderung jedoch bereits auf einer systematischen Ebene. Die Verläufe sind für ausnahmslos jeden Bürger offen nachvollziehbar dargelegt und die aktive Teilhabe erfordert in zwei Foren lediglich eine einmalige Erstregistrierung, während in einem dritten nicht einmal diese notwendig ist. Bei dem aktuellen Stand der Digitalisierung und der Verbreitung des In-

⁶⁵ Steenbergen et al. (2003), S. 26.

⁶⁶ Vgl. Albrecht (2010), S. 147 ff.

ternets können diese Foren mithin als mehr oder weniger offen klassifiziert werden. Die möglichen Gefahren des Digital Divide (siehe 2.3.3.) gilt es trotzdem zu berücksichtigen, da Online-Verfahren prinzipiell immer eine Einstiegshürde für weniger technik-affine Menschen darstellen. Für E-Partizipatorische Online-Foren, welche weitgehend sehr uniform strukturiert sind bedeutet dies, dass je nachdem wie schwerwiegend die exkludierenden Auswirkungen des Digital Divide eingeschätzt werden, diese Struktur pauschal als Gewinn bzw. Verlust für die Qualität von Online-Deliberation gewertet werden müsste. Definitiv könnte eine solche uniforme und letztendlich streitbare Einschätzung, keine nennenswerten Rückschlüsse auf die Qualität von Deliberation in diesen Diskursen zulassen.

Auch aus praktischer Sicht stellt dieses Merkmal die Forschung vor einige Herausforderungen. Steenbergen et al entwickelten mit dem Discourse Quality Index (DQI) ein Messinstrument, welches die Untersuchung der deliberativen Qualität von Diskursen ermöglichen sollte. Im Rahmen einer Erprobung des DQI an Parlamentssitzungen wurden Beiträge nur dann als partizipativ gewertet, wenn die verschiedenen Akteure nicht in ihren Ausführungen unterbrochen wurden. In der Anwendung und Auswertung stellten sie jedoch fest, dass eine solche Unterbrechung in institutionalisierten Gremien in der politischen Praxis ein fast nichtexistentes Problem ist und dementsprechend eine Limitierung ihres Messinstruments darstellt.⁶⁷ In einem Online-Forum hingegen erfolgt die Redesequenzierung der Sprecher automatisch, wodurch ein „Abwürgen“ eines Redners durch andere Akteure praktisch unmöglich wird. Lediglich ein technischer Angriff auf den Zugriffscomputer, welcher neben informationstechnischer Expertise auch ein gewisses Maß krimineller Energie bedürfen würde, könnte eine Möglichkeit darstellen, anderen Teilnehmern des Diskurses das Wort zu verbieten. Da Aufwand und Nutzen hierbei jedoch in keiner Weise in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, kann diese Option ignoriert werden. Die offene Partizipation, als Merkmal einer Typologisierung, liefert demnach bestenfalls fragwürdige Erkenntnisse über die Qualitäten von Online-Deliberation und stellt sich in der empirischen Messung in Parlamentssitzungen und Online-Foren als eine Limitierung heraus. Deshalb ist auch dieses Element der idealen Sprechsituation für die Operationalisierung eines Merkmalsraums letztendlich ungeeignet.

Stattdessen wurde ein zweidimensionaler Merkmalsraum entwickelt, der zum einen eine praktische Anwendung ermöglicht und gleichzeitig die grundlegenden Eigenheiten von Online-Deliberation erfasst. Die eigentliche Typenbildung erfolgt über den Weg der Reduktion der fließenden Merkmale auf bestimmte Merkmalsausprägungen, um auf diesen Weg eine realistische und dem Forschungsziel dienende Typologie anzufertigen.

⁶⁷ Vgl. Steenbergen (2003) S. 27, 43.

3.2.1 Kommentierung und deliberatives Potenzial

Das erste Merkmal dieser Typologie soll die Kommentierung sein, welche über die Anzahl der Kommentare definiert wird. Wie im theoretischen Zugang dargelegt wurde, liegt der Fokus von Deliberation als Prozess der politischen Entscheidungsfindung, auf den Beratschlagungen **vor** einer Abstimmung. Unabhängig davon welche Entscheidungen letztendlich getroffen wurden, kann es sich demnach nicht um qualitative Deliberation handeln, wenn keinerlei Reaktion auf einen Vorschlag folgt. „...der kommunikative Anschluss [muss] zunächst einmal überhaupt stattfinden, damit von einem Diskurs gesprochen werden kann.“⁶⁸ Eine ungleiche Verteilung der Diskussionsbeiträge zwischen den Diskutanten stellt dabei zunächst kein Problem dar. Im Gegenteil stellten mehrere Studien bereits fest, dass in fast allen Formen von Gruppenkommunikation, die tatsächlichen Redeanteile sehr ungleich verteilt sind. Während einzelne Akteure einen Großteil der eigentlichen Kommunikation ausführen, bringen sich zurückhaltende Akteure wenig oder gar nicht in den Diskurs ein. Auch in Online-Foren ist seit langem eine ähnliche Struktur zu beobachten. Während etwa 90% der Nutzer eines Forums nur „Lurker“ sind und schweigend mitlesen ohne eigene Diskussionsbeiträge zu leisten, existiert 1% von Intensivnutzer, welche wiederum 90% der Inhalte produzieren.⁶⁹ Die prinzipiell auf Asynchronität ausgelegte Natur der Online-Kommunikation sorgt in Verbindung mit diesem Umstand für ein weiteres Problem. So scheint es auf verschiedenen Online-Plattformen üblich zu sein, dass ein Großteil der Beiträge nur wenig und zuweilen gar keine Reaktion erhalten. Die Gründe dafür können vielfältiger Natur sein, sind jedoch für diese Untersuchung irrelevant. Deliberation beruht auf einem Austausch von Meinung und Information. Dieser Austausch erfolgt in den untersuchten Foren über die Kommentare, weshalb das Potenzial für gute Deliberation umso höher ist, je mehr Kommentare ein Vorschlag erhielt. Die genaue Zahl der Kommentare schwankt naturgemäß von Vorschlag zu Vorschlag, weshalb eine Reduktion auf zwei Ausprägungen des Merkmals vorgenommen wurde.

Die erste Ausprägung, welche schlicht als unkommentiert betitelt wurde, gilt dann als erfüllt, wenn eine Untersuchungseinheit keinen oder nur einen Kommentar aufweist. Ist ein Vorschlag unkommentiert kann mithin keine Rede von einem Diskurs sein und jegliche deliberative Qualität gilt es zu verneinen. Das Vorhandensein eines einzelnen Kommentars ist in dieser Hinsicht schwieriger zu bewerten. In den untersuchten Foren existieren definitiv Beispiele von Vorschlägen mit einem einzelnen Kommentar, welches durchaus höheren argumentativen Standards genügt. Allerdings stellt ein solcher Kommentar nach wie vor nur eine einzelne Reaktion dar. Diskurse zeichnen sich aber durch den wechselseitigen, wiederholten Austausch von zwei oder mehr Individuen aus, die aufeinander Bezug nehmen. Bei einem einzelnen Kom-

⁶⁸ Albrecht (2010), S. 200.

⁶⁹ Nielsen (2006).

mentar kann höchstens der Kommentator Bezug auf die Argumente des Threaderstellers genommen haben. Eine weitere Bezugnahme und damit eine wirklich reziproke Beziehung können hingegen verneint werden. Regelmäßig stellen einzelne Kommentare aber nicht einmal diesen einfachen Bezug zum Ursprungsvorschlag her, weshalb auch sie letztendlich nicht als deliberativer Diskurs bewertet werden können.

Dementsprechend ist die zweite Ausprägung des Merkmals erfüllt, wenn eine Untersuchungseinheit mindesten zwei Kommentare aufweist, und sie somit ein Mindestmaß deliberativen Potenzials aufweist. Zur Überprüfung dieses Merkmals werden die Kommentare eines Threads gezählt und der Thread dementsprechend kodiert. Ausgenommen von dieser Zählung sind solche Kommentare, die aufgrund ihrer Quelle oder aus technischen Gründen, gar keinen diskursiven Beitrag darstellen sollen oder können. Dazu zählen z.B. Kommentare, die von der Moderation der jeweiligen Plattform stammen und ausschließlich moderierenden bzw. ermahnenden Charakter haben. Moderations-Kommentare, die wichtige weiterführende Informationen für den Diskurs beitragen, oder die Sichtweise der zuständigen Verwaltung darlegen, werden demnach als deliberativer Beitrag mitgezählt. Weiterhin nicht gezählt werden Kommentare normaler Nutzer, welche ausschließlich durch eine fehlerhafte Bedienung oder technische Beschränkungen der Plattform entstanden. Das eindeutigste Beispiel dieser Kategorie sind Doppelposts: ein inhaltsgleicher Kommentar der versehentlich zweimal abgeschickt wurde. Aber auch solche Kommentare, die um die Löschung eines Doppelposts bitten werden bei der Bestimmung dieses Merkmals nicht mitgezählt. Die untersuchten Foren boten eine Löschung fehlerhafter Kommentare nicht an, um einen möglichst authentischen Diskussionsverlauf abzubilden und die Möglichkeiten einzuschränken, den Diskurs nachträglich zu manipulieren. Falls in einem Thread solche Mehrfachposts auftreten, wird lediglich der erste inhaltliche Kommentar gezählt.

Um diese Methodik zu verdeutlichen soll sie am Vorschlag 326 des Kölner Bürgerhaushalts für den Haushaltplan 2018 dargelegt werden⁷⁰. Dieser wurde insgesamt dreimal kommentiert und enthält somit insgesamt vier Beiträge

„Vorschlag 326 von DW, 18. Oktober - 13:16

In Köln ist es ein großes Problem, dass sich die Taxifahrer nicht an geltende Verkehrsregeln halten (Geschwindigkeitsbegrenzungen, Abbiegeverbote, Rote Ampel, etc.). Ich denke, dass es meistens gar nicht die Fahrgäste sind, die das fordern, sondern die Taxifahrer selbst sich diese Vorrechte verschaffen mit der Begründung, etwas für ihre Gäste zu tun. Sie gefährden dadurch aber die anderen Verkehrsteilnehmer, wie Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer.“

⁷⁰ Lfd. Nr. 1.

Der erste Beitrag eines jedes Threads soll den Vorschlag oder das Anliegen beschreiben, für dessen Aufnahme in die Haushaltberatungen der jeweilige Bürger wirbt.

Es handelt sich demnach um die Festsetzung des Themas für diesen Diskurs und entspricht etwa der Ansprache eines Punktes auf einer Tagesordnung, statt eines wirklichen Diskursbeitrags. Deshalb werden dieser und jeder andere Ausgangsbeitrag eines Threads nicht als Kommentar im Sinne des Merkmals gezählt.

„Geschrieben von Moderation SW am 18. Oktober 2017 - 13:44

Hinweis der Moderation: Keine Pauschalisierungen

Lieber Nutzer DW,

vielen Dank, dass Sie sich beim diesjährigen Bürgerhaushalt mit eigenen Vorschlägen einbringen. Ich möchte Sie jedoch darum bitten, Formulierungen zu vermeiden, die als pauschalisierend empfunden werden können ("die Taxifahrer [...] halten sich nicht an geltende Verkehrsregeln"). Dies könnte von Angehörigen dieser Berufsgruppe als persönlicher Angriff empfunden werden und einem konstruktiven, sachlichen Dialog im Wege stehen.

Mit freundlichen Grüßen, Stephan Wehner (Moderation)“

Der erste richtige Kommentar stammt von einem Moderator der Online-Plattform. Die Moderation eines solchen Forums hat die Aufgabe ein respektvolles und produktives Diskussionsklima zu gewährleisten und ist zu diesem Zweck mit bestimmten Sonderrechten ausgestattet. Moderatoren können bspw. Nutzer vom Diskurs ausschließen, wenn diese die Diskursregeln wiederholt missachteten oder auch solche Beiträge, die einen schwerwiegenden Verstoß darstellen entfernen bzw. gar nicht erst freischalten. Da Deliberation aber ein machtfreier Diskurs sein soll, dürfen sie sich nicht an der eigentlichen Diskussion beteiligen. Der Moderator weist den Verfasser des Vorschlags hier lediglich auf die Problematik seiner pauschalisierenden Formulierungen hin, will und darf aber dabei keinen inhaltlichen, argumentativen Anschluss an den Ausgangsbeitrag nehmen. Auch dieser Beitrag wird somit nicht als Kommentar gezählt.

„Geschrieben von Abdelici am 23. Oktober - 14:23

Allerdings

Schlimm diese Taxifahrer.“

Der einzige Kommentar eines anderen Bürgers in diesem Thread drückt Zustimmung für die im Ausgangsvorschlag empfundenen Missstände aus. Während es sich zwar um keine argumentativ gehaltvolle Aussage handelt, nimmt er unstrittig direkten kommunikativen Anschluss an den Ausgangsbeitrag. Der Kommentar wird dementsprechend gezählt.

„Geschrieben von Moderation PS am 23. Oktober 2017 - 14:44

Keine Pauschalisierungen

Hinweis der Moderation

Hallo Abdelici,

im Sinne eines konstruktiven Dialog, möchten wir auch Sie darum bitten, auf pauschalisierende Formulierungen und unsachliche Beiträge, durch die sich andere Personengruppen angegriffen fühlen könnten, zu verzichten.“

Auch der letzte Kommentar stammt wieder von der Moderation. Da der vorhergehende Schreiber die gleiche Pauschalisierung vornahm, auf deren Problematik bereits der Vorschlagende hingewiesen wurde, stellt auch dieser Beitrag lediglich eine Ermahnung dar, ohne auf die Thematik des Vorschlags einzugehen. Er verhält sich genau wie der erste Moderationskommentar und wird dementsprechend nicht als Kommentar gezählt.

Insgesamt wurde also nur eine Antwort auf diesen Thread als Kommentar im Sinne des ersten Merkmals gezählt, obwohl faktisch drei Kommentierungen vorgenommen wurden. Nach der Definition der beiden Merkmalsausprägungen ist dieser Vorschlag demnach als nicht-kommentiert bzw. nicht-diskursiv zu kodieren!

3.2.2 Argumentativität

Das zweite Merkmal dieser Typologie soll die Argumentativität sein, welche über die Qualität der Beiträge und Argumentation ermittelt werden soll. Zunächst mag es widersprüchlich erscheinen, dieses einzelne Element der idealen Sprechsituation, als das ausschlaggebende Merkmal deliberativer Qualität zu verwenden. Insbesondere da zwei andere Aspekte ebendieser bereits im Vorfeld als untauglich eingeschätzt wurden. Zunächst spricht dafür, dass die Qualität der Argumentation, anders als die Authentizität oder offene Partizipation, durchaus im Rahmen einer Untersuchung eingeschätzt werden kann, ohne dass eine tiefere Konversationsanalyse notwendig werden würde. Bezüglich der Frage, was denn letztendlich

eine rationale Argumentation darstellt, besteht zwar keine abschließende einheitliche Beurteilung im wissenschaftlichen Diskurs, jedoch beantwortet Habermas diese Frage vergleichsweise abschließend mit seinem wiederholten Verweis auf die Übertragbarkeit der Argumente.⁷¹ Demnach sind nur solche Diskursbeiträge als argumentativ im Sinne der Deliberation zu werten, die unabhängig von den individuellen Eigeninteressen gelten können und ein vorteilhaftes Ergebnis für das Allgemeinwohl anstreben. Wesentlich einfacher zu erkennen sind solche Beiträge, welche eindeutig keinen argumentativen Charakter haben. So erscheint es auch aus einer Laienperspektive heraus unstrittig, dass der einfache Ausdruck von Zustimmung oder Ablehnung nicht als ein Argument mit deliberativem Gehalt bewertet werden kann. Diese sind letztlich nur verbale Äußerungen einer abgegebenen Stimme und gehen nicht über die Qualität eines einfachen „ja“ oder „nein“ hinaus. Solche Beiträge werden zwar regelmäßig in verschiedensten Deliberationen anzutreffen sein, sind aber mitnichten argumentativ. Vielmehr stellen sie einen Vorgriff auf die abschließende Abstimmung in der eigentlich gesprächszentrierten Deliberation dar.

Zusätzlich zu der methodischen Möglichkeit, die Qualität der Argumente empirisch zu erfassen, ist der Stellenwert aufzuführen, der der Argumentation im Rahmen von Habermas' Deliberationsverständnis eingeräumt wird.⁷² Sie bestimmt letztendlich das grundlegende „Wie?“ der Kommunikation, das von größter Bedeutung für die diskursive Qualität ist. Unabhängig davon welche Akteure an welchem Ort deliberieren, wird die völlige Abwesenheit von Argumenten automatisch dazu führen, dass keine wirkliche Deliberation mehr zu erkennen ist. Insbesondere in Anbetracht des Vorwurfs, dass Online-Foren und Soziale Netzwerke immer mehr zu Orten werden, welche der Profilierung der eigenen politischen Meinung, statt dem sachlichen Diskurs dienen, gebührt diesem Merkmal besondere Aufmerksamkeit. Mittlerweile stelle ein Großteil der öffentlichen Online-Kommunikation viel eher eine Aneinanderreihung von Monologen, statt tatsächlicher Dialoge dar⁷³, weshalb oftmals nicht einmal mehr ein grundlegendes Interesse an einem argumentativen Austausch beobachtet werden könne. Es ist zwar zu erwarten, dass diese Tendenz in Foren, welche explizit der Bürgerbeteiligung gewidmet sind, weniger stark ausgeprägt ist, trotzdem gilt es dieser Kritik bei einer Untersuchung von Online-Deliberation Sorge zu tragen. Die Argumentativität wird in dieser Arbeit deshalb als das wichtigste Kriterium von Deliberation angesehen und als zweites Merkmal des Merkmalsraums genutzt. Um es nutzbar zu machen, wurden die verschiedenen Grade argumentativer Qualität auf drei konkrete Merkmalsausprägungen reduziert.

⁷¹ Vgl. Habermas (1992), S. 90.

⁷² Vgl. Habermas (1987), S. 38.

⁷³ Vgl. Kersting (2014), S. 74.

Die erste ist erfüllt, wenn der überwiegende Anteil der Kommentare desselben Diskurses einen argumentativ begründeten Anschluss an den Ausgangsbeitrag oder an andere Kommentare nehmen, diese rezipieren und mit übertragbaren, entpersonalisierten Argumenten auf sie reagieren. Der Kern des Kommentars soll direkten oder indirekten Bezug auf vorhergehende Aussagen nehmen und so ein wirklich diskursiver Austausch von Informationen und unterschiedlichen Standpunkten zustande kommen. Zusätzlich sollen solche Kommentare diese Merkmalsausprägung erfüllen, die einen gewissen Experten-Status des Schreibenden unterstellen. Praxisnähe ist ein oft genannter Vorteil von Deliberationsverfahren im Internet, weshalb diese Kommentare auch ohne tiefere Argumentation als ein Qualitätsmerkmal von Deliberation angesehen werden können. Eine explizite Selbstreferenz hingegen, also eine Erzählung über eigene Erfahrungen oder Überzeugungen, darf nicht im Zentrum des Kommentars stehen. Diese Erzählungen können ein Argument nachvollziehbarer machen, stellen aber keine entpersonalisierte Begründung dar und schränken die Übertragbarkeit des Arguments ein. Gibt es in einem Thread mehr argumentative als selbstreferentielle Kommentare, nimmt die Untersuchungseinheit die erste Merkmalsausprägung „deliberativ“ ein.

Dem gegenüber steht die selbstreferentielle Argumentation, welche sich durch die zuvor erläuterte Selbstreferenz auszeichnet. Die Kommentare nehmen zwar Bezug auf die bisherigen Beiträge, blenden dabei jedoch deren tatsächlichen Inhalte weitgehend aus. Stattdessen wird die Zustimmung bzw. Ablehnung bezüglich des Vorschlags mit einer Selbstreferenz begründet, die nicht den eigentlichen Sachverhalt und passende Argumente, sondern das eigene Erleben und Empfinden in den Mittelpunkt stellen. Diese Form der Kommunikation entspricht dem erläuterten „Storytelling“ bzw. Narrativ und stellt gemäß Habermas keine vollwertige Deliberation dar. Andere Vertreter deliberativer Demokratie sahen in ihr hingegen eine valide Art der Diskursführung und forderten deren Berücksichtigung in einer deliberativen Demokratie.⁷⁴ Im Rahmen dieser Untersuchung soll diese Merkmalsausprägung deshalb nicht als völlig gescheiterte Deliberation bewertet werden, aber auch nicht den Idealzustand von Deliberation repräsentieren. Sie wird deshalb in der Mitte des Merkmalsraums verordnet und gilt als erfüllt, wenn die überwiegende Zahl der Kommentare eines Threads eine selbstreferentielle Argumentation aufweist. Ein einzelner Kommentar gilt als selbstreferentiell, wenn ein Erlebnisbericht als Fundament der eigenen Argumentation herangezogen wird, ein bestimmtes Narrativ über empfundene Missstände in Politik und Verwaltung als Grundlage für die eigenen Forderungen genutzt wird oder einfach eigenen politischen Überzeugungen als Argument herangezogen werden. Diese beiden letzten Argumentationsweisen stellen zwar kein Storytelling im klassischen Sinne einer Nacherzählung von Ereignissen dar, jedoch transportieren sie ein bestimmtes individuelles Weltbild und Verständnis von Politik, was für andere Diskursteilnehmer

⁷⁴ Vgl. Chappell (2012), S. 9.

keine Gültigkeit haben muss. Der Diskurs soll über diese Methode in eine gewünschte Richtung gelenkt werden und soll die anderen Diskursteilnehmer von der eigenen Position überzeugen. Es handelt sich demnach nicht um wirklich übertragbare Argumente, weshalb auch diese zur weniger qualitativen Selbstreferenz gezählt werden sollen.

Die letzte Merkmalsausprägung stellt die gescheiterte Deliberation dar. Hier sind solche Kommentare in der Überzahl, welche offensichtlich nicht deliberativ sind, da ihnen das zentrale Merkmal der Argumentativität völlig abgeht. Diese Kommentare nehmen zwar kommunikativen Anschluss, beinhalten aber keine Form irgendeines argumentativen Gehalts. Dies gilt insbesondere für die bloße Äußerung von Zustimmung oder Ablehnung, Hin- und Verweise auf andere Beiträge oder Sachverhalte, sowie für Beleidigungen und andere Arten der Eskalation, die keinen Beitrag zum Diskurs leisten. Ebenso werden die erläuterten „Doppelposts“ als nicht deliberativ gewertet, unabhängig davon, ob diese ein Versehen darstellten oder vorsätzlich erfolgten. Zum einen, weil sich bei der Einschätzung des Vorsatzes eine ähnliche Problematik ergibt, wie bei der Bewertung der Authentizität, zum anderen, weil diese Unterscheidung irrelevant für diese Arbeit ist. Erfolgte ein Doppelpost versehentlich, stellte er ein Versehen dar, welches keine argumentativen Ziele verfolgte. War Vorsatz im Spiel, handelte der Kommentator mit der Absicht den Diskurs unübersichtlicher zu gestalten oder ihn zu verzerren. Beide Varianten sprechen gleichermaßen gegen jeden deliberativen Gehalt der gedoppelten Beiträge. Abschließend werden alle Threads die bereits die Merkmalsausprägung „unkommentiert“ annahmen ebenfalls als gescheiterte Deliberation kodiert. Die ursprüngliche Intention dieser Vorschläge, einen deliberativen Diskurs anzustoßen wurde nicht erreicht, auch wenn dieses Scheitern durch simples Desinteresse, anstatt mangelnder Argumentativität zu begründen ist.

Aufgrund der Unberechenbarkeit von Kommunikation im Allgemeinen und der Dynamik von Online-Diskursen im Speziellen kann nicht erwartet werden, dass die untersuchten Diskurse uniform ablaufen werden. Die Aussagen der Beteiligten innerhalb eines Diskurses werden deshalb nie ausschließlich einer der Ausprägungen entsprechen, sondern zumeist eine Mischung aller drei abbilden. Auch der nüchternste, rationale Diskurs wird im Internet regelmäßig durch kurze, wenig gehaltvolle „Zwischenrufe“ unterbrochen werden, da sowohl der notwendige Aufwand, als auch die zu befürchtenden real-sozialen Konsequenzen dafür denkbar gering ausfallen. Aus diesem Grund soll entscheidend für die zweite Merkmalsausprägung sein, welche Art der Argumente überwiegend die Diskurse bestimmt. Dies sorgt zwar für eine gewisse Ungenauigkeit bei der empirischen Beschreibung, jedoch besteht das Ziel dieser Untersuchung nicht darin, die genauen Anteile der verschiedenen Qualitätsgrade von Argumentation abzubilden. Vielmehr soll eine Aussage über den tendenziellen deliberativen Gehalt von Online-Foren insgesamt getroffen werden. Diese Tendenz lässt sich bereits über den überwiegenden Anteil der Argumente festmachen, insbesondere, weil nach einer Erstsichtung

und stichprobenartigen Untersuchung kein Anlass dafür besteht, von einem hohen Qualitätsstandard der Deliberation in diesen Foren auszugehen.

Die Bewertung als gescheiterte Deliberation hingegen, erfordert aufgrund ihrer negativen Bedeutung für den Qualitätsgehalt der untersuchten Foren eine aussagekräftigere Mehrheit. Die unkomplizierte Erstellung solcher unreflektierten Kommentare sorgt dafür, dass diese wesentlich schneller geschrieben sind als begründete und durchdachte Beiträge. Es ist daher durchaus üblich, dass diese in einem ähnlichen Umfang vorhanden sind wie Argumente der ersten beiden Ausprägungen, weshalb eine relative Mehrheit dieser gescheiterten Deliberation unzureichend wäre, um dem Diskurs jedes deliberative Potenzial abzusprechen.

Die Threads werden deshalb erst dann als gescheitert kodiert, wenn diese nicht-argumentativen Beiträge mindestens mit fünf Stück in der Überzahl sind. In Fällen wo eine zu geringe Anzahl von Kommentaren dies unmöglich macht genügt es hingegen, wenn nicht-argumentative Kommentare eine relative Mehrheit der Kommentare einer Untersuchungseinheit ausmachen.

3.2.3 Anwendungsbeispiel zur Kodierung der Argumentation

Um die Anwendung des zweiten formulierten Merkmals zu demonstrieren soll die Argumentativität anhand des Bürgervorschlags ID: 86 des Freiburger Beteiligungshaushalts 2017/18 beispielhaft erprobt werden⁷⁵. Der Vorschlag mit dem Titel „Pfandringe an Müllhaien“ wurde insgesamt neunmal kommentiert, weshalb zehn Beiträge untersucht werden müssen.

„Erstellt von **Moritz** am 16.01.2017 um 19:56 Uhr

Wer Geld für Designer-Mülleimer hat, muss auch Geld für einen sozialen Mehrnutzen haben!

Durch ein Mülleimerdesign ohne Pfandring wird nur das Interesse der Stadt bedient, ein äußerlich schönes Freiburg zu erschaffen. 140.000 Euro und die Personalkosten für die tägliche äußere Reinigung hat diese Idee gekostet. Sozial gerecht wird diese Idee erst durch das Anbringen eines Pfandrings: Denn der wird um den Mülleimer positioniert, um so den Pfandsammlern das entwürdigende Greifen in den Müll zu ersparen, denn "Die Würde des Menschens ist unantastbar" (GG §1).

Ein Pfandring kostet etwa 75 Euro. Durch diesen kleinen Retter wird weniger Müll fälschlich verbrannt, die Flaschen bleiben im Recyclingkreislauf und die Stadt spart Kosten bei der Reinigung. Somit stehen wir nun in der Verantwortung eine Vorreiterrolle als "Green City" zu spielen. Aus sozialer, ökonomischer und ökologischer Sicht. Denn in Freiburg ist Platz für alle, ob Pfandsammler oder Geschäftsmann!"

⁷⁵ Lfd. Nr. 2.

Der erste Beitrag des Threads erläutert das Anliegen des Nutzers und versucht seine Argumente für die beschriebenen Pfandringe darzulegen. Auch wenn der Beitrag von einer persönlichen Vorstellung sozialer Gerechtigkeit und einer gewissen persönlichen Abneigung gegenüber den „Designer-Mülleimern“ gekennzeichnet ist, ist dieser Beitrag nicht selbstreferentiell. Im Mittelpunkt der Argumentation stehen verfassungsrechtliche Erwägungen, die geringen Kosten der Maßnahme und das mögliche Einsparpotenzial für die Stadt. Der Beitrag ist daher als deliberativ zu bewerten.

„Bass 16.01.2017 21:23

Sehr gute Idee“

Der erste Kommentar stellt eine bloße Zustimmung dar, ohne eigene Argumente beizusteuern. Dies hätte auch über die Bewertungsfunktion geäußert werden können und stellt mithin keinen deliberativen Beitrag dar.

„Pferdefus 19.01.2017 16:35

Vor allem weiß Freiburg ansonsten auch nicht, wofür zuerst das Geld verschwenden.“

Auch dieser Beitrag enthält keinerlei Argumente und dient lediglich dazu ein aggressives Gesprächsklima zu fördern. Es handelt sich zu einem gewissen Grad um eine Selbstreferenz, da der Nutzer seine Unzufriedenheit mit der Freiburger Verwaltung kundtut. Allerdings verbindet er mit dieser Verlautbarung keinerlei Forderung, weshalb es nicht ersichtlich ist, was er mit diesem Beitrag aussagen möchte. Dieses Narrativ kann einerseits so gelesen werden, dass der Nutzer den Vorschlag unterstützt und ihn für sinnvoller als andere Ausgaben der Stadt hält, wobei unterstellt wird, dass die Kommune für zahlreiche andere unnötige Vorhaben Geld verschwende. Daher nimmt dieser Kommentar die Ausprägung einer gescheiterten Deliberation an. Es folgt der Beitrag:

„8b Karlschule 24.01.2017 12:09

Wir finden, dass das eine echt gute Idee ist für Pfandflaschensammler.“

Analog zum ersten Kommentar handelt es sich um eine bloße Zustimmung und keinen wirklich deliberativen Beitrag.

„NurZu 25.01.2017 00:45

Ökologisch gut. Aber sozial finde ich es nicht. Sozial wäre die Not für das Flaschensammeln zu bekämpfen. Also mehr Geld und Teilhabe für ALG II Empfänger. Ich empfinde es als Hohn in diesem Zusammenhang GG §1 zu bemühen. Der § wurde schon vorher aufgegeben.“

Dieser Kommentar nimmt direkten Anschluss an den Ausgangsbeitrag und entkräftet die verfassungsrechtlichen Argumente für den Vorschlag. Seiner Ablehnung folgt ein Gegenvorschlag mit der Forderung nach Erhöhung von ALG II, obwohl die Kommune auf diese Leistung keinen Einfluss hat. Es handelt sich demnach um einen deliberativen Beitrag der ersten Merkmalsausprägung.

„Moritz 31.01.2017 11:08

Sozial ist es trotzdem, wir befinden uns hier auf kommunaler Ebene, da können wir nicht mehr Geld für ALG II Empfänger erreichen.

Was wir aber erreichen können ist, solange es noch Pfandsammler gibt, weil es auf Bundesebene keine Verbesserungen gibt, diesen Menschen die Würde zu lassen nicht in Mülleimern herumwühlen zu müssen!

Auf kommunaler Eben ist das also sehr wohl ein sozialer Aspekt!“

Der Verfasser des Ursprungsbeitrags weist hier darauf hin, dass der Gegenvorschlag aufgrund der mangelnden Zuständigkeit der Kommune nicht realisierbar sei und unterstreicht nochmal die soziale Komponente seiner Idee. Es handelt sich um einen deliberativen Kommentar.

„NurZu 01.02.2017 12:54

Das stimmt schon. Zumal man die Würde auch zweimal mit Füßen treten kann (Arbeitslosigkeit & Mülleimer). So gesehen sind Pfandringe ein sozialer Aspekt, dort wo man hinschaut. Aber eben nur dort wo man hinschaut. Was ist mit Menschen "am Stadtrand"?"

Der Kommentator räumt seinen Irrtum ein, bringt jedoch einen weiteren Einwand vor, dass es sich hierbei lediglich um eine öffentlichkeitswirksame soziale Maßnahme handeln würde. Er nimmt erneut kommunikativen Anschluss auf und bringt weitere Argumente vor. Folglich ist auch dieser Kommentar ein deliberativer Beitrag der ersten Merkmalsausprägung.

„Jonas 25.01.2017 12:59

Die neuen Mülleimer finde ich ehrlich gesagt eine Frechheit! Man könnte fast meinen, die Mülleimer seien extra so konzipiert, um zu verhindern, dass der Müll durchsucht wird.

Hier muss eine Möglichkeit geschaffen werden, die es weiterhin erlaubt, Pfandflaschen in/an Mülleimern zu sammeln. Ich empfinde die Pfandringe als eine gute Idee!“

Dieser Nutzer stellt seine Unzufriedenheit mit den neuen Mülleimern direkt zu Beginn eindrücklich in den Vordergrund. Daraufhin folgen die nicht belegte Vermutung, die Mülleimer könnten vorsätzlich derart konzipiert sein. Anstatt sachliche Argumente aufzuführen, begründet er seine Forderung und Zustimmung zum Vorschlag mit seinem subjektiven Empfinden. Es handelt sich demnach um einen selbstreferentiellen Beitrag.

„Jutta 28.01.2017 17:46

Die Idee mit den Pfandringen finde ich spitze. Für Menschen, die Pfandflaschen sammeln (müssen), sind diese einfachen Halterungen eine Erleichterung und auch nicht so entwürdigend. Das würde einer sozialen Stadt gut zu Gesicht stehen.“

Diese Kommentatorin begründet ihre Zustimmung mit der Erleichterung für minderbemittelte Menschen und der Imagepflege, die diese Maßnahme für die Stadt bedeuten könnte. Ihre Zustimmung wird mit eindeutig rationalen Argumenten begründet, weshalb es sich um einen deliberativen Kommentar handelt.

„NurZu 01.02.2017 12:58

"den Pfandsammlern das entwürdigende Greifen in den Müll zu ersparen, denn "Die Würde des Menschens ist unantastbar" (GG §1)."

Was ist eigentlich mit Mitarbeitern eines Recyclingbetriebs, die gelbe Säcke nachsortieren? Oder mit dem Kanalarbeiter, der durch Kondome watet?“

Dieser Kommentar nimmt direkten Bezug auf den Ausgangsvorschlag und zitiert diesen sogar, versucht jedoch eine abseitige Diskussion zu beginnen, die keinen argumentativen Beitrag zum hier diskutierten Sachverhalt liefert. Daher ist der Beitrag als nicht-deliberativ zu werten.

„EvaMaria 04.02.2017 01:18

Gute Idee. Ich stelle generell Pfandflaschen neben/über den Mülleimer. Das wäre natürlich eine elegantere Lösung.“

Der letzte Kommentar dieses Threads unterstützt diese Idee, bietet aber als einen Gegenvorschlag an, die Flaschen einfach neben die Müllbehälter zu stellen.

Als Argumentation, die für diesen Vorschlag spricht, wird aber lediglich aufgeführt, dass die Schreibende dies selbst generell so mache. Abseits dieser Selbstreferenz werden keine weiteren Aspekte genannt, weshalb dieser Kommentar als selbstreferentiell zu bewerten ist.

Zusammengefasst wurden in diesem Thread also fünf deliberative Beiträge, zwei selbstreferentielle Beiträge und vier Kommentare, die keinen deliberativen Mehrwert boten, festgestellt. Die deliberativen Kommentare machen in diesem Diskurs daher die relative Mehrheit aus, weshalb der gesamte Thread unter die erste Ausprägung des Merkmals Argumentativität fällt. Der Vorschlag mit der ID 86 ist somit ein Idealfall von Deliberation in dieser Typologisierung. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass dieser Diskurs lediglich deshalb als Beispiel gewählt wurde, weil er über eine größere aber noch überschaubare Anzahl von Kommentaren verfügte und gleichzeitig eine Vielzahl verschiedener Archetypen von Kommentaren abbildet, die erläutert werden konnten. Auch im vergleichsweise beteiligungsfreudigen und gut moderiertem Freiburger Beteiligungshaushalt repräsentiert dieser Vorschlag jedoch nicht die Mehrheit der Diskurse.

4 Erläuterung der Datenbasis

Bevor die eigentliche Untersuchung durchgeführt werden kann gilt es geeignete Untersuchungsgegenstände auszumachen. Wie die bisherigen Ausführungen verdeutlicht haben, steht die demokratische, politische Online-Deliberation im Fokus dieser Arbeit. Trotz aller Kritik, welche im theoretischen Zugang erörtert wurde, liefert Habermas deliberative Demokratietheorie operationalisierbare Merkmale für die empirische Untersuchung von realer Deliberation. Einfache Diskurse sind ein alltägliches Phänomen im Internet, die auf jeder Kommunikationsplattform zu finden sind. Doch die wenigsten von ihnen sind geeignet, Deliberation in ihrem kritischen Verständnis zu untersuchen, da sie in der Regel nicht auf die Produktion politischer Inhalte ausgerichtet sind. Kommentarbereiche einschlägiger journalistischer Online-Angebote dienen im besten Fall einer weiteren Einordnung der Artikel aus verschiedenen Perspektiven. Regelmäßig kommunizieren die Nutzer dort jedoch aneinander vorbei, nutzen diese Plattform als Verlautbarungsort und tauschen lediglich Extrempositionen aus. Konkrete politische Inhalte werden im Internet lediglich im Rahmen von E-Partizipation geformt, wobei auch hier der tatsächliche Einfluss auf die schlussendlichen Entscheidungen umstritten ist. Die verbreitetste Methode der elektronischen Bürgerbeteiligung mit deliberativen Zügen ist in Deutschland vermutlich die Einrichtung öffentlicher Internet-Foren durch eine Kommune oder durch einen anderen staatlichen Akteur. Die Ergebnisse dieser Online-Konsultationen sollen den politischen Entscheidungsträgern weitere Informationen zu den Präferenzen der Bürger liefern, auf deren Grundlage sie ihre Abstimmung begründen können. Ein Online-Forum ist dabei als eine Plattform zu verstehen, die thematisch zentrierte Diskussionen in größeren Gruppen ermöglicht und unabhängig von einem bestimmten Ort oder Zeitpunkt ist. Für eine aktive Teilnahme wird in aller Regel eine Registrierung erforderlich sein. Aktiven Nutzern wird ermöglicht, eigene Diskussionsbeiträge zu erstellen und auf die Beiträge anderer Nutzer mittels eines Kommentars zu reagieren.⁷⁶ Das entscheidende Kriterium eines Online-Forums ist demnach die generelle Anschlussfähigkeit der Beiträge aneinander. Erst durch diese technische Möglichkeit können deliberative Diskurse und Online-Deliberation überhaupt zustande kommen. Dementsprechend wurde ein Mindestkriterium formuliert, welches alle Foren dieser Untersuchung erfüllen sollen. Die Foren sollen zumindest durch ihre technische Gestaltung die Möglichkeit bieten, auf die Vorschläge und Kommentare anderer Nutzer zu antworten. Dieses Mindestkriterium mag zunächst banal wirken, jedoch existieren verschiedene Online-Foren, die lediglich eine Bewertung und Kommentierung von Verwaltungsvorschlägen erlauben. Ein tatsächlicher Diskurs zwischen gleichberechtigten Individuen wäre in einem solchen Forum schlechthin unmöglich, da diese Struktur eher einer Wahl oder Abstimmung ähnelt, die den Beteiligten Raum für eine Begründung ihrer Entscheidung offenlässt. Von einer gleichberechtigten Deliberation kann bei diesen Foren jedenfalls nicht mehr gesprochen werden, was

⁷⁶ Vgl. Albrecht (2008), S. 22.

sie für diese Untersuchung uninteressant macht. Weitere zu erfüllende Kriterien entsprechen den bereits erläuterten Merkmalen politischer und demokratischer Deliberation, wie etwa Öffentlichkeit oder Offenheit.

Zur Bearbeitung der Fragestellung nach der deliberativen Qualität von Online-Partizipation wurden drei Beispiele ausgewählt, die die genannte Mindestforderung erfüllen und eine ausreichend große Anzahl von Diskursen beinhalten, um eine ausreichende Stichprobe zu erheben. Die ausgewählten Bürgerforen standen alle im Kontext von Bürgerhaushalten, einer aus Brasilien stammende Form der direkten Bürgerbeteiligung, deren Online-Variante insbesondere in Deutschland lange zu den prominentesten Formen der E-Partizipation zählte. Es handelt sich demnach um E-Partizipation in einem engem Verständnis: „...als die Teilhabe von natürlichen und juristischen Personen (und ihrer Gruppierungen) an politisch-administrativen Prozessen der Entscheidungsfindung mithilfe von IKT.“⁷⁷ Mit einem Maximalalter von zwei Jahren handelt es sich zudem um vergleichsweise frische Daten, die einen Einblick in die aktuelle Kommunikationskultur deliberativer Online-Diskurse ermöglichen.

Die ersten Samples stammen aus dem Beteiligungshaushalt der Stadt Freiburg⁷⁸, welcher den Beschluss des Haushaltsplans 2017/18 vorbereiten sollte. Den Bürgerinnen und Bürgern wurde umfangreiches Informationsmaterial über die bisherigen finanziellen Planungen des Freiburger Haushalts zugänglich gemacht, welches über das Internet abgerufen werden konnte. Parallel dazu fanden unterstützende Präsenzveranstaltungen für alle interessierten Bürger statt. Die Beteiligten konnten vom 9. Januar bis zum 6. Februar 2017 eigene Vorschläge in den Diskurs einbringen oder die anderen Vorschläge aus Bürgerschaft und Verwaltung kommentieren und bewerten. Für die aktive Beteiligung war eine einmalige Registrierung notwendig. Gemäß der offiziellen Zählung nach Abschluss der Beteiligungsphase entstanden insgesamt 402 Vorschläge, welche 2433mal kommentiert wurden. Neben der Kommentierung ist auch die Bewertung der Vorschläge möglich um seine Unterstützung für ein Anliegen unkompliziert ausdrücken zu können. Diese Bewertungen entscheiden letztlich, ob über einen Vorschlag in den Gremien abgestimmt wird oder nicht. Auf zwei Besonderheiten dieses Projekts ist hinzuweisen: Zum einen wurde das Forum von einer sehr aktiven Moderation begleitet, die vor allem weiterführende Informationen aus der Verwaltung vermittelte und Statusmeldungen bezüglich der Aufnahme eines Vorschlags in die Haushaltsberatungen und der letztendlichen Entscheidung lieferte. Zum anderen sticht Punkt 8 der Diskursregeln („Netiquette“) heraus, welcher alle Beteiligten auffordert, nicht zu viele eigene Beiträge zu formulieren. Die Beteiligten werden angehalten, auch anderen Meinungen Raum zu gewähren, um einer inhaltlichen Dominanz einzelner vorzubeugen. Sollte die Meinung einzelner Diskutanten

⁷⁷ Albrecht (2008), S. 5.

⁷⁸ www.beteiligungshaushalt.freiburg.de

überrepräsentiert sein, behielt sich die Moderation vor, weitere Beiträge nicht mehr freizuschalten oder zu löschen. Mit der Festlegung dieser Regel orientiert sich der Freiburger Beteiligungshaushalt (in Relation zu den weiteren Untersuchungsobjekten) expliziter an den Regeln eines idealen deliberativen Diskurses, indem die Gemeinwohlorientierung und das Zurückstellen eigener Interessen stärker eingefordert wird, setzt aber gleichzeitig eine Schranke für die offene Partizipation.

Als zweites Beispiel dient der Bürgerhaushalt Köln 2017⁷⁹, welcher den Haushaltsplan für 2018 unterstützen sollte. Auch hier wurde den Beteiligten Informationsmaterial zur Verfügung gestellt und dann im Rahmen der Online-Diskussion ermöglicht Vorschläge, Kommentare und Bewertungen einzubringen. Weiterhin existieren auch hier Diskursregeln („Spielregeln“), die den deliberativen Gehalt der Diskussion fördern sollen. Anders als der Beteiligungshaushalt Freiburg erlaubte diese Plattform jedoch die Einbringung von Vorschlägen, ohne dass eine vorhergehende Anmeldung nötig gewesen wäre. Die Bewertung und Kommentierung ebendieser erfordert jedoch weiterhin die einmalige Anmeldung. So wird die Hemmschwelle für das Einbringen neuer Ideen weiter herabgesetzt. Zusätzlich können Bewertungen hier positiv (Pro-Stimme) oder negativ (Contra-Stimme) ausfallen. Die Vorschläge mit dem besten Verhältnis werden in den anschließenden Ratssitzungen berücksichtigt. Im Verlauf von zwei Beteiligungsphasen entstanden nach eigener Zählung insgesamt 748 Vorschläge, welche nach offiziellen Angaben wiederum 1031 Kommentare generierten.

Das letzte Untersuchungsobjekt ist der Darmstädter Bürgerhaushalt für das Haushaltsjahr 2017.⁸⁰ Auch dieser lief in zwei Beteiligungsphasen ab, entsprach den üblichen Verfahrensweisen von Bürgerhaushalten. Während dieser Bürgerhaushalt bereits zum sechsten Mal durchgeführt wurde, eröffnete die Stadtverwaltung 2017 erstmals die Möglichkeit nicht nur über die Vorschläge abzustimmen, sondern sie auch zu kommentieren. Erst mit dieser Erweiterung entsprach der Bürgerhaushalt dem formulierten Mindestkriterium dieser Arbeit. Die nachträgliche Integration einer Kommentarfunktion in eine bereits etablierte Plattform könnte einen Effekt auf die Qualität der neu hinzugekommenen Diskurse ausüben. In einer zweigeteilten Beteiligungsphase vom 8. Mai bis zum 21. Juni 2017 wurden nach eigener Zählung 187 Vorschläge eingebracht, die ca. 240mal kommentiert wurden.

Die ersten Recherchen im Februar 2018 brachten eine Vielzahl weiterer E-Partizipativer Projekte mit deliberativen Zügen zum Vorschein, die ebenfalls die geschilderten Mindestkriterien erfüllt hätten. Die letztendliche Wahl auf diese drei Plattformen fiel schlussendlich aus pragmatischen Erwägungen. Die ausgewählten Foren wiesen zum einen ein vergleichsweise besseres Verhältnis von Vorschlägen und Kommentaren auf. Vor allem aber waren sie aufgrund

⁷⁹ www.buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2017/

⁸⁰ <https://da-bei.darmstadt.de>

ihres technischen Designs und kurzer Ladezeiten am einfachsten zu bedienen und erlaubten es schnell einen guten Überblick zu erhalten. Die Anzahl der Vorschläge und Kommentare wurde für jede der drei Plattformen eigens nachgezählt. Abweichungen gegenüber den offiziellen Angaben sind dadurch zu erklären, dass die Moderation zum Teil unterschiedliche Vorschläge vereinigte, wenn deren Anliegen zu ähnlich oder identisch waren. In der abschließenden Zählung hingegen, wurden alle formulierten Vorschläge gezählt. In den untersuchten Online-Foren gingen demnach insgesamt 1337 Vorschläge und ca. 3700 Kommentare ein.

5 Diskurstypen der deliberativen E-Partizipation

Durch Kombination der zuvor konstruierten Merkmalsausprägungen deliberativen Potenzials und Argumentativität wurden unterschiedliche Typen ausgearbeitet, welche in den untersuchten e-partizipativen Bürgerhaushalten vorgefunden werden konnten. Da die Merkmalsausprägung „unkommentiert“ bzw. „nicht-diskursiv“ selbstverständlich weder einen selbstreferentiellen, noch deliberativen Diskursverlauf zulassen kann, handelt es sich nur um vier Diskurstypen, anstelle der sechs theoretischen Kombinationsmöglichkeiten. Die Untersuchungseinheiten desselben Typs sollten sich hinsichtlich ihres deliberativen Qualitätsgehalts möglichst stark ähneln und von denen der anderen Typen eindeutig abgrenzen lassen. In diesem Abschnitt sollen die vier Diskurstypen genauer beschrieben werden und ihre Verteilung in den verschiedenen Online-Foren dargestellt werden. Anhand der Anteile, den die verschiedenen Typen an der Gesamtheit der Online-Diskurse ausmachen, können schlussendlich Aussagen über die Qualität der Deliberation in den unterschiedlichen Online-Foren formuliert werden.

Vorab gilt es nochmals darauf hinzuweisen, dass diese Untersuchung keinen Anspruch auf Repräsentativität oder Allgemeingültigkeit erheben kann. Zum einen, weil die unberechenbare Dynamik von Kommunikation an sich jede Analyse und insbesondere Vorhersagen über Kommunikationsmuster erschwert, zum anderen aufgrund der gewählten Datenbasis. Mit Freiburg, Köln und Darmstadt wurden Bürgerhaushalte von drei westdeutschen Großstädten untersucht, welche sich durch ihre vergleichsweise hohe Beteiligung und gute Bedienbarkeit auszeichnen. Jedoch ist unklar, ob ähnliche Diskursstrukturen auch in e-partizipativen Online-Foren von kleineren Kommunen in Ostdeutschland vorgefunden werden könnten. Es ist zu vermuten, dass sich solche Kommunen aufgrund ihrer Größe, geografischen Lage oder finanziellen Ausstattung mit gänzlich anderen Problemen zu befassen hätten.

5.1 Die kommunikativ Ignorierten

Den ersten Diskurstyp dieser Untersuchung stellen die „kommunikativ Ignorierten“ dar. Diese Gruppe ist so benannt, da sie alle Untersuchungseinheiten umfasst, die nicht mindestens zweimal kommentiert wurden und deshalb keinerlei diskursiven Muster annehmen konnten. Die Nutzer waren schlicht nicht bereit, eine Antwort auf diese Beiträge auszuformulieren, weshalb sie konsequenterweise zumindest kommunikativ ignoriert wurden. Es fällt dementsprechend schwer diese Threads überhaupt als Diskurse zu bezeichnen, denn die mangelhafte Kommentaranzahl bedeutet entweder, dass sich lediglich ein einzelner Nutzer an diesem „Diskurs“ beteiligt hat oder dass sich zwar zwei Nutzer beteiligten, dabei aber nie in einen reziproken Austausch von Argumenten und Informationen traten. Gerade dieser reziproke kommunikative Anschluss jedoch ist die Basis einer vollwertigen Diskussion und unabdingbar für fast alle positiven Effekte deliberativer Demokratie (Vgl. 2.1.2).

Das Fehlen jeglichen echten Diskurses macht es schlechthin unmöglich, dieses Prozedere als gesprächszentriert im Sinne der deliberativen Demokratietheorie zu bezeichnen, weshalb die so kodierten Foren-Threads nicht als deliberativ bewertet werden können. Je höher dieser Anteil offensichtlich nicht-deliberativer Forumsbeiträge auf den untersuchten Plattformen ausfällt, desto kritischer ist auch die deliberative Qualität des gesamten Forums zu beurteilen. Das völlig unkommentierte Ignorieren eines Vorschlags bei räumlich und zeitlich koordinierter Deliberation unter Anwesenden, würde entweder als eindeutige Beleidigung oder zumindest als mangelnder Respekt bewertet werden, was einen unbestreitbar negativen Einfluss auf das Klima der weiteren Auseinandersetzung haben würde. In der Online-Kommunikation hingegen, stellt dieses Phänomen keinesfalls eine Ausnahme dar. Durch die erläuterten Besonderheiten der Online-Kommunikation (2.2) ist diese Fragmentierung ein regelmäßig auftretendes Problem, welches in verschiedensten Online-Foren, Communities und sozialen Netzwerken zu beobachten ist.⁸¹ Da der nächste, möglicherweise interessantere Diskurs nur einen Klick entfernt ist, werden weniger populäre und wenig kontroverse Themen regelmäßig zugunsten anderer Threads vernachlässigt und ein Großteil der Kommentare sammelt sich an anderer Stelle.

In den untersuchten digitalen Bürgerhaushalten von Freiburg, Köln und Darmstadt fielen insgesamt 843 der 1337 untersuchten Threads unter diese Kategorie und machten damit einen Gesamtanteil von 63% aus. Beinahe zwei Drittel der Untersuchungseinheiten nahmen somit keinerlei diskursiven Züge an und stellen das vermittelnde Potenzial deliberativer Verfahren in offenen Online-Foren schwerwiegend in Frage. Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass diese kommunikativ-ignorierten Beiträge nicht auch zwangsläufig im politischen Sinne scheitern müssen. Mehrfach wurden etwaige Vorschläge trotz mangelnder Diskussion in die anschließenden Haushaltberatungen miteinbezogen und manchmal sogar als Teil des Haushaltes beschlossen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf den Vorschlag ID:128 des Freiburger Beteiligungshaushaltes mit dem Titel „Platz am Högebrunnen“ hingewiesen⁸².

„Erstellt von Martin am 18.01.2017 um 22:31 Uhr

Auch die restliche Fläche des Högebrunnen-Platzes muss gepflastert werden.

Aber dass das angeblich 90.000,-EUR kosten soll ist ein Witz, da ein tiefes Auskoffern nicht erforderlich ist. Einfach mal 2-3 Angebote einholen, bitte...“

⁸¹ Vgl. Albrecht (2010), S.203, 204.

⁸² Lfd. Nr. 3.

Moderation - Kommentar der Moderation 29.03.2017 12:36

In die Haushaltsberatungen eingeflossen.

Zu diesem Thema haben Fraktionen des Gemeinderates einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf der Verwaltung gestellt.

Der Antrag von Grünen, SPD, UL, FL/FF und FW unter <http://www.freiburg.de/haushalt> > Haushaltsberatungen > OZ 292/293/294/295/296

Moderation - Kommentar der Moderation 04.05.2017 14:04

Vom Gemeinderat mehrheitlich befürwortet und in den Doppelhaushalt 2017/2018 aufgenommen:

Für den Högebrunnenplatz in Hochdorf wird ein städtischer Zuschuss über 30.000 Euro zur Pflasterung des Platzes gewährt. Darüber hinausgehende Kosten müssen von der Ortsverwaltung refinanziert werden.

Alle erfolgreichen Anträge siehe <http://www.freiburg.de/pb/Lde/1080435.html>

Da außer dem Ersteller des Vorschlags lediglich die Moderation Kommentare verfasste und selbst diese lediglich positive Statusmeldungen beitrug, handelt es sich unstrittig um einen kommunikativ-ignorierten Diskurs. Auch wenn dieser Vorschlag Erfolg hatte indem er in die Haushaltsberatungen einfluss, muss er, genau wie alle anderen Vertreter dieses Typs, mit Blick auf deliberative Qualitäten eindeutig als Fehlschlag bewertet werden.

5.2 Die Gescheiterten

Der zweite Typ, der in den untersuchten Online-Foren festgestellt werden konnte, umfasst die Threads, die zwar genügend Kommentare bekamen um deliberatives Potenzial zu entwickeln, deren argumentative Qualität aber insgesamt zu gering war, um sie wirklich als deliberativ bewerten zu können. Die diesem Typ zugeordneten Untersuchungseinheiten verfügen in Form einer ausreichend hohen Kommentaranzahl zwar das Potenzial für gehaltvolle Deliberation, konnten dieses aber letztendlich nicht realisieren. Deshalb wurde dieser Typ als „Die Gescheiterten“ bezeichnet. Die konkreten Gründe für dieses Scheitern fielen indes sehr unterschiedlich aus. Der wahrscheinlich häufigste Grund für diese Kodierung war die einfache Äußerung von Zustimmung oder Ablehnung, welche in beinahe allen kommentierten Threads in einem gewissen Ausmaß festgestellt werden konnte. Die Nutzer spürten anscheinend vielfach den Drang, ihre über die Bewertungsfunktion abgegebene Stimme zusätzlich auszuformulieren, ohne dabei jedoch wirkliche Argumente für ihre Meinung zu repräsentieren (Siehe 3.1.2). Diese

Nutzung entspricht einer demonstrativen Verlautbarung, stellt aber mithin keine Deliberation da. Weitere Kommentare, die einen Diskurs scheitern lassen sind solche, die einen völlig zusammenhanglosen Sachverhalt anreißen und somit vom eigentlichen Thema des Vorschlags ablenken und verbale Angriffe, die lediglich das Ziel haben, andere Teilnehmer zu diskreditieren. Beide Sorten tragen zu einer Eskalation des Diskurses bei, wodurch der eigentlich zu diskutierende Vorschlag in den Hintergrund tritt. In den Threads dieses Typs nehmen die meisten der schreibenden Teilnehmer zwar unbestreitbar kommunikativen Anschluss an ihre Vorredner, verzichten dabei aber auf einen argumentativen Anschluss. Sie können somit, im Gegensatz zu den „kommunikativ-Ignorierten“ durchaus als Diskurse bewertet werden, aber werden nicht den höheren Anforderungen von tatsächlicher Deliberation gerecht. Dementsprechend ist auch ihr Einfluss auf den deliberativen Qualitätsgehalt dieser E-partizipativen Plattformen negativ zu bewerten.

138 der 1337 untersuchten Foren-Threads wurden im Verlauf der Untersuchung diesem Typ zugeordnet. Der Anteil von etwa 10% mag zunächst gering wirken und ein positives Licht auf die deliberative Qualität insgesamt werfen. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass bereits 63% aller Untersuchungseinheiten keinerlei deliberatives Potenzial aufwiesen. Unter dieser Prämisse wiegt es ungleich schwerer, dass weitere 10% ihr vorhandenes Potenzial nicht realisieren konnten. Auch hier bietet der Beteiligungshaushalt Freiburg ein eindrückliches Beispiel. Der Vorschlag ID:191 mit dem Titel „Ein Pumptrack für Freiburg“⁸³, erstellt vom Mountainbike Freiburg e.V., konnte mit 74 Kommentaren die drittstärkste Nutzer-Reaktion der gesamten Plattform generieren. Der Verein verfügt gleichzeitig über einen sehr aktiven und gepflegten Facebook-Auftritt, über den er für seinen Vorschlag im Beteiligungshaushalt warb⁸⁴.

⁸³ Lfd. Nr. 4.

⁸⁴ <https://de-de.facebook.com/mountainbikefreiburg/>

Abbildung 1: Kommentarauszug zu Vorschlag ID:191 Freiburg

	Maggie Jaaaaa!!!!!!!	24.01.2017 21:25
	Wezet Pumptrack ist eine sehr gute Idee für Freiburg.	24.01.2017 20:52
	Kim Cool Idee! Meine Söhne brauchen ein Pumptrack zentral im Stadt so sehr!	24.01.2017 20:36
	David Freiburg braucht einen Pumptrack	24.01.2017 20:34
	Charles Ein Pumptrack zentral im Stadtgebiet wäre ganz toll für groß und klein	24.01.2017 20:02
	Florian Super Idee!	24.01.2017 16:40
	Sarah Freiburg braucht einen Pumptrack!!	24.01.2017 14:56

Quelle: <https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/191>

Die hohe Anzahl von Kommentaren zeigt, dass diese Werbestrategie aufging, resultierte jedoch auch darin, dass 42 der 74 Kommentare keinerlei argumentativen Gehalt hatten und der Diskurs im Merkmal Argumentativität die Ausprägung „nicht-deliberativ“ annahm.

Ein Großteil dieser nicht-deliberativen Kommentare war nur ein Ausdruck von Zustimmung, welche im Idealfall lediglich über die Bewertungs-Funktion stattfinden sollte. Kein anderer, vergleichbar gut kommentierter Thread dieser Untersuchung bildete dieses Phänomen derart deutlich ab. Diese und ähnliche Beiträge bestimmen den größten Teil dieses Threads und sorgen dafür, dass argumentativ-begründete Kommentare, die sich für oder gegen die Errichtung eines Pumptracks aussprachen, im allgemeinen Jubel unterzugehen drohten. Von einer deliberativen Austausch rationaler Argumente kann mithin nicht gesprochen werden.

5.3 Die Selbstbezogenen

Der dritte Typ, der im Rahmen dieser Untersuchung gebildet wurde, ist der erste, der ein gewisses Maß an gelingender Deliberation in den untersuchten Foren abbildet. Die Threads, die diesem Typus zugeordnet wurden, erhielten genügend Kommentare um diskursive Züge

annehmen zu können und deliberatives Potenzial zu entwickeln. Die Kommentare nehmen dabei aber vornehmlich selbstreferentiellen Anschluss,⁸⁵ was bedeutet, dass sie zwar Bezug auf vorherige Beiträge nehmen, dabei aber deren tatsächliche Inhalte weitgehend ausblenden. Stattdessen wird die eigene Zustimmung bzw. Ablehnung mit einer Selbstreferenz begründet, die das eigene Erleben oder Empfinden in den Mittelpunkt der Argumentation stellt. In Anlehnung an diese Selbstreferenzen wurde dieser Typ von Diskursen als „Die Selbstbezogenen“ bezeichnet.

Die eindeutige Identifizierung dieses Typs stellte sich im Verlauf der Untersuchung als Herausforderung dar, weil die Abgrenzung zu anderen Typen oftmals eine Gratwanderung darstellt. Ein großer Teil aller Diskussionsteilnehmer griff zu einem gewissen Grad auf die Schilderung eigener Erfahrungen und Präferenzen in seiner Kommunikation zurück. Entscheidend dabei ist, ob diese Selbstreferenz dazu dienen soll, einem vorgetragenen rationalem Argument Kontext und Nachdruck zu verleihen, oder ob die Selbstreferenz an sich das zentrale Argument des Beitrags darstellt. Während Erstere im Hinblick auf ihre Argumentativität als deliberativ bewertet werden können, stellen die vollends selbstreferentiellen Kommentare das definierende Merkmal dieses Typs dar. Die eindrucklichsten Vertreter sind Erzählungen, die das eigene Erleben oder das einer dritten Person schildern. Aber auch die Verlautbarung der eigenen politischen Überzeugungen oder der eigenen Unzufriedenheit mit bestimmten Umständen, fördern einen selbstbezogenen Diskurs.

Insgesamt 93 der 1337 Foren-Threads wurden nach dieser Methode als selbstbezogene Diskurse klassifiziert, was einen Gesamtanteil von etwa 7% ausmacht. Besonders bei Vorschlägen zum Erhalt bzw. der Förderung von kulturellen oder gemeinnützigen Vereinen und Einrichtungen konnte diese Form emotionalisierter Argumentation in der Untersuchung mehrfach beobachtet werden. Als Beispiel wird der Vorschlag ID:210⁸⁶ des Freiburger Beteiligungshaushalts aufgeführt, welcher eine umfangreiche institutionelle Förderung für die Freiburger Tanzszene und die Umsetzung eines kommunalen „Tanzkonzepts“ forderte. Mit 47 Kommentaren gehört dieser Thread zu den fünf am stärksten kommentierten Beiträgen dieses Bürgerhaushalts, weshalb eine vollständige Abbildung der vergleichsweise ausführlichen Kommentare an dieser Stelle nicht möglich ist. Stattdessen soll anhand dreier ausgewählter Beiträge die selbstbezogene Natur dieses Diskurses dargelegt werden.

⁸⁵ Vgl. Albrecht (2010), S. 198-199.

⁸⁶ Lfd. Nr. 5.

„Ä 05.02.2017 11:27

Wir brauchen Räume und Zeit fürs Tanzen!

Ohne Tanz gehe ich ein. Tanz belebt. Tanz macht gesund. Tanz macht wach und achtsam. Tanzen erlaubt Experimente, Entdeckungen und Entfaltung.

Es steckt so viel darin.“

Der Nutzer drückt seine eindeutige Zustimmung zu dem Vorschlag unmissverständlich aus und hält fest, dass Freiburg die notwendigen örtlichen und zeitlichen Freiräume bieten sollte, um das Fortbestehen der Tanzszene zu garantieren. Als Begründung wird auf zahlreiche positive Effekte verwiesen, die der Nutzer dem Tanzsport zuschreibt. Jedoch werden keine Argumente vorgebracht, die diese Effekte in irgendeiner Form objektiv feststellbar machen würden. Insbesondere die Einleitung seiner Begründung „Ohne Tanz gehe ich ein“ liegt den Schluss nahe, dass diese Einschätzung sehr subjektiv geprägt ist und er vor allem seinen persönlichen Nutzen wiedergibt. Es handelt sich somit nicht um eine übertragbare Argumentation, weshalb der Kommentar als selbstreferentiell bewertet wurde.

„Mileen 04.02.2017 10:43

Tanz verbindet. Tanz ist eine unheimlich starke 'Sprache'. Es soll normal sein Tanz und Tanzschaffenden zu unterstützen. Damit wird der Gemeinschaft unterstützt.“

Auch dieser Kommentar hebt positive Merkmale des Tanzes hervor und betont, dass es normal sein sollte, Tanz und Tanzschaffende zu unterstützen. Es handelt sich dabei jedoch um einen bloßen Ausdruck eigener gesellschaftlicher Überzeugungen, welche Projekte durch öffentliche Gelder gefördert werden sollten. Diese können aber nicht von allen Deliberierenden und erst recht nicht von allen Bürgern einer Kommune geteilt werden. Auch dies stellt somit zwar einen argumentativen Anschluss dar, der die Position einer bestimmten Interessengruppe verdeutlicht, aber eben kein wirklich übertragbares Argument, das auch für solche Bürger gelten kann, die abweichende Vorstellungen über die Bedeutung des Tanzsports haben. Der Nutzer zeigt nur, welche Bedeutung der Tanz für die Unterstützer dieses Vorschlags hat.

„Nadine 03.02.2017 19:57

Tanzt , tanzt sonst sind wir verloren !

Freiburg braucht Unterstützung .

Ich hatte das Vergnügen im Oktober 2016 das Profitraining dort zu unterrichten und konnte eine Woche lang motivierte junge Tänzer -innen genießen ... es wäre sehr schade , wenn das nicht weiter gehen würde . Tanz ist eine wunderbare , kreative und sehr gesunde Kunstform. Sie darf nicht verloren gehen“

Analog zu den ersten beiden Beispielen betont auch dieser Kommentar die Notwendigkeit einer aktiven Tanzszene. Um dies zu unterstreichen wird auf die positiven Erfahrungen hingewiesen, die die Nutzerin gemacht hat, als sie Tänzerinnen und Tänzer in Freiburg unterrichten konnte. Dies stellt den bereits beschriebenen Fall eines kurzen Erlebnisberichts dar, welcher als Begründung herangezogen wird. Die Natur solcher Selbstreferenzen besteht aber eben darin, dass sie lediglich für den Argumentierenden von persönlichem Wert sind und die so vorgebrachten Argumente deshalb nicht übertragbar sein können. Da nur eine sehr kleine Zahl der sich beteiligenden Personen je als Trainer in der Freiburger Tanzszene tätig gewesen sein dürfte, können diese guten Erfahrungen nicht als Argument für die breite Öffentlichkeit gelten, weshalb auch dieser Kommentar als selbstreferentiell kodiert wurde.

Diese und ähnliche Kommentare dominierten diese Untersuchungseinheit, weshalb der Thread dem Typus der „Selbstbezogenen“ zugeordnet wurde. Derartige Beiträge vermögen es, die persönlichen Anliegen, die Interessen und das Engagement der Deliberierenden wesentlich besser zu verdeutlichen, als es eine rein rationale Begründung je könnte. Dadurch wird eine gute Verständigung zwischen den Teilnehmern gefördert und die in der Deliberation notwendige Authentizität abgebildet. In dieser Hinsicht haben sie einen positiven Einfluss auf das bestehende Diskursklima und sorgen für eine Annäherung an die ideale Gesprächssituation. Genauso stellen sie aber auch eine gewisse Gefahr für qualitative Deliberation dar, sollte diesen Selbstreferenzen zu großer Zuspruch gewährt werden. Bei einer überproportionalen Berücksichtigung besteht das Risiko, das objektive Gemeinwohl aus den Augen zu verlieren und zu viele Haushaltsmittel für bestimmte Partikularinteressen aufzuwenden. Diese Threads stellen somit die ersten Beiträge dar, die zumindest in einem begrenzten Ausmaß für die deliberative Qualität E-partizipativer Online-Foren sprechen, dabei aber immer noch mit einem Vorbehalt zu bedenken sind.

5.4 Die Deliberativen

Als letzter Diskurstyp dieser Arbeit wurden diejenigen Threads gruppiert, die die positiven Effekte von Deliberation am besten abbilden. Der größte Teil der Kommentare in diesen Diskursen nimmt hinsichtlich der Argumentativität die erste Merkmalsausprägung an und stellen einen deliberativen Beitrag dar. Sie nehmen also direkten kommunikativen Anschluss an vorhergehende Beiträge und bedienen sich einer rationalen, entpersonalisierten Argumentationsart. Während bei den Kommentaren der bisherigen Diskurstypen bestimmte wiederkehrende Muster ausgemacht werden konnten (z.B. einfacher Ausdruck von Zustimmung, Erlebnisberichte), trifft dies für Kommentare dieses Typus nur bedingt zu. Eben weil die rationale Argumentation das kennzeichnende Kriterium ist, wird der konkrete Inhalt dieser Kommentare stets von der Thematik des jeweiligen Threads abhängen. Nichtsdestotrotz sind diese Beiträge von unterschiedlichen Stimmungsbildern gekennzeichnet, was ihre genaue Identifizierung teilweise erschweren kann. So kann auch ein aggressiv vorgetragener und rhetorischer Kommentar mehrere sinnvolle und übertragbare Begründungen zum Kern haben, welche durch die teils sogar beleidigenden Formulierungen nicht negiert werden. Fraglos stellen solche Verhaltensweisen aber eine Belastung für die deliberative Qualität der untersuchten Foren dar, welche im weiteren Verlauf der Arbeit detaillierter beschrieben werden sollen.

Mit 262 von 1337 untersuchten Foren-Threads, macht dieser Diskurstyp einen Anteil von etwa einem Fünftel aus. Somit sind nur etwa 20% aller untersuchten Diskurse wirklich deliberativ im Sinne dieser Untersuchung. Um diesen Idealfall deliberativer Qualität zu verdeutlichen, sei an dieser Stelle beispielhaft auf den Vorschlag Nr.58 des Kölner Bürgerhaushalts verwiesen, der als gelungene Deliberation kodiert wurde und der bestbewertete Vorschlag des Kölner Stadtteils Mülheim war.⁸⁷ Da auch dieser sich durch längere Kommentare auszeichnet, werden an dieser Stelle lediglich die ersten drei Beiträge aufgeführt. Sowohl der Vorschlag, als auch vier der fünf Kommentare diskutierten über die Vorteile, Optionen und Voraussetzungen für einen Radschnellweg. So wurden etwa bereits existierende Alternativen aufgezeigt, deren Sinnhaftigkeit diskutiert und mögliche Komplikationen beim Bau genannt. Aufgrund dieser größtenteils rationalen Vorgehensweise wurde dieser Thread dem Typus der „Deliberativen“ zugeordnet.

„Vorschlag 58 von Daniel76, 10. Oktober - 9:17

Radschnellweg Bergisch Gladbach - Rhein

Idee wäre ein Radschnellweg entlang der S-Bahn von BG - Mülheim/Mülheimer Brücke. Damit wäre auch die Bergisch Gladbacher Straße entlastet da wahrscheinlich über kurz oder lang mehrere Pendler aufs Rad umsteigen würden.“

⁸⁷ Lfd. Nr. 6.

„Geschrieben von ZebraJens am 10. Oktober 2017 - 17:10 Uhr

Meiner Meinung nach gibt es einen gut ausgebauten Radweg bis zur U-Bahn-Haltestelle Köln-Buchheim, Frankfurter Str. (von Dellbrück nahezu parallel zur U-Bahn Linie 3). Leider fehlt ab dort eine direkte Verbindung zum Rhein.“

„Geschrieben von Emzed am 20. Oktober 2017 - 9:52 Uhr

Diese zerstückelte Verbindung entspricht jedoch in keinster Weise der Definition und den Ansprüchen eines Radschnellweges.

-Eigene Fahrbahn, breit genug (4m für 2 Richtungsverkehr), möglichst kreuzungsfrei zu Straßen, wenn, dann vorrangig für Radverkehr, kein Teilen mit Fußgängerverkehr.

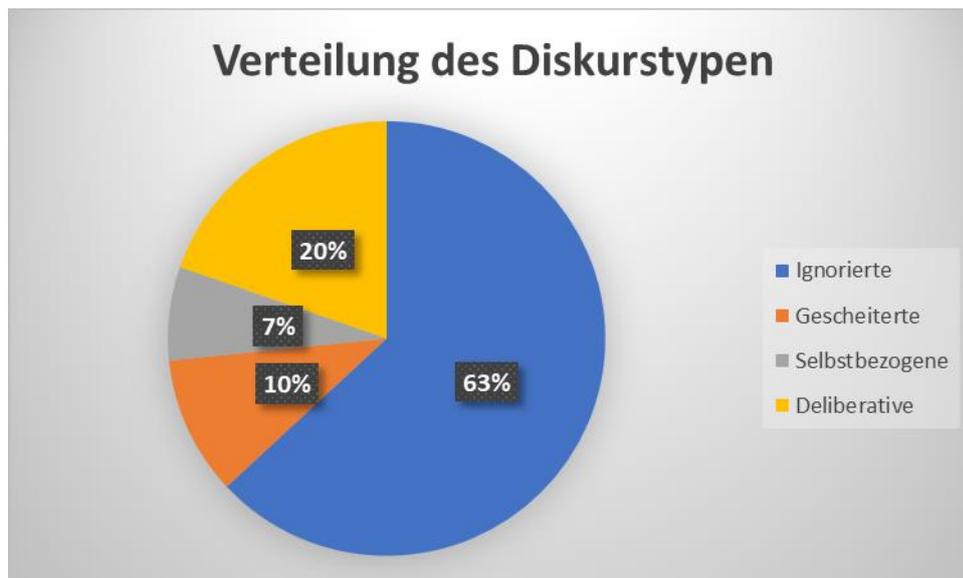
Der Bahndamm wäre an vielen Orten gut geeignet, allerdings hätte man ein Problem, da man irgendwie die Autobahn queren müsste. Ein neues Brückenbauwerk der Autobahn über den Radweg ist wohl nicht möglich.“

Derartige Diskurse kommen der gewünschten Form deliberativer E-Partizipation am nächsten, auch wenn sie nur bedingt das Ideal wirklicher Deliberation darstellen. Der teils sehr grobe Umgangston, der in diesen Foren herrschen kann und die vergleichsweise geringe Kommentierung dieser Vorschläge stellt die deliberative Qualität auch dieses vierten Typs teilweise in Frage. Jedoch stellen sie unstrittig den Best-Case von gelingender Deliberation in den untersuchten Foren dar.

5.5 Zusammenfassende Verteilung der Diskurstypen

Nach Abschluss der Untersuchung kann festgehalten werden, dass die Vorzüge der Deliberation im wissenschaftlichen Verständnis, vor allem im kritischen Verständnis nach Habermas, nur bedingt und sehr begrenzt in den untersuchten Foren vorzufinden war. Der größte Teil der Threads lies jegliche diskursiven Muster vermissen, da diese nicht oder nur unzureichend kommentiert wurden. Und auch von den Diskursen, die die relativ geringen Anforderungen an deliberatives Potenzial und kommunikativem Anschluss dieser Untersuchung erfüllten, vermochten es einige nicht irgendeine Form tatsächlicher Deliberation, im Sinne eines Austauschs von Argumenten zu erreichen.

Abbildung 2: Gesamtverteilung der Diskurstypen

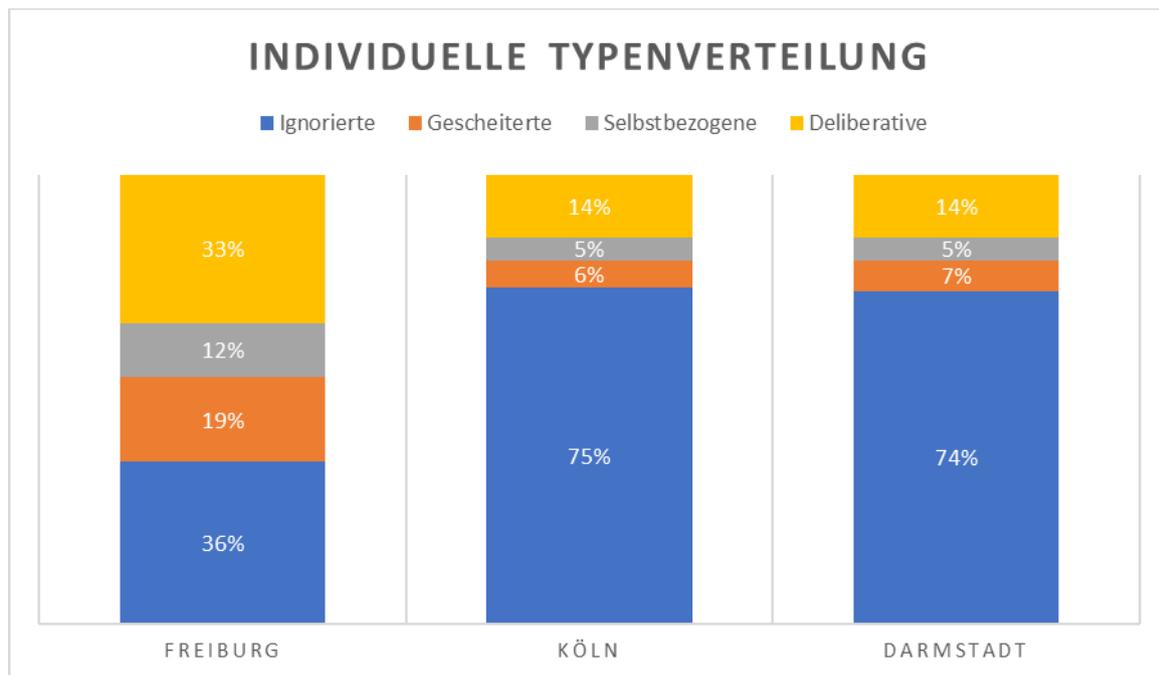


Quelle: Eigene Darstellung

Da die Diskurstypen der „Ignorierten“ und der „Gescheiterten“ keinerlei erfolgreiche Deliberation erkennen lassen, sprechen ca. 73% aller untersuchten Threads eindeutig gegen die deliberative Qualitäten der untersuchten Foren. (In den Online-Bürgerhaushalten der Städte Köln und Darmstadt, steigt dieser kombinierte Anteil sogar auf 81% an.) In weiteren 7% der Untersuchungseinheiten wurde in der Tendenz eher selbstreferentiell argumentiert, was einen wissenschaftlich umstrittenen qualitativen Beitrag leistet. Lediglich 20% der Threads waren vom rationalen Austausch übertragbarer Argumente dominiert, wie sie von den Befürwortern deliberativer Verfahren angestrebt werden. Und nur dieses Fünftel entsprach damit zumindest zu einem gewissen Grad dem deliberativen Verständnis nach Habermas. Doch selbst im Diskurstyp der „Deliberativen“ konnten vielfach Eigenheiten und Muster beobachtet werden, die trotz der festgestellten Argumentativität, einer vollwertigen Deliberation widersprechen. Dazu gehören unter anderem die Aggressivität in der Kommunikation und problematische Abstimmungsprozeduren zur Bestimmung der Vorschläge, über die in den anschließenden Haushaltsberatungen verhandelt und abgestimmt werden soll. Diese weiterführenden festgestellten Mängel werden in einem späteren Kapitel näher erläutert.

Die Auswertung der Untersuchung zeigt weiterhin eine bemerkenswerte Differenz bei der Typenverteilung zwischen den einzelnen Bürgerhaushalten. Während Köln und Darmstadt eine beinahe identische Verteilung aufzeigen, zeichnet der Freiburger Beteiligungshaushalt in dieser Untersuchung ein insgesamt positiveres Gesamtbild von Online-Deliberation.

Abbildung 3: Typenverteilung der einzelnen Bürgerhaushalte



Quelle: Eigene Darstellung

Das Freiburger Forum weist mit 402 Vorschlägen (Threads) und zusätzlichen 2433 Kommentaren die beste Rate kommunikativen Anschlusses auf. Der Anteil der „Ignorierten“ fiel deshalb im direkten Vergleich zu den anderen Bürgerhaushalten wesentlich geringer aus, während alle anderen Diskurstypen zugewinnen konnten. Diese Zunahme könnte zunächst auf eine insgesamt beteiligungsfreudigere Bevölkerung als in den anderen Städten hinweisen, was oftmals mit einem stärker ausgeprägten politischen Interesse und allgemein höheren Bildungsniveau in Verbindung gebracht wird.⁸⁸ Im direkten Vergleich mit der Metropole Köln könnte diese Vermutung aufrechterhalten werden, da Freiburg eine wesentlich kleinere Stadt ist, die aber einen hohen Bevölkerungsanteil an Studenten und Studierenden aufweist. Im Vergleich mit Darmstadt, welches kleiner als Freiburg und ebenso für seine verschiedenen Hochschulen bekannt ist, verliert diese These jedoch an Glaubwürdigkeit. Weiterhin bietet sie keine Erklärung für die annähernd identische Verteilung der Typen in Köln und Darmstadt an, weshalb sie nicht geeignet ist diese Differenz zu erläutern.

Eindeutig auszumachen ist hingegen ein systemischer Unterschied, welcher den Online-Bürgerhaushalt Freiburgs von denen Kölns und Darmstadts abgrenzt. Die Online-Foren der letzten beiden Städte erlaubten sowohl eine positive, als auch eine negative Bewertung von Bürgervorschlägen, aus deren Differenz ein finaler Score bestimmt wurde. Das Freiburger Forum

⁸⁸ Märker/Wehner (2014), S. 61.

hingegen, erlaubte lediglich die Unterstützung von Vorschlägen mittels einer positiven Bewertung. Ergebnisorientiert macht diese Eigenheit nur einen minimalen Unterschied in der abschließenden Abstimmung. Letztendlich setzten sich die Threads durch, welche in der abschließenden Abstimmung die höchste Zahl von positiven Bewertungen auf sich vereinen konnten. Es ließen sich in diesem Zusammenhang jedoch einige Phänomene beobachten, die in den anderen Foren nicht oder nicht im selben Ausmaß beobachtet werden konnten. Das Fehlen einer Ablehnungs-Option machte es nötig, dass die Ablehnung eines Vorschlags ausformuliert werden musste, wenn sie für die Öffentlichkeit sichtbar werden sollte. Die Verbildlichung von Ablehnung, in Form eines schriftlichen Beitrags erfordert mithin einen höheren Aufwand der Beteiligten als die einfache Ablehnung über einen Klick. Die führte u.a. dazu, dass vermehrt Kommentare auftraten, die einen bloßen Ausdruck von Ablehnung darstellen und so den Anteil der „Gescheiterten“ anteilig am stärksten wachsen ließen. Zusätzlich entstanden mehrere Vorschläge, die sich abseits des dedizierten Feedback-Bereichs über die technische Gestaltung der Seite beklagten und zum Teil explizit die nachträgliche Einführung einer Funktion forderten, Vorschläge negativ zu bewerten. (u.a. ID: 299, 413) Die Beschwerdeführer sahen darin eine Benachteiligung derer, die einen Vorschlag nicht befürworteten. Auch wenn dieser Umstand von einigen der Beteiligten offenbar als Belastung empfunden wurde, liegt der Rückschluss nahe, dass ebendiese Design-Entscheidung für die bessere Rate des kommunikativen Anschlusses in diesem Forum verantwortlich ist. Vertreter von Gegenargumenten waren gezwungen diese auch auszuformulieren, anstatt einfach eine negative Bewertung zu hinterlassen. Im Thread ID: 299 äußerte sich die Moderation des Forums dazu und bestätigte, sich bewusst für dieses Modell entschieden zu haben. „Wenn jemand konstruktive Kritik an einem Vorschlag hat, sollte man sich wenigstens die Mühe machen, diese auch zu formulieren.“⁸⁹ Der Einwurf liegt nahe, dass diese Threads, die keinen konkreten politischen Inhalt zum Thema haben, sondern abseits des dafür vorgesehenen Feedback-Forums die technische Gestaltung der Plattform diskutieren, selbst eine Entgleisung des Diskurses darstellen. Jedoch besagt die deliberative Grundvoraussetzung der offenen Partizipation, dass es möglich sein muss sich: „...auch an der Festlegung der Diskussionsregeln beteiligen [zu] können“.⁹⁰ Dies entspricht mithin dem Sinne vollwertiger Deliberation, welche auf Gespräche und nicht auf Abstimmungen zentriert sein sollte. Nichtsdestotrotz produzierte diese Design-Entscheidung aber auch Nebenwirkungen, die die deliberative Qualität der Diskurse beeinträchtigen. Zuerst ist an dieser Stelle die Tendenz zu nennen, einen einfachen „Downvote“ durch einen kurzen Kommentar zu ersetzen, der neben der Ablehnung keinerlei argumentativen Gehalt besaß. Der Mehrwert der zusätzlichen Kommentare und dem somit steigenden Potenzial für Deliberation, wird zu einem gewissen Grade dadurch negiert, dass der argumen-

⁸⁹ Lfd. Nr. 7.

⁹⁰ Alcantara (2016), S. 36.

tative Anschluss nicht proportional zum kommunikativen Anschluss steigt. Das finale Ergebnis des Freiburger Bürgerhaushalts fällt deshalb nicht so viel positiver aus, um zu einem völlig abweichenden Ergebnis über den deliberativen Qualitätsgehalt der untersuchten Online-Foren zu kommen. Auch hier macht der Anteil der „Ignorierten“ und „Gescheiterten“ in Kombination immer noch 55% aus, was bedeutet, dass mehr als die Hälfte aller Threads keinerlei deliberative Qualitäten erkennen ließen. Diese empirische Typologisierung zeichnet mithin ein eher ernüchterndes Bild vom deliberativen Qualitätsgrad kommunaler E-Partizipation. Insgesamt 73% aller untersuchten Threads konnten weder als deliberativ, noch als selbstreferentiell klassifiziert werden. Der Anteil der „Deliberativen“ macht demgegenüber nur 20% aus. Unter der Prämisse von politischer Deliberation, kann es schlicht nicht hinnehmbar sein, dass im Produktionsprozess Kollektiv-verbindlicher politischer Regeln beinahe drei Viertel aller Kommunikationsvorgänge nicht als argumentativ und folglich auch nicht als deliberativ zu bewerten sind. Jedenfalls nicht, wenn die politische Partizipation in direkten Zusammenhang mit der Qualität des demokratischen Prozesses gestellt werden soll und nicht der partizipatorischen Demokratietheorie folgend, als inhärenter Wert an sich verstanden wird.⁹¹ Anhand der quantitativen Daten ist den untersuchten Foren somit eine insgesamt dysfunktionale Deliberation zu attestieren, die auf fundamentale Inkompatibilitäten zwischen vollwertiger Deliberation und den Eigenheiten der Online-Kommunikation hinweist! Dies gilt umso mehr, wenn man sich die erläuterte ideale Sprechsituation nach Habermas (siehe S. 7-9) erneut vor Augen ruft. Der Typ der kommunikativ-Ignorierten macht 63% aller Diskurse aus, was bedeutet, dass nicht diese einmal die erste Grundvoraussetzung der offenen Partizipation wirklich erfüllten. Schlicht und ergreifend aus dem Grund, dass kaum jemand es für nötig hielt, an diesen Diskursen wirklich zu partizipieren. Der Kritik eines fragmentierten Diskurses (siehe S. 21-22) kann an dieser Stelle mithin zugestimmt werden. Weitere 10%, die Gescheiterten, ließen beinahe jegliche Form der Argumentativität vermissen, was den „zwanglosen Zwang des besseren Arguments“⁹² ad absurdum führt. Und auch die Selbstbezogenen und Deliberativen (Diskurse), welche im Rahmen dieser Arbeit als Beispiele für mehr oder weniger gelingende Deliberation in Online-Foren herangezogen wurden, weisen zahlreiche Reibungspunkte mit der idealen Sprechsituation auf.

Folgte man dem kritischen Verständnis nach Habermas, könnte man auf die Kontrafaktizität der idealen Sprechsituation hinweisen und zurecht anmerken, dass in den untersuchten Online-Foren schlicht eine Deliberation minderer Qualität vorherrscht. Dies würde aber gleichzeitig bedeuten, dass es Deliberationsmodelle geben muss, die den anspruchsvollen Voraussetzungen der idealen Sprechsituation zumindest nahekommen. Unter dieser Prämisse muss schlicht konstatiert werden, dass die Online-Foren mit Blick auf ihre deliberative Qualität klar

⁹¹ Vgl. Schaal, Ritzki (2009), S. 5.

⁹² Habermas (1992), S. 90.

gescheitert sind. Der Großteil der Threads realisiert nicht einmal die vergleichsweise geringen Ansprüche, die in dieser Untersuchung zur Grunde gelegt wurden. Es ist außerdem deutlich geworden, dass das deliberative Niveau auch unter dem von institutionalisierten, moderierten Diskussionen zum Beispiel im Rahmen von Bürgerversammlungen liegt.

6 Gründe des Scheiterns

Die empirische Untersuchung dieser Arbeit war auf die Erhebung qualitativer Daten ausgerichtet. Die Typologie unterscheidet zwischen vier verschiedenen Arten von Diskursen, von denen zwei eindeutig nicht deliberativ sind und zwei weiteren Typen, welche den festgesetzten Mindestanspruch an Deliberation, in Form der Argumentativität erfüllten. Andere deliberative Qualitätsmerkmale hingegen, wie etwa Respekt, der Verzicht auf rhetorische Angriffe und Konstruktivität, wurden in dieser Arbeit nur am Rande berücksichtigt. Andere Studien untersuchten die deliberativen Qualitäten von Online- und Offline-Diskursen bereits detaillierter und erhoben dabei etwa auch Daten zu weiteren Eigenheiten der Deliberation.⁹³ Unter Berücksichtigung dieser Studien, fielen jedoch auch im Verlauf dieser Arbeit regelmäßig wiederkehrende Phänomene auf, die dem deliberativen Konzept auch abseits der fehlenden Argumentativität widersprachen. Der oft kritisierte Widerspruch zwischen konzeptionellen Ideen und der Praxis von Deliberation wurde bereits im theoretischen Zugang erläutert und ist in diesem Schritt deutlich nachzuvollziehen. „Deliberative Prozesse zeichnen sich normativ durch ausführliche Begründungen, Gemeinwohlorientierung, Respekt, Empathie und Konstruktivität aus.“⁹⁴ Nach der Durchführung der Untersuchung kann festgehalten werden, dass diese normative Vorstellung oft nur wenig mit der empirischen Realität zu tun hat, insbesondere wenn es um elektronische Partizipationsverfahren geht. In diesem abschließenden Kapitel sollen mögliche Gründe für das deliberative Scheitern der untersuchten Foren erörtert werden. Anhand konkreter Beispiele soll verdeutlicht werden, wie sie den deliberativen Prozess beeinträchtigen.

6.1 Aggressiver Kommunikationsstil

Ein prominenter Kritikpunkt zur Online-Deliberation besteht in der Gefahr eskalierender Diskussionskulturen im Internet, im Sinne eines aggressiven Kommunikationsstils und schwindendem Respekt zwischen den Deliberationsteilnehmern. So stellt bspw. Weiß neben einer asymmetrischen Beteiligung in der Bevölkerung zeitgleich die Begünstigung eskalierender Diskussionskulturen in der teilanonymen Online-Welt fest.⁹⁵ Politisch interessierte Bürger nutzen zwar gerne Online-Foren als einen öffentlichen Raum, in dem sie ihre Meinung äußern und ihre Kritik (vermeintlich) direkt an die Entscheidungsträger weiterleiten können.⁹⁶ Dies erlaubt jedoch noch keine Rückschlüsse auf die letztendliche Qualität der dort stattfindenden

⁹³ Vgl. Russmann (2015); Steenbergen (2003).

⁹⁴ Bächtiger (2012), S. 251.

⁹⁵ Weiß (2013), S. 285.

⁹⁶ Vgl. Russmann (2015), S. 177

Diskussionen. Im Schutze der Anonymität des Internets erweitert sich der Raum des Sagbaren und die Diskurse werden zunehmend aggressiver. Im Verlauf der Untersuchung konnte oft beobachtet werden, dass insbesondere gegenüber Politik und Verwaltung ein sehr anklagender und bisweilen beleidigender Kommunikationsstil gewählt wurde. Diese Aggressivität konnte bei Beispielen jedes gebildeten Typen vorgefunden werden und behindert die Entwicklung eines rationalen Diskurses. Sie droht den eigentlichen Inhalt einer Botschaft zu verdecken und erschwert somit die Identifizierung eines eventuell vorgebrachten Arguments.⁹⁷ Diese Beobachtung kann anhand des Bürgervorschlags aus Freiburg mit der ID:67 veranschaulicht werden, der aufgrund seiner Kürze beinahe in Gänze abgebildet werden kann.⁹⁸

Erstellt von Markus am 15.01.2017 um 12:34

„Das Westbad wird regelmäßig während den Sommerferien für Wartungsarbeiten geschlossen. Wo sollen die Kinder während den Sommerferien schwimmen / Baden ohne, dass ständig die Eltern mit müssen. Sollen Die Kinder Alleine quer durch Freiburg radeln?“

NOSI

15.01.2017 / 13:29

„Ich empfinde es als absolut skandalös, dass Bäder aus Finanzmängel geschlossen werden ...aber für die Flüchtlingsunterkünfte Neubauten erstellt werden, in denen noch Putzpersonal gestellt wird...“

Pferdefus

15.01.2017 / 18:13

„Es ist nun einmal traurige Realität in Freiburg, dass hier nur reiche Familien (im Idealfall mit Heimgenossen am Herd) willkommen sind. Diese belasten dann FR auch nicht mit Wohnungs- und KITA-Ansprüchen, Schulesen, Sportforderungen, Nachmittagsschulbetreuung usw., kaufen die überbezahlten Wohnungen und führen die Steuern in FR ab. [...]

Diese "Reichen und Schönen" fahren selbstverständlich auch 2x im Jahr in den Urlaub (Sommer/Winter) weg - die brauchen im Sommer kein Freibad in FR! [...] und entsprechend handelt er und ‚seiner‘ Verwaltung“

⁹⁷ Vgl. Russmann (2015), S. 180.

⁹⁸ Lfd. Nr. 8.

Dude

16.01.2017 / 21:27

„Ich empfinde die Schließung des Westbades regelmäßig in den Sommerferien wegen Wartungsarbeiten ohne Alternative auch als Provokation.

Ich distanziere mich aber ausdrücklich von Polulisten die gegen Flüchtling stänkern. Gell NOSI“

Frog

19.01.2017 / 09:31

„Das ist für die Stadt ein 1A Grundstück für eine Bebauung von teuren Wohnungen die der Stadt viel Geld bringt. Ich hoffe die Aussitztaktik gelingt nicht und die Bürger kämpfen weiter für das Freibad.“

Die erste Antwort auf den Ausgangsbeitrag stellt, trotz der impliziten Beschwerde über die Priorisierung der Flüchtlingspolitik der Stadt, noch keine aggressive Anklage gegenüber der Kommune dar. Der Nutzer drückt hier lediglich sein eigenes Empfinden über den Sachverhalt aus und lässt dabei seine politische Haltung durchscheinen. Der zweite Kommentar hingegen zielt in seinem gesamten Aufbau darauf ab, der Freiburger Verwaltung niedere Motive und böswillige Absichten zu unterstellen. Über Verweise auf Klientelpolitik für „reiche Familien“ und „Reiche und Schöne“ wird ein Konfliktfeld eröffnet, welches im Beitrag des Thread-Erstellers nicht thematisiert wird und lediglich zur Eskalation des Diskurses dient. Gleichzeitig lässt sich aus diesen wüsten Ausführungen nicht eindeutig ableiten, ob er für oder gegen die Sommerpause des Westbades ist und ob er Pro- oder Kontra-Argumente vorbringen möchte. Da er seine Überzeugungen mittels der Formulierung „traurige Realität“ als Tatsache hinstellt, soll vielmehr eine faktische Realität konstruiert werden, um einen Konflikt zwischen Bürgern auf der einen Seite und der Politik und Verwaltung auf der anderen Seite zu konstituieren.

Die beiden Folgekommentare zeigen, dass diese Darstellung sich zumindest teilweise festsetzen konnte. So bezeichnete ein Nutzer die Schließung in den Sommerferien ebenfalls als „Provokation“, während der letzte der Stadt eine „Aussitztaktik“ vorwirft. Beide Formulierungen greifen die Kommune an und spielen auf vorsätzliche, sinistere Motive der Kommune hin. Diese Konflikthaltung widerspricht dem grundlegenden Konzept deliberativer E-Partizipation, wonach Bürger in einem freien Diskurs die bestmöglichen politischen Inhalte eruieren sollen und Politik und Verwaltung diese nach einer Abwägung schlussendlich umsetzen. Deliberation, die von institutioneller Seite initiiert wurde, kann folglich nicht funktionieren, wenn sich beide Parteien antagonistisch gegenüberstehen. Dieser Thread ähnelt damit eher einem Ort der Verlautbarung und Demonstration, statt wirklichem Diskurs, auch wenn zwei der fünf Beteiligten zumindest implizit Argumente vorbrachten, wie der Schließung des Bades im Sommer entgegengewirkt werden könnte. Dieser und vergleichbare aggressive Ausreißer im Argumentationsstil belasteten das gesamte Diskussionsklima im jeweiligen Thread und können

bei regelmäßigem Auftreten für einen Verfall der Diskursqualität im gesamten Online-Forum sorgen.

Derartige Angriffe beschränken sich jedoch nicht nur auf die Kommune und Verwaltung, sondern finden zuweilen auch zwischen den Nutzern statt. So wurde etwa der Vorschlag ID:9 aus Freiburg⁹⁹ nach einer frühen Provokation zu einem Großteil vom anhaltenden Konflikt der konkurrierenden Meinungen bestimmt. Der Thread trägt den Titel „Erhaltung und Stärkung der freiwilligen Feuerwehr“ und brachte mehrere Ideen vor, wie Feuerwehr und öffentliche Verwaltung auf der Gemeindeebene zusammenarbeiten könnten. Der zweite Kommentar leitete den Konflikt ein.

Pferdefus

13.01.2017 / 16:25

„Freiburg möchte sich als "Großstadt" sehen. Dazu gehört auch eine Berufsfeuerwehr. Die FF sind aus Kostengründen hier missbräuchlich; sie gehören abgeschafft - die Berufsfeuerwehren entsprechend ausgebaut.

Für ‚Freizeittrambos mit Helfersyndrom und Starallüren‘ sollte es keinen Raum und keinen Cent geben. Diese können sich dann wieder ohne Jammern ihren Kindern/ Familien widmen.“

Der Einwurf des Nutzers, dass eine Stadt mit der Bevölkerungszahl Freiburgs besser auf den Ausbau der Berufsfeuerwehr setzen sollte, statt die Freiwilligen Feuerwehren zu fördern, stellt zunächst eine vertretbare Position dar. Mit dem Verweis auf Kostengründe wird weiterhin ein nachvollziehbares und übertragbares Argument präsentiert, auch wenn es sich um eine schwache Begründung handelt, die keinerlei belastbare Zahlen und Fakten präsentiert. Problematisch ist der zweite Absatz, mit dem er seiner Argumentation Nachdruck verleihen möchte. Indem der Nutzer die Ehrenamtlichen der Freiwilligen Feuerwehr als „Freizeittrambos mit Helfersyndrom und Starallüren“ bezeichnet, verunglimpft er nicht nur ebendiese, sondern provoziert auch diejenigen, die dieses Engagement und diesen Vorschlag unterstützen. Infolgedessen sind alle weiteren Kommentare des Threads eine Reaktion auf diese initiale Provokation und verleihen dem gesamten Diskurs eine aggressive Grundstimmung. Die drei Folgekommentare steigern sich in ihrem Eskalationsniveau und die eigentlichen Argumente treten immer weiter in den Hintergrund.

⁹⁹ Lfd. Nr. 9.

Andrea

27.01.2017 / 21:47

„@Pferdefus Die freiwilligen Feuerwehren leisten eine hervorragende Arbeit und unterstützen die Berufsfeuerwehren mit mehreren Einsätzen pro Woche. Daneben wird großartige Jugendarbeit geleistet. Es ist ungehörig, dieses Ehrenamt derart zu beschimpfen.“

Tobi1997

30.01.2017 / 21:32

„Ehrenamtliche, welche Ihnen unter Umständen ihr Leben und ihr Hab und Gut retten, als "Freizeitrambos mit Helfersyndrom und Starallüren" zu bezeichnen oder gar zu beschimpfen ist total daneben! Man sieht an Ihrer Wenigkeit, dass Ihnen jegliche Kenntnis zu unserem in Deutschland herrschenden Feuerwehrsysteem fehlt. Am Beispiel der Feuerwehr in Freiburg lässt sich klar erkennen, dass diese ohne Freiwillige Kräfte gar nicht funktionieren kann. [.....]“

FR1990

30.01.2017 / 21:40

„Sie sind dann bestimmt der Erste, der anfängt mit heulen, wenn sie sehen was eine weitere berufliche Feuerwache kostet. Absolut armseliger Kommentar!“

Vergleichbare aggressive Diskurse konnten in allen untersuchten Foren mehrfach beobachtet werden und wenn sie auftraten begünstigten sie unbestreitbar eine eskalierende Diskussionskultur, die das deliberative Qualitätsniveau stark beeinträchtigte. Nichtsdestotrotz stellen die beiden aufgeführten Beispiele Extremfälle mangelnden Respekts dar, die selten in dieser Intensität auftraten und keineswegs die Norm darstellen. Auch weil in beiden Beispielen der Prozess der Eskalation maßgeblich von den Beiträgen des Nutzers „Pferdefus“ bestimmt wurde und er auch in anderen Threads vergleichbar handelte (siehe S. 33), ist dieses Phänomen eher dem Verhalten einzelner Akteure zuzurechnen, die gezielt auf eine Eskalation hinarbeiten.

Verschiedene Studien zur Evaluation von deliberativer Qualität politischer Online- und Offline-Diskurse unterschieden zwischen drei Niveaus des Respekts, der Personen oder Personengruppen entgegengebracht werden kann.¹⁰⁰ Die sich gegenüberstehenden Pole dieses Spektrums sind die explizite Äußerung von Wertschätzung bzw. Geringschätzung bezogen auf Vertreter, Anliegen oder Argumente anderer Interessengruppen. Die daraus generierten Effekte auf das deliberative Qualitätsmerkmal Respekt sind eindeutig und bedürfen keiner näheren Erläuterung. Zwischen diesen Polen existiert jedoch der implizite Respekt, welcher angenommen wird, wenn weder besonders respektvoll, noch explizit herabwürdigend argu-

¹⁰⁰ Vgl. Russmann (2015); Steenbergen (2003).

mentiert wird. Diese Kategorisierung nimmt einen gewissen Grundrespekt gegenüber anderen Teilnehmern an, der jedoch nicht direkt ausgesprochen wird. Nach der Untersuchung scheint der überwältigende Anteil aller Beiträge in diese Kategorie zu fallen. Insbesondere wenn der bloße Ausdruck von Zustimmung oder Ablehnung als unzureichende deliberative Beiträge ausgeklammert werden, kommen explizite Äußerungen von Respekt und Herabwürdigungen eher selten vor und halten sich insgesamt die Waage. Der größte Teil der untersuchten Diskurse war dieser Kategorisierung nach von zumindest implizitem Respekt geprägt. Insgesamt genügt die Frequenz respektloser Threads daher nicht, um einen aggressiven Kommunikationsstil und die damit einhergehenden eskalierenden Diskussionskulturen zu den alleinigen Gründen für das deliberative Scheitern dieser Online-Foren zu erklären.

Dennoch üben sie in den seltenen Fällen, in denen sie auftreten, einen deutlichen negativen Einfluss auf das allgemeine Klima der Diskurse aus. Die festgestellten Ausreißer kamen oftmals von bestimmten Nutzern der Plattformen, welche wiederholt negativ auffielen. Dementsprechend könnte diese Problematik über eine aufmerksamere und restriktivere Moderation der Verfahren zu einem gewissen Grad abgefangen werden. Einige Nutzer trieben diese Verhaltensmuster sehr weit und kopierten Teile besonders aggressiver Beiträge in mehrere Threads,¹⁰¹ um mit geringen Aufwand eine möglichst hohe Eskalation zu bewirken. Diese Nutzer könnten möglicherweise dem Phänomen der sogenannten Forentrolle zugeordnet werden. „Online trolling is the practice of behaving in a deceptive, destructive, or disruptive manner in a social setting on the Internet with no apparent instrumental purpose“.¹⁰² Da dieses Verhalten jedoch kein explizites Forschungsinteresse dieser Untersuchung war, soll an dieser Stelle von einer weiterführenden Betrachtung abgesehen werden.

6.2 „Gefällt mir!“ – Die Problematik der Bewertungssysteme

Nach Abschluss der Untersuchung verfestigte sich der bereits angedeutete Eindruck, dass ein zentraler Grund für den geringen Anteil qualitativer Deliberation in den Foren, die in ihnen zum Einsatz kommenden Bewertungssysteme sind. Diese ermöglichen den Nutzern während und nach den jeweiligen Diskussionsphasen darüber abzustimmen, welche der diskutierten Vorschläge in die anschließenden Haushaltsberatungen einfließen sollen. Während das Freiburger Modell lediglich positive Bewertungen sammelte, wurden im anderen Modell positive wie negative Bewertungen summiert und zu einem finalen Punktestand aufgerechnet. In beiden Modellen haben somit diejenigen Vorschläge, die die meisten positiven Stimmen für sich gewinnen konnten, die beste Chance auf eine tatsächliche Übersetzung in politische Inhalte.

¹⁰¹ Z.B.: Lfd. Nr. 8 / Lfd. Nr. 10.

¹⁰² Buckels, Trapnell, Paulhus (2014), S. 1.

Eine derartige finale Abstimmung erscheint zunächst unproblematisch, ist der Wettkampf um Stimmen doch ein zentrales Element jeder Demokratie. Und auch in der demokratischen Deliberation ist diese unumgänglich, ungeachtet der stärkeren Betonung von Gesprächen und Argumentationen. Erst durch ebendiese Abstimmungen entsteht ein vollständiger demokratischer Entscheidungsprozess, der die im Diskurs geschaffene Legitimität verfestigt. Die hier eingesetzten Bewertungssysteme sind jedoch mit verschiedenen Problemen behaftet, sowohl technischer als auch konzeptioneller Natur, die das Entstehen vollwertiger demokratischer Deliberation behindern.

Zunächst ist die Tatsache zu betrachten, dass diese Bewertungen durch die teilnehmenden Bürger nicht wirklich die abschließende Abstimmung darstellen. Die letztendliche Entscheidung darüber, ob die bestbewerteten Vorschläge tatsächlich in den Haushalt aufgenommen werden, obliegt in allen drei Foren zunächst der Verwaltung, die die Realisierbarkeit dieser Vorschläge prüft und abschließend den Gemeinderäten der drei Kommunen, die dem finalen Haushaltplan förmlich zustimmen müssen. Die Bewertungssysteme deliberativer Online-Foren sind mithin vielmehr eine unverbindliche Vorauslese der populärsten Vorschläge, als eine vollwertige demokratische Abstimmung. Mit Blick auf die Ergebnisse dieser Untersuchung und die praktische Realität der Kommunalpolitik ist dieser Umstand nachvollziehbar und zunächst auch wünschenswert. Sowohl Bürgerbegehren, als auch der Bürgerentscheid sind rechtlichen Rahmenbedingungen unterstellt und die elektronische Abgabe von Stimmen steckt noch in einer theoretischen Phase. Eine wirklich verbindliche Online-Abstimmung der Bürger würde sich bereits rechtlich vor große Hürden gestellt sehen. Schwerer wiegt aber die generelle Diskursführung in den Foren, sowie die dort tendenziell eher geringe Qualität der Argumente. Ein Teil der dort geführten Diskurse, auch solche mit hohen Bewertungen, lässt grundlegende Regeln eines wirklichen argumentativen Vorgehens außer Acht und Argumente werden in aller Regel in generalisierter Form vorgebracht, statt sie mit konkreten Fakten zu untermauern. Viele erscheinen mithin nicht geeignet zu sein, um auf ihrer Basis Entscheidungen zu treffen, die allgemeinverbindlich eine ganze Kommune betreffen könnten. Ungeachtet dessen ist es aus einer theoretischen Perspektive des normativ-kritischen Deliberationsverständnisses heraus aber als problematisch zu bewerten, dass letztendlich Akteure für die Entscheidung verantwortlich sind, die nicht direkt am deliberativen Prozess teilgenommen haben. Die Bewertung der Vorschläge ist die letzte Möglichkeit zur direkten Einflussnahme für die sich beteiligenden Bürger, während die tatsächliche Beteiligung der Stadträte letztendlich nicht nachverfolgt werden kann. Die Bewertungssysteme sind somit zwar von hoher ideeller Bedeutung für die Bürger, bleiben aber letztendlich unverbindlich. Diese Zwischenstellung sorgt folglich für eine Abnahme der deliberativen Qualität.

Das zweite und schwerwiegendere Problem der Bewertungssysteme ist jedoch ihr technisches und optisches Design. In allen untersuchten Foren war es von Beginn der Beteiligungsphasen an möglich, eine Bewertung für einzelne Vorschläge abzugeben. Diese Bewertung erfolgte über eine bzw. zwei Schaltflächen nebst entsprechender Emoticons zur Verbildlichung ihrer jeweiligen Funktion. Mit der Wahl dieser Visualisierung wird sichergestellt, dass Funktion und der aktuelle Zwischenstand der Bewertungen schnell verständlich und einfach nachvollziehbar werden. Gleichzeitig sorgt diese Gestaltung für eine optische und auch funktionale Annäherung an Bewertungssysteme, wie sie in den populärsten sozialen Netzwerken verwendet werden („Daumen hoch“ vs. „Daumen runter“).

Abbildung 4 - Bewertungssystem des Kölner Online-Bürgerhaushalts



Quelle: <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2017>

Die Problematik besteht nun darin, dass die untersuchten Online-Foren der Kommunen und soziale Netzwerke wie bspw. Facebook völlig divergierende Zielsetzungen haben. Den Betreibern privater Plattformen geht es in aller Regel nicht gezielt darum, den politischen Diskurs auf ihrer Seite zu fördern oder politische Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Weiterhin haben sie dabei keinerlei Verpflichtungen, theoretischen Idealansprüchen einer Demokratietheorie gerecht zu werden. Wichtiger ist es die soziale Interaktion mit anderen Menschen über eine möglichst gute Nutzererfahrung zu ermöglichen und über personalisierte Profile den Nutzern eine Möglichkeit der Selbstdarstellung zu bieten. Gehaltvolle Diskussionen und gut begründete Textbeiträge sind daher kein explizites Ziel von Facebook und könnten in Anbetracht der allgemeinen Popularität von Bildern und Kurzvideos sogar nachteilig für ihre Geschäftsinteressen sein. Dementsprechend überrascht es nur bedingt: „...wie wenig Politik in der Kommunikation auf Facebook steckt: Der überwiegende Anteil der Postings auf Facebook hat keinen substanziellen Mehrwert für die politische Online-Diskussion“.¹⁰³ Der Einsatz dieser Form der Meinungsaggregation in deliberativen Online-Foren hat das Potenzial, dass die Sig-

¹⁰³ Russmann (2015), S. 192.

nifikanz der Bewertung bei den Deliberierenden, ähnlich wie in sozialen Netzwerken, wesentlich stärker gewichtet wird, als der gemeinwohl- und konsensorientierte Diskurs. Die eigentlichen Prioritäten im Prozess verschieben sich und die öffentlichkeitswirksame Präsentation persönlicher Ansichten und Meinungen rückt in den Mittelpunkt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Bewertung eines Vorschlags schnell und unkompliziert möglich ist, während das Lesen eines Threads mit einer Vielzahl von Kommentaren und insbesondere das Verfassen eigener Diskursbeiträge einen vielfachen Mehraufwand für den einzelnen Nutzer bedeutet. Eine Deliberation unter Anwesenden sichert bereits durch ihre programmatische Gestaltung, dass alle Pro- und Kontra-Argumente Gehör finden bevor es zu einer Abstimmung kommt. Dieses Bewertungssystem hingegen ermöglicht eine Bewertung lange bevor ein Diskurs abgeschlossen wurde und kann nicht garantieren, dass der Abstimmende die volle Argumentationskette nachvollzogen hat. Diese und weitere Faktoren führen dazu, dass die eigentliche Deliberation, also der kommunikative und vor allem argumentative Austausch verschiedener Interessen und Positionen doch in den Hintergrund tritt und das gesamte Verfahren zunehmend abstimmungszentriert wird. Ähnlich wie auf Facebook entscheidet nicht der Qualitätsgehalt der Textbeiträge über Erfolg oder Misserfolg eines Beitrags, sondern die Anzahl der „Likes“ die er auf sich konzentrieren konnte. Diese Priorisierung der Bewertungen über die eigentlichen Kommentare spiegelt sich auch in einigen Beiträgen und Kommentaren wieder, wie etwa dem bereits genannten Vorschlag ID:299¹⁰⁴.

ID: 299 Erstellt von Stadtkammerer am 29.01.2017 um 19:48 Uhr

„Es sollte ermöglicht werden Vorschläge explizit abzulehnen.“

Gaschne 30.01.2017 19:11

„Abgelehnt. Kaputtmachen ist einfach, so funktioniert das nicht in einer Demokratie, so macht das Putin.“

HighlandPark 03.02.2017 12:51

„ja, aber "upvoting" wird somit stark begünstigt. auch nicht fair. und selbst wenn man seinen daumen runter begründet wird er nicht gezählt und angezeigt.

so, und jetzt erzählen sie noch mal was von putin. so ein unsinn!“

¹⁰⁴ Lfd. Nr. 7.

NurZu 30.01.2017 23:00

„Die Bewertungsfunktion ist sowieso ein nicht-repräsentatives Spielzeug. Wer auf Facebook am meisten Menschen mobilisiert, kriegt am meisten Likes - super Demokratie...“

CoJag 31.01.2017 11:38

„Ich finde auch dass es um ein besseres Meinungsbild der beteiligten BürgerInnen zu bekommen ein + und ein - geben sollte - ich finde nämlich einige Vorschläge komplett daneben, kann dies aber außer in den Kommentaren nicht zum Ausdruck bringen und dazu ist mir meine Zeit dann doch zu schade...“

HighlandPark 03.02.2017 12:50

„[...] ausserdem kann man noch soviel kritisch kommentieren. was nützt das, wenn man ende doch nur die daumen hoch angezeigt und gezählt werden, die kritischen stimmen aber nicht? so kommt leider kein klares bild zustande. das verfahren hier ist unfair.“

Diese Beiträge zeigen, dass verschiedene Beteiligte des Freiburger Beteiligungshaushalts den Verzicht auf eine negative Bewertungsoption als eindeutige Benachteiligung empfinden. Andere weisen auf die Problematik der „Mobilisierung über Facebook“ hin, die die Ergebnisse des Bürgerhaushaltes bestimmen würden. Auch wenn dies nur einen kleinen Ausschnitt darstellt, verdeutlicht dieser Diskurs die Bedeutung, die die Bewertungen in diesen Verfahren einnehmen und somit die deliberative Qualität der untersuchten Foren stark beschränken. Derartige „Like-Buttons“ ermöglichen und verstärken Aufschaukelung- und Schneeballeffekte.¹⁰⁵ Sie sind aber keine rationale und abschließend durchdachte Entscheidung und stellen einen störenden Einfluss für die Deliberation dar.

Die Problematik der Bewertungssysteme stellt mithin eines der schwerwiegendsten Probleme für populäre Modelle der Online-Deliberation in Kommunen dar. Durch sie wird die Essenz der Deliberation, die Priorisierung von Gesprächen über Abstimmungen, angegriffen und teilweise egalisiert, weshalb sie viele Bürger letztendlich nur als eine weitere Form von numerischer Abstimmung verstehen könnten. So eröffnet sich die Gefahr, dass nicht die besten Argumente darüber entscheiden, welche Vorschläge umgesetzt werden sollten, sondern diejenigen Vorschläge bevorteilt sind, die sich am besten „teilen“ lassen. So vertritt auch Kersting die Position, dass derartige Online-Verfahren ihren deliberativen Grundgedanken mittlerweile vollständig verloren hätten. „Das deliberativ angelegte Verfahren entwickelt sich in Deutschland zu einem Instrument der direkten numerischen Demokratie, das Themen generiert [...]

¹⁰⁵ Imhof (2015), S. 24.

sowie diese dem Bürger zur Abstimmung vorlegt“.¹⁰⁶ Die tatsächliche Qualität der Diskurse und Argumente gerät in diesen oft nur vornehmlich deliberativen Verfahren außer Acht gelassen, da der Dialog in diesem „elektronischen Vorschlagswesen“¹⁰⁷ ohnehin marginalisiert wird.

6.3 Exkurs – Umgang mit den Ergebnissen

Der letzte Punkt, welcher im Rahmen dieser Arbeit untersucht werden soll, behandelt den Umgang mit den Ergebnissen der untersuchten Online-Diskurse. Da dieser Sachverhalt nur indirekt mit dem argumentativen Potenzial dieser Diskurse zusammenhängt und lediglich in einem der untersuchten Foren detailliert nachverfolgt werden konnte, sind diese Ausführungen jedoch lediglich als Exkurs zu verstehen. Auch hier drückt sich erneut die gute Nutzerführung, das hohe Maß an Transparenz und der hohe Einsatz der Moderation aus, die im Freiburger Beteiligungshaushalt festgestellt werden konnten. Die Moderation verfasste zu jedem Vorschlag, der in die anschließenden Haushaltsberatungen einfluss und/oder im beschlossenen Doppelhaushalt 2017/2018 befürwortet wurde, entsprechende Kommentare zu dem neuen Status des Vorschlags. Diese wurden einen bzw. drei Monate nach Abschluss der Beteiligungsphase erstellt zu einem Zeitpunkt, an dem das Interesse der meisten Teilnehmer bereits zurückgegangen sein dürfte. Auf der Homepage der Stadt Freiburg wurde weiterhin eine Übersicht erstellt, die alle 46 Anträge auflistet, die in den finalen Haushaltsplan einfließen. Neben der Auflistung wurden auch Vermerke erstellt, sollte ein Antrag auf Grundlage des Beteiligungshaushalts gestellt worden sein.¹⁰⁸ Um zu überprüfen, wie die Bewertung und Argumentativität die Aufnahme in die Haushaltsberatungen beeinflusst haben, wurden die zehn bestbewerteten Vorschläge des Forums und deren letztendlicher Status ermittelt.

¹⁰⁶ Kersting (2014), S. 81.

¹⁰⁷ Kersting (2014), S. 82.

¹⁰⁸ <https://www.freiburg.de/pb/Lde/1080435.html>

Tabelle 1 - Tabelle der Top 10 Freiburg

ID	Anzahl der Unterstützer	Typ	Status
191	403	(3)	Beratungen
10	403	(1)	Beschlossen
209	378	(2)	Beratungen
261	341	(2)	Beschlossen
8	338	(1)	Beratungen
187	319	(2)	Nicht berücksichtigt
6	308	(1)	Nicht berücksichtigt
11	286	(1)	Beschlossen
178	284	(1)	Nicht berücksichtigt
114	280	(2)	Beschlossen

Quelle: Eigene Darstellung

Die Top 10 zeigt zunächst, dass die bestbewerteten Threads ein vergleichsweise hohes Maß deliberativer Qualität aufweisen. Während fünf dem Typus der Deliberativen (1) zugeordnet wurden, weisen vier weitere zumindest begrenzte deliberative Qualitäten auf, da sie dem Typus der Selbstbezogenen (2) zugeordnet werden können. Nur ein einzelner Vorschlag stellt ein deliberatives Scheitern (3) dar. Der Umsetzungsstatus fällt indes wechselhafter aus. So wurden drei Threads in keiner Weise berücksichtigt, drei flossen in die Haushaltsberatungen ein und vier weitere fanden letztendlich ihren Weg in den beschlossenen Haushaltsplan. Diese Durchmischung zeigt, dass sich Verwaltung und Gemeinderat nicht ausschließlich an der Anzahl der Bewertungen orientierten, um abschließende Beschlüsse zu treffen. Potenziell wurden auch die finanzielle Machbarkeit, sowie generelle Durchsetzbarkeit berücksichtigt und somit nüchternen Realitäten der Kommunalpolitik Sorge getragen. Aus einer deliberativen und vor allem partizipativen Perspektive heraus, ist dies als problematisch zu bewerten. Indem einzelne Vorschläge, die sich in diesem (mangelhaften) Bewertungssystem durchgesetzt haben, nicht einmal in die Haushaltsberatungen einfließen und somit von den politischen Entscheidungsträgern faktisch ignoriert wurden, widerspricht das Verfahren verschiedenen Grundprinzipien der E-Partizipation und wird dem Vertrauen in diese eher schaden. Betrachtet man die weiteren Anträge, die im Rahmen der Freiburger Haushaltsaufstellung Zuspruch erfuhren, verfestigt sich der Eindruck einer gewissen Willkürlichkeit weiter.

Insgesamt 24 der 46 Anträge, die für die Haushaltsplanaufstellung beschlossen wurden, enthielten einen Verweis auf den Beteiligungshaushalt und nur vier davon stammten aus den Top 10 der bestbewerteten Vorschläge. Im Laufe der Untersuchung konnten in einer Vielzahl von Threads die entsprechenden Statusmeldungen der Moderation beobachtet werden. Ein ei-

nendes Merkmal, dass all diesen Threads gemein ist und für die Umsetzung geeignet erschienen lies, konnte indes nicht ausgemacht werden. Viel mehr nimmt dieses Prozedere im Forum der Stadt Freiburg, unter der Prämisse eines deliberativen Verfahrens, eine teils völlig unnachvollziehbare Form an. Selbst solche Vorschläge, die aufgrund mangelnder Kommentare keinerlei deliberatives Potenzial aufwiesen und gleichzeitig keine nennenswerte Zahl von positiven Bewertungen generieren konnten, wurden zuweilen für die Umsetzung ausgewählt und in vollständige Anträge gewandelt. Zur Verdeutlichung sei auf den Vorschlag ID: 30¹⁰⁹ verwiesen, der eine bessere Abdeckung Freiburgs mit blindengerechten Ampeln vorantreiben wollte.

Fußgängerampeln endlich flächendeckend für blinde Menschen nachrüsten

ID: 30 Erstellt von Ramon Kathrein (Behindertenbeirat) am 11.01.2017 um 14:22

„Wo sehende Menschen eine Ampel zur Querung einer Straße benötigen, brauchen Blinde diese umso mehr. Dies zu vergessen ist für blinde Menschen lebensgefährlich. Erst 20 % der Fußgängerampeln in Freiburg sind mit einer Zusatzeinrichtung für Blinde ausgestattet, das sind rund 60 von circa 300 Anlagen. [...] Der Freiburger Beirat für Menschen mit Behinderung fordert daher den Gemeinderat auf, die Pauschale für Lichtsignalanlagen für die nächsten Jahre zu verdreifachen, um diesen Investitionsstau in eine sichere Verkehrsinfrastruktur endlich zu beseitigen“

criesele

24.01.2017 18:47

„Sinnvoller Vorschlag. Ich war vor zehn Jahren in Sydney und war erstaunt darüber, wie blindenfreundlich eine Stadt sein kann. Durch die ganze Innenstadt zogen sich in den Boden eingelassene "Taster" (Betonhubbel), die bis an die Ampeln führten.“

Moderation Kommentar der Moderation

17.03.2017 13:29

„In die Haushaltsberatungen eingeflossen.

Zu diesem Thema haben Fraktionen des Gemeinderates einen Änderungsantrag zum Haushaltsentwurf der Verwaltung gestellt.

Die Anträge von Grünen, SPD, UL, JPG und FW unter <http://www.freiburg.de/haushalt> > Haushaltsberatungen > OZ 46, 47, 49, 53, 55“

¹⁰⁹ Lfd. Nr. 11.

„Vom Gemeinderat mehrheitlich befürwortet und in den Doppelhaushalt 2017/2018 aufgenommen: Insgesamt eine Million Euro gibt es zur Umsetzung erster Maßnahmen aus dem Aktionsplan Inklusives Freiburg [...]“

Dieser Vorschlag wurde recht eindeutig weder aufgrund seiner Anzahl von Unterstützern (88), noch wegen eines hohen deliberativen Qualitätsniveaus gewählt. Mit nur einem Kommentar eines anderen Nutzers (criesele), konnte dieser Thread kein deliberatives Potenzial im Sinne dieser Untersuchung entwickeln und ist daher dem Typus der kommunikativ Ignorierten zuzuordnen. Auch andere Threads, denen wenig bis gar keine Beachtung geschenkt wurde, fanden ihren Weg als Anträge in den finalen Haushaltsplan. (ID: 128 / 247) Für den außenstehenden Beobachter ist nicht erkennbar warum diese Vorschläge, denen jegliche Argumentativität abgeht und auch im internen Bewertungssystem nur durchschnittlich abschnitten, in einem deliberativen Verfahren sich schlussendlich durchgesetzt haben. Diese Unsicherheit eröffnet Raum für Spekulationen und schadet dem Vertrauen in diese Prozesse. Die Übernahme dieser Vorschläge könnte bspw. so gedeutet werden, dass die Initianten der Plattform ihre eigenen Pläne bereits vorab festgelegt haben und die genannten Vorschläge für die Umsetzung auswählten, da sie diesen Plänen entsprachen. Dieser Eindruck verstärkt sich dadurch, dass der zitierte Thread laut Nutzernamen vom Behindertenbeirat der Stadt eingebracht wurde. Die Einbringung eines Akteurs aus dem direkten Umfeld der Initianten der Plattform untermauert diese These und erweckt den Anschein, dass Absprachen außerhalb des Online-Forums zur Berücksichtigung dieses Vorschlags geführt haben. Dieser Umgang mit den Ergebnissen ist letztendlich nicht nachvollziehbar, läuft der Transparenz entgegen und schadet der deliberativen Qualität dieser Foren. Gleichzeitig wirkt der massenhafte Verweis auf den Beteiligungshaushalt (24 von 46 Anträge) so, als ob der Einsatz deliberativer Verfahren vielmehr der eigenen Profilierung dienen soll, anstatt wirklich die Vorzüge der Deliberation anzustreben. Wichtiger scheint die größere Legitimität zu sein, die trotz der zahlreichen vorgefundenen Mängel der Verfahren beansprucht wird.

7 Fazit & Handlungsempfehlung

Ziel dieser Bachelorarbeit war es herauszufinden, ob die moderne Form von kommunalen Online-Bürgerhaushalten, welche die aktuell populärste Form der Online-Deliberation darstellen, tatsächlich gewissen deliberativen Standards gerecht werden und wie intendiert funktionieren. Dazu wurde zunächst ein theoretischer Einstieg in die Thematik der Deliberation und deliberativen Demokratietheorie, unter besonderer Berücksichtigung des kritischen Verständnisses von Habermas präsentiert. Besondere Aufmerksamkeit fanden die theoretischen Vorteile von Deliberation sowie die charakterisierenden Merkmale der idealen Sprechsituation. Seinen Abschluss fand der theoretische Teil der Arbeit mit einer Betrachtung der Besonderheiten der Online-Kommunikation, die auch in den untersuchten Foren anzutreffen waren.

Im Anschluss wurde eine explorative Untersuchung entworfen, die zu einer Typologisierung der Diskurse der Bürgerforen Freiburgs, Kölns und Darmstadts führen sollte. Die Untersuchung fokussierte sich auf die unverzichtbaren Kennzeichen von Deliberation indem sie das deliberative Potenzial, in Form der Kommentaranzahl, sowie die Argumentativität bzw. die konkrete Ausprägung des kommunikativen Anschlusses untersuchte. Mit diesem reduzierten Ansatz unterlag die Untersuchung verschiedenen Limitierungen. Während die grundlegende Diskursivität anhand der Kommentaranzahl objektiv ermittelt werden konnte, bestand in der Feststellung der Argumentativität das Risiko einer subjektiven Färbung der Ergebnisse, wodurch inkonsistente oder verfälschte Ergebnisse generiert werden konnten. Obwohl das Möglichste unternommen wurde, dem formulierten Ansatz treu zu bleiben, kann eine mögliche Inkonsistenz nicht vollends ausgeschlossen werden. Weiterhin beschränkte sich die Untersuchung auf einen absolut nötigen Minimalanspruch der Deliberation. Weitere Merkmale wie Konsensorientierung oder Authentizität, die eine detailliertere und aufwändigere Analyse erfordert hätten, wurden in dieser Untersuchung nicht berücksichtigt.

Die Ergebnisse zeigen jedoch, dass ein großer Teil der untersuchten Threads nicht einmal diesem Mindestanspruch gerecht werden konnte. Insgesamt 63% der Untersuchungseinheiten entwickelte keinerlei diskursive Züge und wurde dem Typ der kommunikativ Ignorierten zugeordnet. Weitere 10% der Diskurse stellen gescheiterte Versuche der Deliberation dar, weil die Mehrheit der Beiträge in diesen Diskursen keinerlei Argumentation enthielt. Somit sind beinahe dreiviertel aller untersuchten Diskurse selbst nach der Minimaldefinition dieser Arbeit in keiner Weise als deliberativ zu bewerten, was eine eindeutige Beantwortung der zentralen Fragestellung dieser Arbeit erlaubt. Deliberation funktioniert in den untersuchten Bürgerforen in seiner Gesamtheit letztendlich nicht. Ein geringer Anteil der Diskurse erfüllt zumindest deliberative Grundvoraussetzungen, würde aber unter Berücksichtigung der strengeren Anforderungen vollwertiger Deliberation noch weiter zurückgehen. Die untersuchten Foren können in ihrer Gesamtheit demnach schwerlich als wirklich deliberative Verfahren eingeschätzt werden. Die vergleichsweise besseren Ergebnisse des Freiburger Beteiligungshaushalts zeigen

zwar, dass eine aufwändige Betreuung der Plattform und ein abgewandeltes Bewertungssystem zu besseren Ergebnissen führen können, insgesamt reicht diese Verbesserung jedoch nicht aus, um von einem wirklich deliberativen Verfahren zu sprechen.

Als mögliche Gründe für dieses Scheitern wurde ein aggressiver Kommunikationsstil, ein an soziale Netzwerke angelehntes Bewertungssystem und letztendlich ein fragwürdiger Umgang mit den Ergebnissen der Verfahren identifiziert. Sollte eine Verbesserung deliberativer Online-Verfahren angestrebt werden, könnte weitergehende Forschung eine Lösung dieser Probleme anstreben. So weist die Typenverteilung der Freiburger Plattform darauf hin, dass die Veränderung bestimmter Teilsysteme einen positiven Effekt auf die deliberative Qualität e-partizipativer Online-Foren haben kann. In ihrer aktuellen Form sind diese Foren jedoch nicht dazu geeignet, komplexe politische Sachverhalte wirklich gewinnbringend auszudiskutieren. Anstatt wirklich die Vorteile der Deliberation anzustreben, wird der Bürgerhaushalt lediglich als ein Instrument zum weiteren Agenda-Setting und als elaborierte Meinungsumfrage genutzt. Nach persönlicher Meinung des Autors jedoch, vermitteln sowohl der Umgang mit den Ergebnissen, als auch die in der Öffentlichkeitsarbeit verwendete Sprache zur Bewertung der Verfahren das Gefühl, dass die Initianten mit diesem begrenzten Mehrwert durchaus zufrieden sind. Bürgerhaushalte scheinen damit hauptsächlich als ein Mittel zur eigenen Profilierung bei einer bestimmten online- und beteiligungsaffinen Gruppe der Bevölkerung eingesetzt zu werden. Diese Nutzung bedarf jedoch keiner deliberativen Verfahren weshalb derartige kommunale Online-Foren letztendlich eher einem Online-Beschwerdebrieffkasten ähneln. Um dies zu ändern müssten die bestehenden Verfahren stark überarbeitet werden. Andernfalls wären sie zugunsten aufwändigerer, aber eben auch greifbarer Projekte einzustellen.

8 Literaturverzeichnis

Albrecht S. et al (2008): E-Partizipation – Elektronische Beteiligung von Bevölkerung und Wirtschaft am E-Government; Bremen.

Albrecht S. (2010): Reflexionsspiele – Deliberative Demokratie und die Wirklichkeit politischer Diskurse im Internet; Bielefeld.

Alcántara S. et al (2016): Demokratietheorie und Partizipationspraxis – Analyse und Anwendungspotentiale deliberativer Verfahren; Wiesbaden.

Bächtiger A. (2012): Empirische Deliberationsforschung; in: Lembcke O. et al (Hrsg.) Zeitgenössische Demokratietheorie – Normative Demokratietheorien; Wiesbaden; S.251-278.

Beck K. (2010): Soziologie der Online-Kommunikation; in: Beck K. (Hrsg.); Handbuch Online-Kommunikation; Wiesbaden; S.15-35.

Buckels E. E. et al. (2014): Trolls just want to have fun – Personality and Individual Differences; http://www.academia.edu/6016545/Trolls_just_want_to_have_fun; letzter Zugriff: 25.05.2018.

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (2017): Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken; http://www.bmju.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RegE_NetzDG.pdf; letzter Zugriff: 04.06.2018.

Bundesregierung (2017): Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG); https://www.bmju.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/RegE_NetzDG.pdf;jsessionid=CBB8B2F55AFADDFD6E368FFF1EF277C7.1_cid334?__blob=publicationFile&v=2; letzter Zugriff 01.11.2018.

Burnap, P., Williams, M. L. (2015): Cyber hate speech on Twitter. An application of machine classification and statistical modeling for policy and decision making; In: Policy & Internet; Ausgabe 7; Heft 2; S. 223–242.

Chappell Z. (2012): Deliberative Democracy: A Critical Introduction; Manchester.

Döring N. (2010): Sozialkontakte online: Identitäten, Beziehungen, Gemeinschaften; in: Beck K. (Hrsg.); Handbuch Online-Kommunikation; Wiesbaden; S. 159-183.

Emmer M., Fütting A., Vowe G. (2006): Wer kommuniziert wie über politische Themen – Eine empirisch basierte Typologie individueller politischer Kommunikation; in: Medien & Kommunikationswissenschaft; Ausgabe 54; Heft 2; S.216-236.

Emmer M., Wolling J. (2010): Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit; in: Beck K. (Hrsg.); Handbuch der Online-Kommunikation; Wiesbaden.

Gerhards J., Neidhardt F. (1990): Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit – Fragestellungen und Ansätze; Berlin.

- Große-Hüttmann M., Wehling H. (2013): Das Europalexikon; Bonn.
- Habermas J. (1984): Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln; Frankfurt a.M.
- Habermas J. (1987): Theorie des kommunikativen Handelns; Frankfurt a.M.
- Habermas J. (1992): Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats; Frankfurt a.M.
- Hurrelmann A. et al (2002): Wie ist argumentative Entscheidungsfindung möglich? Deliberation in Versammlungen und Internetforen; In: Leviathan; Ausgabe 30; Heft 4; S.544-564.
- Imhof K. (2015): Demokratisierung durch Social Media?; in: Imhof K. (Hrsg.); Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012; Wiesbaden; S.15-26.
- Kersting N. (2014): Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik; in: Voss K.; Internet und Partizipation: Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet; Wiesbaden; S.53-90.
- Kneuer M., Salzborn S. (2016): Web 2.0 – Demokratie 3.0: Digitale Medien und ihre Wirkung auf demokratische Prozesse; Wiesbaden.
- Kubicek H. et al (2009): Medienmix in der Bürgerbeteiligung – Die Integration von Online-Elemente in Beteiligungsverfahren auf lokaler Ebene; Berlin.
- Kuckartz U. (2010): Typenbildung; in: Mey G., Mruck K. (Hrsg.); Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie; Wiesbaden; S.553-568.
- Landwehr C. (2012): Demokratische Legitimation durch rationale Kommunikation – Theorien deliberativer Demokratie; in: Lembcke O. et al (Hrsg.) Zeitgenössische Demokratietheorie – Normative Demokratietheorien; Wiesbaden; S.355-385.
- Marr M., Zillien N. (2010): Digitale Spaltung; in: Beck K (Hrsg.); Handbuch Online-Kommunikation; Wiesbaden; S. 257-282.
- Märker O., Wehner J. (2014): Wer bewahrt die E-Partizipation vor falschen Maßstäben? Eine Replik; in: V&M; Ausgabe 20; Heft 2; S.59-66.
- Mutz D. (2006): Hearing the Other Side – Deliberative Versus Participatory Democracy; Cambridge.
- Nielsen J. (2006): The 90-9-1 Rule for Participation Inequality in Social Media and Online Communities; <https://www.nngroup.com/articles/participation-inequality/>; letzter Zugriff: 18.04.2018.
- Niesen P. (2014): Was heißt Deliberation? Eine theoriegeschichtliche Betrachtung; in: Martinsen F. et al (Hrsg.); Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation; Wiesbaden; S.49-72.
- Sanders L. (1997): Against Deliberation; In: Political Theory; Ausgabe 25; Heft 3; S.347-376.

Scammell M. (2000): The Internet and Civic Engagement: The Age of the Citizen Consumer; in: Political Communication; Ausgabe 17; Heft 4; S. 351-356.

Schaal G., Ritzi C. (2009): Empirische Deliberationsforschung – Working Paper; Köln, abrufbar unter: http://www.forschungsnetzwerk.at/downloadpub/wp_2009_9_ritzi_claudia.pdf; letzter Zugriff am 23.05.2018.

Segerberg A. (2011): Swarming: Imagining Creative Participation. In: M. Micheletti & A. McFarland (Hrsg.), Creative Participation. Responsibility-Taking in the Political World; Boulder, Colorado; S. 34-49.

Steenbergen M. et al (2003): Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index; in: Comparative European Politics; Ausgabe 1; Heft 1; S.21-48.

Rawls J. (1992): Die Idee des politischen Liberalismus; Frankfurt a.M.

Russmann U. (2015): Die Qualität politischer Online-Diskussionen: Empirische Befunde zur verständigungsorientierten Kommunikation auf Facebook; in: Imhof K. (Hrsg.); Demokratisierung durch Social Media? Mediensymposium 2012; Wiesbaden; S.177-198.

Weiß J. (2013): Wer rettet die Demokratie vor der E-Partizipation? – Drei Fragen an elektronische Partizipationsverfahren; in: V&M; Ausgabe 19; Heft 6; S.283-288.

Zdarsky M. P. (2014): Deliberative Kritik – Einleitung; in: Martinsen F. et al (Hrsg.); Deliberative Kritik – Kritik der Deliberation; Wiesbaden; S.9-23.

Zobel M., Weiß J. (2018): Wirkung von E-Partizipation: Erkenntnisse aus Evaluationen elektronischer Bürgerhaushalte; in: Stember W. (Hrsg.); Wirkung von E-Government; Wiesbaden; S.207-246.

9 Anhang

Inventarisierung der Foren-Threads

Lfd. Nr.	Bürgerhaushalt	Diskussionszeitraum	Beiträge	URL
1	Köln	18.10.2017 - 23.10.2017	4	https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2017/buergervorschlaege/326
2	Freiburg	16.01.2017 - 04.02.2017	11	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/86
3	Freiburg	18.01.2017 - 04.05.2017	3	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/128
4	Freiburg	23.01.2017 - 17.03.2017	75	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/191
5	Freiburg	23.01.2017 - 04.05.2017	48	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/210
6	Köln	10.10.2017 - 24.10.2017	6	https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2017/buergervorschlaege/58
7	Freiburg	29.01.2017 - 04.02.2017	15	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/299
8	Freiburg	15.01.2017 - 19.01.2017	5	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/67
9	Freiburg	10.01.2017 - 30.01.2017	6	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/9
10	Freiburg	10.01.2017 - 04.05.2017	87	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/10
11	Freiburg	11.01.2017 - 05.05.2017	4	https://beteiligungshaushalt.freiburg.de/ecm-politik/beteiligungshaushalt/de/mapconsultation/49442/single/proposal/30